SED-Mitglieder schreiben W. Biermann ..... Seite 1

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
62-D 3409

permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Nr.6/7 - Februar/März 1977 - Preis: S 1o.-

SPANIEN AN DER WENDE!

Die 'Befreiung' der Opfer der GRAPO und das Parteiengesetz machen eine Einleitung zu dem vorliegenden Artikel nötig, der während der Ereignisse um die Ermordung der linken Anwälte verfasst wurde.

Zwei Erfolge waren es, die die Regierung benötigte um ihr 'Reform'-Projekt weiter durchführen zu können und sie wurden fast gleichzeitig errungen.

Zum einen die Sache mit der GRAPO, wo wir im Artikel andeuten, daß es sich möglicherweise bei ihr um eine Provokateurorganisation handelt.Und die märchenhafte 'Befreiung' dieser beiden Reaktionäre(Oriol und Villaescusa), die ebenso unblutig wie 'herzlich' verlief und eher einem Empfang nach einem erholsamen Urlaub glich, zeigt an, daß höchstwahrscheinlich unsere Annahme richtig ist. Genaueres läßt sich freilich nicht sagen, jede inoffizielle Berichterstattung darüber wurde verboten. Wahrscheinlich soll noch eine möglichst glaubhafte Geschichte erfunden werden.

Ein weiterer, nicht unbeträchtlicher Erfolg ist das kürzlich verabschiedete Parteiengesetz. Die Entscheidung über die Zulassung von Parteien wurde vom Innenministerium zum obersten Gericht verlegt. Geändert hat sich damit - de facto - nichts. Wie das Innenministerium entscheidet es nach den gültigen Gesetzen, die von dem gegenwärtigen Regime bestimmt werden. Aber für die Reformisten, die schon seit geraumer Zeit eine Legalisierung um jeden Preis anstreben, wurde damit eine Hintertüre geschaffen.Diese hatten es wohl schwer den Massen zu erklären, daß man für die Zulassung bei einer Zentrale der Unterdrückung, einer mit Arbeiterblut besudelten Institution ansuchen sollte. Der oberste Gerichtshof hingegen wirkt 'neutraler', zu ihm können die Carillos und Gonzales gehen, ohne sich hoffnungslos zu diskreditieren. Und tatsächlich sind die Stalinisten der PCE und die Sozialdemokraten, allen voran die PSOE schon hingepilgert - sie alle wiederholen ständig, daß sie sich den franquistischen Gesetzen unterwerfen wollen. Durch diesen geschickten Schachzug hat Suarez die Reformisten noch stärker an sein Projekt gebunden, hat er noch mehr Möglichkeit vermittels PCE und PSOE die Arbeiterklasse bereits heute zu kontrollieren.

Die marxistische Position kann jedoch nur darin bestehen, der Bourgeoisie das Recht abzusprechen über Legalität und Illegalität zu entscheiden. Die 'Realpolitiker' des spanischen Reformismus haben damit wieder gezeigt, daß sie sogar bereit sind, sich vor offen bürgerlichen Diktaturen zu beugen.



Schien es eine Zeit lang, als sollten die Reformmanöver von Suarez relativ glatt über die Bühne gehen und sah es so aus, als könnte der vollkommen isolierte 'Bunker' (die Vereinigung der treuesten Franco- Anhänger), der sich 'nur' mehr auf seine Bastionen im Staatsapparat und auf die faschistischen Banden stützt, keinen unmittelbaren Einfluß darauf nehmen, so haben die letzten Ereignisse in allzu deutlicher Weise das gesamte Projekt der Regierung in Frage gestellt.

Terror und Mord der faschistischen Banden sollen die Bestrebungen Suarez stoppen und eine neuerliche 'harte' und 'offene' Diktatur einleiten. Und so hatte es begonnen: In der Nacht auf Dienstag, den 26. Jänner drang eine Gruppe mit Maschinenpistolen bewaffneter Faschisten in eine Anwaltskanzlei ein, wo gerade Anwälte der 'Comisiones Obreras' konferierten. Die Faschisten mähten alles nieder - das Ergebnis: insgesamt 5 Tote. Anlaß dieses Anschlages war die Entführung des obersten Militärrichters Villaescusa, durch die GRAPO, die auch für die Erschießung mehrerer Polizisten verantwortlich zeichnete. Es ist dies eine Gruppe, die zwar von der Presse als 'linksgerichtet' gekennzeichnet wird, ebenso aber ein Aushängeschild der Rechten sein kann. Die spanische Zeitung 'Diario 16' hat sich schon in dieser Richtung geäußert.

Ganz offen bereitet der 'Bunker' heute einen Aufstand vor und wartet nur noch darauf, bis er die Armee dafür gewinnen kann, der Regierung die Unterstützung zu entziehen. Dann sollen 'Guardia Civil' und Teile der Armee, die heute schon mit dem Vorhaben der Faschisten sympathisieren,eine Erhebung ähnlich der Francos im Juni 1936 organisieren, durch einen entschlossenen Vormarsch das Kleinbürgertum wieder auf die Seite der Reaktion gedrängt und dem Proletariat erneut eine historische Niederlage zugefügt werden.

DIE MASSEN: DURCH DEN REFORMISMUS GEBUNDEN

Tatsächlich kann die Reaktion die Arbeiterbewegung kurzfristig nicht niederwerfen, zu stark ist die Massenbewegung in den letzten Jahren angewachsen, doch droht umgekehrt die Gefahr, daß auch die Arbeiter die Reaktion nicht sofort niederschlagen können, zu sehr haben ihnen die Reformisten schon die Hände gebunden. Das mag vielleicht paradox wirken, zählt doch die spanische Arbeiterklasse zu den kämpferischsten der Welt. Welch anderes Proletariat kann auf so militante Organisationen wie etwa die 'Comisiones Obreras' verweisen, wo sonst als im Baskenland oder Katalonien gibt es politische Generalstreiks, die die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse mobilisieren? Dabei blieb die Radikalisierung nicht bloß auf den Kern der Arbeiterklasse beschränkt. Rand- und kleinbürgerliche Schichten wurden von ihr erfaßt,Frauen, Studenten, unterdrückte Nationalitäten und auch Soldaten (wenn auch in wesentlich geringerem Ausmaß als in Portugal) sind heute bereit, an der Seite der Arbeiter zu kämpfen.

Zahlreiche Organe der breitesten proletarischen Demokratie wie Streikkomitees, Fabriksversammlungen und Stadtteilkomitees haben sich die Massen im Kampf gegen die Kapitalisten und die Staatsmacht geschaffen, Verteidigungskomitees entstanden gegen den Terror der franquistischen Repressionsorgane, der 'Guardia Civil', 'Policia Armada' und 'Brigada Social' (Geheimpolizei) und der faschistischen Banden, wie den 'Guerilleros de Christo Rey' (Christkönigskrieger) der 'Fuerza Nueva' (Neue Kraft) und wie sie sonst noch heißen mögen. Und doch konnte sich diese enorme Militanz bis jetzt noch nicht in einem '25. April' (am 25. April 1974 stürzte die reaktionäre Diktatur in Portugal) manifestieren. Zu stark ist noch der franquistische Staatsapparat, kein Krieg hat ihn zermürbt und zersetzt (wie etwa der Kolonialkrieg Portugals in Afrika die Armee paralysierte); und zu fest ist bereits die Kontrolle der Reformisten, deren Intervention vor allem in den letzten Monaten eine eindeutig demobilisierende Wirkung hatte.

Schon beim nationalen Streik des 12. Novembers machte sich dies bemerkbar. Im Baskenland streikten zwar 42o.ooo Arbeiter, eine recht imposante Zahl, zumal die Repression mit unverminderter Härte weitergeht, doch hatte sie gegenüber den 600.ooo des Generalstreiks vom 27. September (anläßlich des Jahrestages der Ermordung von 5 ETA- und FRAP-Genossen) erheblich abgenommen. Und war auch die Antwort der Arbeiter auf die jüngsten Morde der Faschisten ziemlich eindrucksvoll - wenn man der 'Volksstimme' glauben darf, streikten 4 Millionen Arbeiter, 2oo.ooo folgten den Särgen der Anwälte - so kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den Reformisten gelungen ist, diese Kämpfe nicht über den Rahmen des Regimes hinweggehen zu lassen. Jene hatten sich, vereint mit den bürgerlichen Gruppen der 'Coordinacion Democratica' sofort hinter Suarez gestellt, den von der COS ausgerufenen Generalstreik abgewiegelt, alle Demonstrationen abgesagt und etwaige Kämpfe auf die Betriebe beschränkt. Bereitwilligst akzeptierten PCE und PSOE die folgende Verschärfung der Repression - alle öffentlichen Kundgebungen wurden verboten, die Polizei erhielt das Recht,ohne richterliche Erlaubnis Hausdurchsuchungen durchzuführen und ohne Haftbefehl Personen bis zu zehn statt früher drei Tagen festzuhalten. Ferner bewilligte die Regierung zusätzliche Mittel für Waffen und Ausrüstungen in der Höhe von 4 Milliarden Peseten (etwa eine Milliarde Schilling) - die sich in erster Linie gegen die drohenden Massenkämpfe richtet. Über 2oo Angehörige linker Organisationen wurden bereits verhaftet, Faschisten wie Sanchez Covisa, an dessen Händen das Blut vieler Antifaschisten klebt und den man wegen Verdacht auf Beteiligung an der Ermordung des Studenten Ruiz Garcia'festnahm' (er wurde zur Polizei gebeten) sind schon wieder frei. Den Massen erklärten Sozialdemokraten und Stalinisten nur,



Santiago Carillo und Dolores Ibarruri - bereit die Diktatur zu unterstützen

sie sollen sich nicht provozieren lassen und auf dem, von ihnen festgelegten, Weg weiterschreiten. Dabei ist es ja gerade dieser Weg, der die Reaktion stärkt und ermuntert, ihren Terror zu verbreiten. Angesichts dieser Tatsachen bedeuten solche Phrasen nichts anderes, als die Massen unbewaffnet den faschistischen Schergen auszuliefern.

DIE PERSPEKTIVEN: KAPP ODER FRANCO?

Oberflächlich betrachtet scheint die jetzige Situation dem 17.Juli 1936, als Franco die Rebellion der Generäle eröff-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt:

Gründung des Lenin-Klubs......... 4

Zur Entwicklung in China......... 4

Die Entstehung des chinesischen Arbeiterstaates.................. 9

Die 'Charta 77' und die Opposition.......................12

Biermanns Ausbürgerung und der Opportunismus...................15

Ungarn 1956, 3.Teil..............19

Italien.........................24

MOSKAUER PROZESSE ..... SEITE 8

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IK

China nach Maos Tod: Seltsames und Ungeheuerliches

'Permanente Revolution', Zentralorgan der 'Internationalen Kommunistischen Liga' (Österreich).
Erscheint monatlich. Einzelpreis: öS 7.00 (1 DM)
Abonnement (10 Nummer): öS 80.00 (15.00 DM)
Bestellungen an IKL, Postfach 1454, A – 1010 Wien, Österreich.

workers' ACTION

No.33 October 22nd–28th 1976 10p

TRICO VICTORY ▷p.8
Transkei & Apartheid ▷p.4–5
Revolutionary challenge? ▷p.2.3.4

ZIMBABWE: The people should decide – not Geneva

THE CRISIS FIGHTING BACK

'Worker's' Action',

Erscheint wöchentlich. Einzelpreis: 10 p (0.50 DM)
Bestellungen an (auch für Abonnements): Worker's Action, 49 Carnac St., London SE 27, Großbritannien

La Classe

Rovesciamo Andreotti con un piano di lotte operale!

Il saluto del compagno A. Leonetti p. 5

'La classe', Zentralorgan der 'Lega Communista' (Italien) erscheint monatlich. Einzelpreis: 200 Lire (0.60 DM)
Bestellungen an: Lega Communista, A.M. CP 30093, Roma, Italien

8 Seiten Portugal/Spanien-Teil

spartacus

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Streik umsonst?

Ein Abonnement (10 Ausgaben inkl. Sondernummern und Porto kostet 15 DM, ein Luftpost-Abonnement (Ausland) 25 DM, Förderabonnements kosten 30 DM und mehr. Alle Überweisungen auf das Konto: Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH Postscheckamt Essen, Kto-Nr. 377 31-437.
Die Adresse bitte deutlich auf den Überweisungsab schnitt schreiben: eine gesonderte Bestellung ist dann nicht mehr nötig.

verlag ergebnisse & perspektiven

Politische Literatur	Preis
'Spartacus', Zentralorgan des Spartacusbundes	
bis Nr. 21 jede Ausgabe	0.50
ab Nr. 22 jede Ausgabe	1.00
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Porto)	15.00
'Ergebnisse &Perspektiven', Theoretisches Organ des Spartacusbundes	
Nr. 1 – Dokumente der Fusionskonferenz	3.00
Nr. 2 – Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG	5.00
Nr. 3 – Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon	5.00
Sonderausgaben von 'Ergebnisse & Perspektiven'	
Nr. 1 Die Vierte Internationale wiederaufbauen, Interview mit einem Genossen der SAP, Revolutionary Communist Group /GB Die Frage der Internationale	3.50
Nr. 2/3 – Die Vierte Internationale nach dem II. Weltkrieg, Dokumente und Analysen	6.50
'Spartacus-Flugschriften'	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	0.50
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	0.50
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen.	0.50
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	3.00
Nr. 5 – Lehrstellen her, sonst knallt's!	1.50
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	0.50
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in türkisch)	0.50
Nr. 8 – Dje portugiesische Revolutbn in Gefahr	2.00
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP / Ein Soldat der SUV berichtet	3.50
Nr. 10 – Unser Kampfprogramm gegen die Krise	1.00
Nr. 11 – Die MPLA, eine sozialistische Befreiungsbewegung?	0.50
Nr. 12 – GRS: MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola	3.80
Chilenische Lehren	3.00
'Spartacus', Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	10.00
Die vierte Internationale:	
Juni 1972 – enthält u.a.: Trotzki und der spanische Bürgerkrieg	2.00
Juni 1973 – enthält u.a.: Trotzki/Vom Plan der CGT ...	3.00
Schriften von Leo. D. Trotzki	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6.50
Verteidigung des Marxismus	17.80
Frau, Familie und Revolution	3.00
Verratene Revolution	8.00
Die russische Revolution 1905	13.50
1917 – Lehren der Revolution	3.00
Kopenhagener Rede / Drei Konzeptionen der russischen Revolution	3.80
Ihre Moral und unsere	3.00
Stalins Verbrechen	16.80
England/Europa und Amerika	11.80
Der Neue Kurs	6.50
Was nun ?	4.80
Fragen des Alltagslebens	6.80
Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	2.80
China, die erwürgte Revolution, Band 2	18.80
Kapitalismus oder Sozialismus	4.80
Wohin geht Frankreich	4.50
Bolschewismus und Stalinismus	1.00
Schriften über Deutschland, 2 Bände	92.00
Ergebnisse und Perspektiven, Permanente Revolution ...	9.00
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	9.00
Mein Leben (Autobiograhie)	8.80
Der junge Lenin	4.80
Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939,	
Band 1	9.50
Band 2	10.50
Trotzki, Kamenew, Radek, u.a./Die Rote Armee	4.00
Trotzki, Kondratieff, Mandel u.a. /Die langen Wellen der Konjunktur	14.80
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion	
Band 2	26.80
Band 3	29.80
Leon Sedow /Rotbuch über der Moskauer Prozeß	4.00
E. Preobazenskij / Die neue Ökonomik	18.80
John Reed/ 10 Tage, die die Welt erschütterten	7.90
Leitsätze der Komintern zur Organisationsfrage	1.00
Leitsätze der Komintern zur Gewerkschaftsfrage	1.00
V. Serge / Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution 1927	9.80
Abraham Leon / Judenfrage und Kapitalismus	9.80
Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16.-21.12. 1918 Stenografische Berichte	24.80

Richard Müller / Vom Kaiserreich zur Republik	8.80
R. Müller / Der Bürgerkrieg in Deutschland	9.80
R. Müller / Die Novemberrevolution	12.80
Karl Retzlaw / Spartakus – Aufstieg und Niedergang	14.80
Pierre Broue / Deutsche Revolution 1918-23	5.80
F. Krey / Maria und der § 218	6.50
Kritik des chinesischen Kommunismus	1.50
Bommi Baumann/ Wie alles anfing	10.00
Wahlplakat des Spartacusbundes 1976	3.00
Angola-Plakat	3.00
Englische Literatur	
Leo.D. Trotzki	
Writings 1929, 1930, 1930/31, 1932 ... je	10.00
Writings 1932/33	9.00
Writings 1933/34, 1934/35 ... je	10.00
Writings 1935/36	8.00
Writings 1937/38 (neue Ausgabe)	11.00
Writings 1938/39, 1939/40 ... je	10.00
First five Years of the Comm. International vol. 1	10.00
First five Years of the Comm. International, vol. 2	10.00
Leon Trotsky Speaks	9.00
Against Individual Terrorism	1.40
On Literature and Arts (Leinen)	30.00
On Paris Commune	2.80
Military Writings	6.00
Marxism in our Time	2.20
On Engels and Kautsky	1.30
On Black Nationalism and Self-Determination	2.80
On the Trade Unions	2.80
On China (neu!!)	20.00
James P. Cannon (ehemaliger Führer der SWP)	
First Ten Years of American Communism	9.00
History of American Trotskysm	8.00
Letters from Prison	9.00
Notebook of an Agitator	9.00
The Socialist Workers Party in World War II	10.00
Speeches to the Party	10.00
Struggle for a Proletarian Party	10.00
Peng Shu-tse/Li Fu-jen, Revolutionaries in Maos Prisons	1.30
Dewey-Commission /The Case of Leon Trotsky	10.00
The Bolsheviks and the October-Revolution (ZK-Protokolle von August 1917-1918)	14.00
Schulungsmaterial der SWP/USA (bei diesem Schulungsmaterial der SWP handelt es sich um Dokumente und Beiträge aus der Geschichte der Vierten Internationale, des Internationalen bzw. Vereinigten Sekretariats und des Internationalen Komitees):	
Towards a History of the Fourth International, alle Teile	27.60
Part I – Three Contributions on Postwar Developments	1.30
Part II – vergriffen	
Part III – International Committee Documents	13.00
Part IV – International Secretariats Documents	10.00
Part V – History and Principles of the Left Opposition	1.30
Patt VI – Class Collaborationism/ The LSSP in Sri Lanka	2.00
Peng Shu-tse, Peng Pi-lan / The Chinese Revolution	7.80
Class, Party and State and the East Europe Revolution	3.30
The Kronstadt Rebellion	1.30
Marxism vs. Ultraleftism (Healys Break with Trotskysm)	8.00
The Nature of the Cuban Revolution	2.50
What Course for Argentine Trotskysm (PST vs. PRT)	4.20
Frazione Marxista Rivoluzionaria della IV. Internazionale	
Problemi della Rivoluzione Portoghese	8.00
Bolletino della FMR ...... (jede Ausgabe)	1.50

Verlagsanschrift: Ergebnisse & Perspektiven, Verlags- und Vertriebs- GmbH
Altenessener Str. 337, 43 Essen 12, Tel.: 0201/37 75 22
Postscheckkonto: Essen 377 31-437

Neu im Vertrieb bei Ergebnisse & Perspektiven:
Dokumente der Linken Opposition in der Sowjetunion, Band 4 .... 25.80 DM

ALLE PREISE IN DM. BESTELLUNGEN AN IKL, 1010 WIEN, POSTFACH 1454

UNGARN 1956:

Stalinismus oder Sozialismus

Diese Broschüre ist zum 20.Jahrestag der ungarischen Revolution erschienen.

Umfang: 184 Seiten
Preis: S 30,-

Bestellungen an:
Ergebnisse & Perspektiven, Essen

Fortsetzung von Seite 1

SPANIEN ...

nete,nicht unähnlich zu sein. Unter der Perspektive, daß keines der beiden Lager einen schnellen Sieg davonträgt, könnte es zu einer Zweitauflage des Bürgerkriegs kommen, Faschismus und Republik würden sich erneut gegenüberstehen, eine installierte Volksfrontregierung das Kleinbürgertum wieder in die Arme der Faschisten treiben und die Arbeiter verraten. Doch ist ein solcher Verlauf unter den gegebenen Umständen, obwohl natürlich nicht auszuschließen, wenig wahrscheinlich. Verschiedene Faktoren, die für das Gelingen der reaktionären Erhebung verantwortlich waren,fehlen in der heutigen Situation (was nicht ausschließt, daß einige davon schon morgen bestimmende Elemente der spanischen Klassenkämpfe sein können). Franco setzte in seinem Feldzug gegen die Republik an den 5-monatigen Erfahrungen der Massen mit der Volksfrontregierung an, die Marokko und den unterdrückten Nationalitäten die Unabhängigkeit und den Bauern das Land verwehrte - eine gute Gelegenheit für Faschisten, ihre soziale Demagogie zu entwickeln. Schon das Beispiel Marokko, Francos Sprungbrett zur Eroberung Spaniens, zeigt, wie eine konsequente revolutionäre Politik den reaktionären Coup bereits im Keim hätte ersticken können. Die Volksfront gab dem Bestreben der Berber nach Unabhängigkeit nicht nach, daraufhin schlossen sie sich dem 'Caudillo' an. Und auch die Zweiteilung Spaniens, die Errichtung faschistischer Zonen,war keineswegs auf die militärisch-strategische Überlegenheit der Generäle zurückzuführen. Die Bauern, denen die Republik kein Land gab, unterstützten die Faschisten teilweise sogar aktiv.

Heute, nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch den Franquismus, richtet sich der aufgestaute Haß der Massen gegen das herrschende Regime. Ihm geben die Arbeiter und Kleinbürger die volle Verantwortung für all die ungelösten Fragen und sprechen ihr Vertrauen der 'Coordinacion Democratica" aus.

Vor allem die Kleinbürger wollen heute ihre Erfahrungen mit der Republik machen. Erst wenn sie sehen, daß die Volksfront ihnen auch nicht weiterhilft, das Proletariat wegen seiner reformistischen Führung auch keine Lösung bieten kann, erst dann werden sie sich erneut der Reaktion zuwenden. Freilich darf daraus nicht mechanisch der Schluß gezogen werden, daß nun die Republik unweigerlich die nächste Etappe des spanischen Klassenkampfes sein müsse. Die Packeleien der Reformisten, ihre Devise, für Linsengerichte demokratische Rechte zu verschachern, könnte schon weit früher eine Rechtswende einleiten.

Trotzdem, unter den heutigen Bedingungen - noch steht das Kleinbürgertum auf der Seite der Arbeiterklasse - könnte eine Revolte der Rechten weit eher zu einer Art 'Kappiade' werden, ein Putsch, der auf seine unmittelbare Basis,Teile der Armee und diverser Brigaden, beschränkt bleibt und infolgedessen nach kurzer Zeit am Widerstand der Massen zerbricht. Dies gibt der Regierung die Chance, noch einmal über die Hürden zu kommen, ja sogar die Möglichkeit, die Rebellion durch Absetzung diverser Generäle und Guardia-Civil-Offiziere unmittelbar zu unterdrücken, die enge Gratwanderung ihres Reformprojektes fortzusetzen und sich verstärkt auf die Volksfront zu stützen.



Das Begräbnis der ermordeten Anwälte

Doch zeigen die heutigen Vorgänge, daß ein Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen werden kann. Mögliche Winkelzüge der Regierung werden ihn aufschieben, seine Ursachen aber nicht beseitigen. Das Ziel von Suarez, die Errichtung einer Regierung der Volksfront,wird die Radikalisierung vertiefen und die Kämpfe für spätere Zeit vorbereiten - sie sind unvermeidlich und nichts ist schändlicher als der Verrat der Reformisten,die der Arbeiterklasse in dieser Situation die Waffen verweigern.

DIE POLITIK DER REGIERUNG: 'LIBERALISIERUNG' MIT DER PEITSCHE

Gegenüber den Bestrebungen der Faschisten, den Massen eine schwere Niederlage zuzufügen, verfolgt die Regierung eine andere Lösungsvariante, den Weg der'Reform' der Diktatur, der heute zumindest von der Mehrheit der Bourgeoisie unterstützt wird, was sich freilich bei einer erfolgreichen Erhebung der Faschisten ändern wird. Dieses Projekt, das in der Errichtung der Karikatur eines Parlaments sein Ziel finden soll, findet auch die Gunst der internationalen Sozialdemokratie, die in diesem Sinne, als Vertreter des EG-Imperialismus bereits heute massiv in Spanien interveniert.

Die Stärke der Arbeiterbewegung und die schwere ökonomische Krise haben die Basis des franquistischen Regimes auf seine Repressionsorgane eingeschränkt und zu einem instabilen Bonapartismus degenerieren lassen. Um nicht darauf zu warten, bis die Massen selbst die Initiative ergreifen, die verhaßte Diktatur stürzen und ihre eigene Herrschaft errichten, sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, zu anderen, geeigneteren Herrschaftsformen überzugehen. In einer gewissen Weise ist ihr das Regime selbst zum Hindernis geworden.

Zum ersten gilt, es die Folgen der tiefen strukturellen ökonomischen Krise auf die Schultern der Arbeiter abzuladen. In der jetzigen Situation ist dies wohl kaum möglich. Die Kampfkraft des Proletariats brach und bricht alle bisherigen Lohnstoppverordnungen, zwingt Kapitalisten entlassene Arbeiter wieder aufzunehmen und setzt sonstige soziale Regelungen durch. Weniger denn je sehen sich die letzten Säulen der Regierung, die Repressionsorgane, in der Lage, die Arbeiterbewegung niederzuhalten: Die erwachten Massen vergelten jede Provokation von Seiten der 'Policia Armada' und 'Guardia Civil', jeder Mord, sei es von der Polizei oder den mit ihr engverfilzten Faschisten,zieht beträchtliche Mobilisierungen nach sich, die das Regime immer wieder in Bedrängnis bringen.

So sollen die Reformisten auf den Plan treten, die bereits heute eifrigst bemüht sind, die Bewegung zu kanalysieren, zu spalten und zu desorientieren, um schließlich dem spanischen Proletariat einen '25.November' zu bereiten (der 25.November 1975 war der Tag, an dem in Portugal die 'demokratische' Konterrevolution, geführt von der Sozialdemokratie, der Arbeiterklasse eine Teilniederlage zufügte).

Weiters ist die spanische Bourgeoisie bemüht, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten längerfristig durch den Anschluß an die EWG zu bereinigen. In dieser Hinsicht kommen ihr die jetzigen kosmetischen Operationen gerade recht.

Denn um die Aufnahmebedingungen der EG-Imperialisten zu erfüllen, ist eine gewisse 'liberale' Fassade von Nöten. Zu sehr würden sich nämlich jene durch den Beitritt eines Landes, in dem die elementarsten 'Menschenrechte' ganz offen mit Füßen getreten werden, vor ihren 'eigenen' Massen diskreditieren, zumal sie schon seit Jahren im Namen der 'Freiheit' massive antikommunistische Hetze betreiben und im Namen der 'Demokratie' demokratische Rechte abbauen.

So verfolgt Suarez komplizierte Manöver, die allerdings mit einem 'Demokratisierungsprozeß', wie es uns die bürgerlichen Zeitungen weismachen wollen, nichts gemein haben. Die franquistischen Repressionsorgane sollen von der 'Demokratisierung' ausgenommen bleiben und nicht aufgelöst werden.Was das heißt, spüren die spanischen Massen fast täglich: Prügeleien, Tränengas, Wasserwerfer, Gummigeschoße und Tote durch scharfe Munition. Denn will die Bourgeoisie ihr Ziel erreichen, muß sie der Arbeiterklasse eine Niederlage zufügen, darin ist sich Suarez mit dem 'Bunker' einig.

Nur, während jene ob der 'Demokratisierung' geifern, jede Aufweichung der Repression mit Terror und Mord beantworten, setzt Suarez auf die Kanalisierung der Arbeiterbewegung durch die Reformisten, insbesondere durch die PSOE, kombiniert mit wirksamer Repression. Die 'Liberalisierung' entpuppt sich somit als bloßer Schein. Freilich sind Suarez dabei enge Grenzen gesetzt. Die Wirtschaftsmisere und der 'Bunker' erlauben jene Zugeständnisse nicht, die die Massen in ihren täglichen Kämpfen fordern. Vor allem die Faschisten stellen in der letzten Zeit das alles in Frage. Noch ist nicht entschieden, welchen von uns grob skizzierten Weg Spanien unmittelbar gehen wird.

Wollte Suarez die Faschisten aus ihrer letzten Heimstätte, den staatlichen Repressionsorganen,säubern, käme dies ihrer Auflösung gleich. Kein Gedanke liegt ihm ferner, braucht er sie doch nach wie vor,um die Massen niederzuknüppeln. Endlich benötigt die Bourgeoisie die Faschisten bekanntlich als letzte Reserve. Suarez, der im Laufe seiner Karriere einige einflußreiche Posten in der "Movimiento Nacional' belegte, weiß das. Von ihm, wie jedem anderen Lakaien der Bourgeoisie, die Entwaffnung der Faschisten zu fordern, wäre entweder eine grenzenlose Dummheit oder gemeinster Betrug an den Massen. Hat die Volksfront die Massen schließlich zur Genüge gebremst, werden die 'Christkönigskrieger' wieder stärker in Aktion treten. Nur die proletarische Revolution wird dieses Gesindel davonjagen.

Die Repression bleibt jedenfalls weiter wichtiger Bestandteil des Arsenals dieser Regierung. Daran werden auch die Wahlen - sollten sie stattfinden - nichts ändern. Nur daß dann auch die Reformisten mit Verantwortung dafür übernehmen. Beifall spendend werden sie in der parlamentarischen Schwatzbude den Gesetzen der Rechten zustimmen und den Arbeitern erklären, daß dies zu ihrem Besten sei. Aber selbst vom bürgerlich-liberalen Standpunkt aus betrachtet hat diese angestrebte konstituierende Versammlung nichts mit einem Parlament, geschweige denn mit einer,von uns Kommunisten geforderten, revolutionären Konstituante gemein und ist ein Beweis mehr für die wahren Absichten der Regierung.

EINE PARLAMENTARISCHE FARCE

Das von der Regierung vorgeschlagene Parlament, über das im Rahmen eines Referendums "abgestimmt" werden durfte, soll aus zwei Kammern bestehen. Die untere, der Deputiertenkongress,wird sich aus 350 nach dem Verhältniswahlrecht gewählten Abgeordneten, die obere, der Senat, aus 204 durch Mehrheitswahlrecht ermittelte und bis zu 41 vom König ernannte Abgeordnete zusammensetzen. Um die Mehrheit der Rechten in diesem Gremium wirklich zu sichern, die Kontrolle der Bourgeoisie über diese Versammlung zu garantieren, werden zahlreiche 'Tricks' eingebaut. Z.B. verteilt man die Abgeordnetensitze des Senats gleichmäßig auf die Provinzen (4 je Wahlkreis). Ländliche Regionen mit weniger Einwohnern, in denen aber die bürgerlichen Parteien zumeist über mehr Einfluß als die Arbeiterorganisationen verfügen, werden damit gegenüber den städtischen aufgewertet - wieder ein Pluspunkt für die Rechte. Kombiniert mit dem Mehrheitswahlrecht, welches Parteien mit relativer Mehrheit auch die absolute gewährt, ist dafür gesorgt, daß zumindest der Senat stets in den Händen der bürgerlichen Parteien bleibt. Auf ihn kommt es ja auch schließlich an. Werden zwar alle Gesetze vom Kongress ausgearbeitet, erlangen sie nur Gültigkeit, wenn der Senat sein Einverständnis gibt. Jedes fortschrittliche Gesetz kann so verhindert werden. Und können sich die beiden Kammern einmal nicht einigen, tritt der König in Erscheinung. Er, als 'gütiger' Vater der Nation,wird dann nach seinem Gutdünken, nur dem Kapital gegenüber verantwortlich, entscheiden. Seine bonapartistische Rolle blieb vom Referendum unberührt und kein Zweifel kann bestehen, daß auch die 'demokratische' Verfassung ihn nicht davonjagen wird. Diese Farce ist selbst mit formaldemokratischem Verständnis unverträglich.

DAS REFERENDUM: EIN ERZWUNGENER SIEG

Wie das Parlament, so auch das Referendum - die Kontinuität der repressiven Methoden der Suarezregierung blieben auch dabei gewährt. Zu Wort kamen nur die 'Ja'-Sager von der Regierung und der 'Bunker', welcher ein striktes 'Nein' propagierte. Der Wahlkampf der demokratischen Opposition, die nur aus Furcht, sich vor den Massen zu diskreditieren zum Boykott aufrief, wurde verboten, als Gegner der Demokratisierung überhaupt diffamiert, ihre Kundgebungen aufgelöst und ihre Flugblattverteiler verhaftet. Zweifellos wären die Parteien der 'Coordinacion Democratica' unter etwas anderen Umständen bereit gewesen, dem Betrugsmanöver zuzustimmen. Carillo hat die Bedingungen dafür in einer Pressekonferenz umrissen:*"Wenn die Regierung die Freiheiten für alle wiederhergestellt hätte, wenn wir alle hätten frei handeln können ohne einen anderen Vorbehalt als den der Respektierung der Rechte der anderen, egal, wie sie denken (!), hätten wir Kommunisten und ich glaube die ganze demokratische Opposition, mit Ja beim Referendum stimmen können. Denn die Verkündung der politischen Freiheiten hätte die Garantie gegeben, daß die Wahlen in einem Minimum (!) an Freiheit stattfinden würden und daß die zu erwartenden Kammern mit mehr oder weniger Unzulänglichkeiten (!) den Volkswillen widerspiegeln würden und folglich eine Verfassung hätte verabschiedet werden können, die, wenn auch ohne Modellcharakter wenigstens dazu genutzt hätte, daß wir alle mitspielen"* ('Mundo Obrere', zitiert nach 'Arbeiterkampf' Nr. 96). So weit war die Opposition bereit mitzugehen, führte sie doch Verhandlungen um die Funktionsweise dieses 'Parlaments'. Demgemäß halbherzig sah dann auch die Propaganda aus. Man verzichtete,wie schon oft, die Massen gegen diesen Schwindel zu mobilisieren. Aber die Regierung durfte keinen freien Wahlkampf dulden. Zu groß war die Gefahr, daß durch reichlichen Boykott die Legitimität dieses Projekts Schaden erleiden könnte. In derselben Weise verfuhr man auch am Tag des Referendums; mit allen Mitteln sollte einer Mehrheit der Ja-Stimmen 'nachgeholfen' werden.

Dieselben Wahlhelfer, die Franco früher bei diversen Volksentscheiden über reaktionäre Gesetze 99% Ja-Stimmen servierten (manche Provinzen erreichten sogar eine Quote von 121%, so oft gingen die Franquisten wählen), zählten auch diesmal. Kontrolle durch oppositionelle Parteien war unmöglich. Teilweise waren die Wahllisten unvollständig usw., usf. Um den Boykott so gering als möglich zu halten,setzten die Unternehmer und die Regierung die Bevölkerung mit allen möglichen Mitteln unter Druck. *"Zu den unmittelbaren Verletzungen demokratischer Wahlregeln kommen unzählige Einschüchterungen, wie beispielsweise die Androhung gegen ältere Bürger, dann würde ihnen die Rente gestrichen, oder Arbeiter, die gemäß der Aufforderung der Opposition nicht wählen, würde das Weihnachtsgeld gestrichen"* ('Mundo Obreror', zitiert nach 'Arbeiterkampf' Nr. 96) und *"alle Arbeiter wurden für 4 Stunden von der Arbeit freigestellt und mußten eine Bescheinigung bringen, daß sie gewählt hatten, ansonsten wurden die 4 Stunden nicht bezahlt. So war die Kontrolle über die Nichtwähler perfekt"* ('El Pais', zitiert nach 'Arbeiterkampf' Nr. 96).

Die manipulativen Anstrengungen hatten schließlich auch Erfolg; bei einer Wahlbeteiligung von etwa 75% konnte die Regierung 94,2% der Stimmen - das sind etwa 2/3 aller Stimmberechtigten - auf ihr Konto verbuchen. Der Bunker erlitt mit 2,6% (weniger als 2% insgesamt) Nein-Stimmen eine vernichtende Niederlage - selbst die rückständigsten Teile des Kleinbürgertums dürften sich von ihm abgewandt haben. Etwa 25% enthielten sich der Stimme, ein Zeichen, daß die fortschrittlichsten Teile der Massen, insbesondere die Arbeiter vorhut nicht bereit waren, die Tricks der Regierung zu unterzeichnen. In der baskischen Provinz Guipuzkoa gingen 55,1% der Wähler nicht zu den Urnen und auch in Asturien, Katalonien und den anderen baskischen Provinzen war die Absage an diese 'Abstimmung' äußerst eindrucksvoll. Ein wichtiger Aspekt, den Revolutionäre trotz des gesteuerten Charakters des Referendums nicht übersehen dürfen,ist der, daß vor allem die kleinbürgerlichen Schichten und die rückständigen Teile der Arbeiterklasse große Illusionen in die bürgerliche Demokratie haben und bereit sind,selbst die Vorschläge von Suarez zu akzeptieren. Revolutionäre müssen dem in ihrem Programm korrekten Ausdruck verleihen.

DIE FUNKTION DER REFORMISTEN

Soll dem Betrugsmanöver der Regierung Erfolg beschieden sein, darf es nicht zu schnell vonstatten gehen. Allzuweit könnten die Massen gehen, würde der Regimewechsel zu schnell oder gar abrupt, wie etwa in Portugal,vor sich gehen. Solche 'portugiesische' Entwicklungen wollen diese Herren auf keinen Fall dulden, zumal doch dort die Arbeiter und Bauern ihre Herrschaft in Frage stellten. Die spanische Bourgeoisie hat gelernt aus Portugal, denn in gewisser Weise ähnelte die Ausgangssituation Portugals der ihrigen. Die bürgerlichen Parteien waren kleine Gruppen von Intellektuellen und Rechtsanwälten, die in der Regel nichts anderes als sich selbst vertraten und die Sozialdemokratie eine winzige Sekte. Nur die PCP verfügte infolge jahrzehntelanger Untergrundarbeit über einen starken Parteiapparat. Diese Konstellation kam infolge des plötzlichen Zusammenbruchs des Caetanoregimes an die Oberfläche - eine gefährliche Situation für die Bourgeoisie. Erst nach dem 25. April 1974 mußten bürgerliche Parteien und eine Sozialdemokratie für eine wirksamere Kanalisierung der Arbeiterklasse aufgebaut werden. Dies alles führte zu den vielfältigsten Konstellationen des portugiesischen Klassenkampfs, in deren Verlauf eine vorrevolutionäre Situation entstand, in der die Bourgeoisie an die Wand gedrückt wurde und aus der sie sich mit letzter Kraft und mit Hilfe der Reformisten, die die Arbeiterklasse tief gespalten hatten, retten konnte.

Solch 'finstere' Stunden mußte die spanische Bourgeoisie von Anfang an verhindern, hätte doch ein plötzlicher Bruch wahrscheinlich noch viel schlimmere Folgen. Die portugiesische Arbeiterklasse war erst kurz vor dem Sturz Caetanos darangegangen, den Widerstand gegen das System im größeren Umfang aufzunehmen und verfügte über noch wenig Kampftradition. In Spanien hingegen ist die Situation wesentlich fort-

Fortsetzung auf Seite 5

Gründung des Lenin-Klubs

Das, was man gemeinhin so als 'Linke' in diesem Land bezeichnet, befindet sich schon seit längerer Zeit in einem Zustand, der die politische Auseinandersetzung, Diskussion und - natürlich - Konfrontation verunmöglicht. Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen. Die GRM versuchte die Krise, in die die Maoisten anlässlich der jüngsten Ereignisse in China geraten waren, durch das Fernbleiben von einer maoistischen Veranstaltung 'auszunützen'! Eine Veranstaltung der IKL zur ungarischen Revolution 1956 wurde dann, von beiden Organisationen (GRM und Maoisten) 'boykottiert'!

Dumme und oberflächliche Gemüter, die sich aus unerfindlichen Gründen für 'politische Gemüter' ausgeben, neigen dazu, der IKL das Prädikat 'sektiererisch' anzudichten, weil wir auf die politische Unabhängigkeit unserer Organisation achten und dieses Prinzip der revolutionären Arbeiterbewegung auch nicht aufgeben werden. Doch diese Gemüter verstehen nicht, was der Begriff 'Sektierertum' tatsächlich bedeutet.

Die Wahrheit ist, daß genau jene, die die offene Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung sabotieren und boykottieren (von der KPÖ soll hier nicht die Rede sein, da diese Partei schon stets eine solche Haltung an den Tag legte) ein sektiererisches Verhalten beweisen.

So hat dann eben jede Organisation 'ihre Jubelgarde', die Mitglieder anderer Organisationen schmäht, den eigenen 'Familienmitgliedern' frenetischen Applaus spendet, ohne daß tatsächlich eine Auseinandersetzung stattgefunden hat!

Diskussion zu fordern, bedeutet nicht dem Versöhnlertum das Wort zu reden, welches ganz nach den Geschmack jenes nun auftauchenden zweiten Aufgusses der 'undogmatischen' Linken entsprechen würde. Keineswegs. Diskussion bedeutet vielmehr das Recht jeder Strömung der Linken, ihren Standpunkt zu entwickeln, ebenso wie das Recht auf Antwort und Kritik auf den Standpunkt anderer Strömungen. Genau dies ist aber auf den Veranstaltungen jener Gruppen (GRM und Maoisten) unmöglich, die sich selbst als linke Alternative zur KPÖ begreifen. Wie desinteressiert z.B. die GRM an einer politischen Auseinandersetzung ist (ihre Anbiederung an alle möglichen und unmöglichen 'Avantgarden' kann man ja beim besten Willen nicht als Auseinandersetzung bezeichnen), bewies sie auf ihrer letzten China-Veranstaltung, auf der der Vertreter unserer Organisation fünf (!) Minuten Redezeit zugestanden bekam, und ein Vertreter der GRM - der am Podium saß - ihm ständig ins Ohr flüsterte: "Noch drei Minuten, noch zwei Minuten ..." Daß dabei die Entwicklung eines Standpunktes verunmöglicht wird, braucht wohl nicht erst bewiesen werden.

Ausdruck der Degeneration dieser 'Linken' ist das selbstzufriedene Sich-Zurückziehen ins 'eigene Nest', die totale Ignoranz, die ja nicht nur auf der Ebene der politischen Diskussion zu sehen ist, sondern auch auf der Abwehr der bürgerlichen Repression, wo Maoisten und GRM nun nicht einmal mehr zu Aktionseinheitssitzungen erscheinen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, gegen diese Entwicklung zu kämpfen, denn die fehlende und unterdrückte Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung schwächt diese insgesamt.

Daher die Gründung des Lenin-Klubs.

Wird dieser wohl von der IKL organisiert, so kann an seiner Entwicklung, an dem, was in diesem Klub diskutiert wird, jeder, der sich auf die Arbeiterklasse beruft, teilnehmen.

Der Lenin-Klub soll der Rahmen werden, in dem eine freie und offene Konfrontation politischer Standpunkte (natürlich nur solcher, die sich auf die Arbeiterklasse berufen) nicht nur möglich, sondern das Eigentliche ist. So werden wir zwar bestimmte Schwerpunkte bestimmen (z.B. ab März '60 Jahre russische Revolution'), die einfache Mehrheit der Teilnehmer hat aber das Recht ein von ihr gewünschtes Thema auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Die Vertreter der IKL haben keine anderen Rechte, als alle anderen Teilnehmer.

Es versteht sich von selbst, daß wir auch Vertreter von linken Organisationen einladen werden, im Lenin-Klub den Standpunkt ihrer Organisation darzustellen und zu vertreten.

In der 'permanenten revolution' werden wir ständig über den Ablauf und die Entwicklung der Diskussionen berichten und die nächsten Termine und Themen ankündigen!



Der Lenin-Klub trifft sich zum ersten Mal am 16.März 1977.

Es war uns bis jetzt nicht möglich ein geeignetes Lokal aufzutreiben, aus diesem Grund müssen wir die erste Zusammenkunft noch in der Treitlstraße (Gewerkschaftshaus) durchführen.

Die genaue Adresse:

1o4o Wien, Treitlstraße 4, Zimmer 69 (4.Stock)

Zeit: 19.3o

Wir haben als erste Schwerpunkte die Entwicklung in China und "6o Jahre Russische Revolution" gesetzt, wobei vor allem der Zusammenhang zu aktuellen Entwicklungen des internationalen Klassenkampfes diskutiert werden sollte (z.B. Spanien und Portugal).

DIE NEBEL LICHTEN SICH

Der Nebel über den turbulenten Vorgängen in China beginnt sich zu lichten. Die Konturen der Akteure und der Ablauf der Geschehnisse treten deutlicher hervor. Eine Reihe von Informationen verschiedenster Herkunft, Rundfunkberichte chinesischer Lokalsender, Artikel in der chinesischen Presse, Beobachtungen westlicher Reisender etc. haben das Bild klarer werden lassen.

Im folgenden wird versucht, einige Aspekte der letzten Entwicklung näher zu beleuchten. Eine ausführliche Analyse der Hintergründe der Ereignisse in der VR China, eine Einschätzung der hauptsächlichen Fraktionen, des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses etc. haben wir in der Nr. 5 der 'Permanenten Revolution' gebracht.

UNGEWOLLTE SELBSTENTLARVUNG DER BÜROKRATIE

Eine Ebene der 'Auseinandersetzung' mit der sogenannten 'Viererbande' ist der bunt ausgeschmückte Vorwurf eines dekadenten Laster- und Luxuslebens, das diese geführt haben sollen. Da ist vom Import 'äußerst obszöner' Filme (*"Vom Winde verweht", "Der Graf von Monte Christo"!*) aus Hongkong und Hollywood die Rede, von tagtäglichen sündteuren Parties, vom Transport von Reitpferden mit Sonderflugzeugen, auf daß Tschiang Tsching ihrem Hobby frönen konnte. Das Essen habe sich dieser *"Teufel in Menschengestalt"* grundsätzlich nur auf Zehenspitzen servieren lassen und zum Personal sei sie hart und grausam gewesen. Manche der Vorwürfe wirken nahezu grotesk, etwa die Behauptung, man habe den Staub von allen Blättern des Botanischen Gartens gewischt, wenn Tschiang Tsching zu Besuch gekommen sei - oder Bedienstete hätten im Park auf die Zweige geschlagen um zwitschernde Vögel zu verscheuchen, die sie hätten stören können.

So überspitzt manche dieser Anschuldigungen zweifellos auch sind, wird dahinter eines sichtbar: Die Existenz einer bevorzugten bürokratischen Kaste, die sich einen Lebensstil leisten kann, der - verglichen mit der Lage der Arbeiter- und Bauernmassen - nur als luxuriös bezeichnet werden kann.

Denn all diese Berichte können in den Augen des chinesischen Volks nicht vollständig unglaubwürdig sein - sie müssen sich in einem bestimmten Ausmaß mit der eigenen Erfahrung decken! Es ist offenbar nicht so überraschend für die chinesischen Massen, daß die Führungsschicht von Staat und Partei Gelage mit raffiniert zubereitetenden Speisen abhalten kann, westliche Luxusgüter und zahlreiches Bedienungspersonal zur Verfügung hat und sich sonstiger Privilegien erfreut.

Wenn derlei von Spitzenfunktionären, vor den Augen so vieler Menschen jahrelang praktiziert werden konnte, ohne sofort einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, muß es eben dem Rahmen der üblichen Gepflogenheiten entsprochen haben!

Eine weitere ungewollte Blöße gibt sich der siegreiche Flügel der Bürokratie, wenn er der 'Viererbande' vorwirft: *"Sie verrieten wichtige Partei- und Staatsgeheimnisse"* (Peking Rundschau 44, 1976, S. 16). Wem *"verrieten"* sie diese eigentlich? Dem chinesischen Volk? Aber seit wann hat eine wirklich kommunistische Partei denn Geheimnisse vor ihren Mitgliedern, oder - als Regierungspartei - vor dem Volk? War es nicht eine der ersten Forderungen der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis, mit der Geheimdiplomatie Schluß zu machen, die Geheimverträge offen zu legen - und das mitten im Krieg! Wieso kann es denn überhaupt Parteigeheimnisse geben, wenn doch angeblich alles lange und breit von den Massen diskutiert wird?

In ihrem Bestreben, die entmachtete 'maoistische' Fraktion anzuschwärzen, hat die neue Parteiführung unvorsichtigerweise die Existenz der ganzen bürokratischen Kaste stärker ans Tageslicht gezerrt! Gleichzeitig richtet sich die Logik dieser Anschuldigungen auch gegen Mao Tse-tung selbst! Denn die Mitglieder der 'Viererbande' gehörten zu seinen engsten Mitarbeitern. Undenkbar, daß er gar nichts von ihrem Treiben mitbekommen hätte! Das anzunehmen heißt, den 'Großen Steuermann' für einen senilen Trottel zu halten, unfähig zur geringsten Menschenkenntnis und blind seiner Umwelt gegenüber! Ein solcher Mensch hätte wohl kaum der *"größte Marxist-Leninist"* sein können! Hat er aber alles mitbekommen und diese Leute trotzdem gefördert, so sagt das auch einiges aus! So oder so hat die neue Parteiführung auch den alten Vorsitzenden in ein schiefes Licht gebracht!

BÜRGERKRIEG IN CHINA?

Viel Aufsehen erregt haben die Berichte von bewaffneten Zusammenstößen und bürgerkriegsähnlichen Unruhen, die vor einiger Zeit in den bürgerlichen Massenmedien aufgetaucht sind. Was steckt wirklich dahinter?

Zunächst bleibt festzuhalten, daß chinesische Lokalsender tatsächlich Meldungen dieser Art gebracht haben. Allerdings beziehen sich diese Meldungen größtenteils auf Ereignisse, die sich bereits im späten Sommer 1976, also noch vor Maos Tod abgespielt haben.

Bei näherer Überprüfung ergibt sich folgendes Bild: Beide Fraktionen waren offenbar bereits Monate vor Maos Ableben fieberhaft bemüht, ihre Positionen für den bevorstehenden Machtkampf möglichst auszubauen und ein für sie günstiges Kräfteverhältnis zu schaffen. Dabei hatte sich die maoistische Fraktion auf allen Ebenen der Partei straff organisiert: *"Sie betrieben verbrecherische, parteispalterische Aktivitäten, schlossen sich zu einem Bund zusammen, gingen eigene Wege und errichteten innerhalb der Partei ihr eigenes System"* (Peking Rundschau 44, 1976, S. 16).

Die Fraktion der 'Gemäßigten' war bestimmt nicht schlecht organisiert, sonst hätte sie schwerlich so erfolgreich durchgreifen können. Die 'Viererbande' muß recht aktiv dabei gewesen sein: *"Sie verschickte(n) Briefe in alle Himmelsrichtungen, verteilten überall Studienmaterial, gab(en) schwarze Weisungen heraus und hielten schwarze Vorträge"* (Peking Rundschau 52, 1976, S. 17).

Ein wichtiges Instrument in den Händen der 'Maoisten' waren die Massenmedien: *"Mit Hilfe der von ihnen kontrollierten Massenmedien machten sie große Reklame für den Revisionismus, um eine für ihre Usurpierung der Partei- und Staatsführung günstige konterrevolutionäre öffentliche Meinung zu schaffen"* (Peking Rundschau 52, 1976, S. 16).

Ebenso scheinen sie sich der bewährten Methoden der 'Kulturrevolution' bedient zu haben: Rollkommandos, die Parteilokale besetzten, Kader der anderen Fraktion zu öffentlicher Selbstkritik nötigten oder aus ihren Funktionen verjagten, Transportmittel und Fernmeldeeinrichtungen an sich rissen, Streiks in Betrieben organsierten und Schüler und andere Jugendliche mobilisierten. Wenn man den Meldungen glauben darf, wurden auch politische Gefangene ("böse Geister und Ungeheuer") gewaltsam befreit.

Diese Aktivitäten scheinen zeitweise ein beträchtliches Ausmaß angenommen zu haben und stellen den Hintergrund der Berichte über gewaltsame Zusammenstöße dar. Auch dürfte sich die 'maoistische' Fraktion in einigen Provinzen auf die Miliz, als Gegengewicht zu der von den 'Rechten' kontrollierten Volksbefreiungsarmee, gestützt haben, was zu direkten Feuergefechten geführt haben könnte.

Überhaupt scheint es, als hätten in diese Unruhen auch versprengte Reste von wirklich linken 'Roten Garden' und Rebellengruppen eingegriffen, die sich nach der Niederschlagung der Kulturrevolution bewaffnet in die Berge zurückgezogen haben. Es dürfte zeitweise zu einer Vermengung der Aktivitäten der 'Maoisten' mit denen echter linker Elemente und kämpferischer Arbeiter gekommen sein, was die Lage noch undurchsichtiger machte.

DAS PROGRAMM DER RECHTEN

Wichtige Hinweise auf die Vorstellungen der siegreichen 'rechten' Fraktion liegen inzwischen vor. In der Peking Rundschau 1 von 1977 wurde an herausragender Stelle der Artikel: "Über die zehn großen Beziehungen" von Mao Tsetung veröffentlicht, der offensichtlich programmatischen Charakter hat. Dieser Artikel stand im Mittelpunkt der "2. Landeskonferenz zum Lernen von Datschai in der Landwirtschaft", der bisher größten und wichtigsten Parteikonferenz, die unter der neuen Führung stattgefunden hat. Zu dieser Konferenz versammelten sich über 5 000 Funktionäre von Mitte bis Ende Dezember in Peking. Sie stand unter dem Motto: "Mehr, besser, schneller und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen".

Der neue Vorsitzende Hua Kuo-feng hielt dabei eine Schlüsselrede, in deren Verlauf er sagte: *„Wir haben auf dieser Konferenz gewissenhaft das glänzende Werk des Vorsitzenden Mao 'Über die zehn großen Beziehungen' studiert. Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes müssen dieses glänzende Werk ebenfalls gewissenhaft und eingehend studieren."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 31)

Man geht also gewiß nicht fehl in der Annahme, daß der Inhalt dieses alten Mao-Artikels Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Kurs der Parteiführung zuläßt.

Bezeichnenderweise stammt der Artikel aus dem Jahr 1956 und resümiert unmittelbar die Erfahrungen des XX. Parteitages der KPdSU mit seiner Chrustschow'schen 'Entstalinisierung'. Es ist bestimmt kein Zufall, daß sich Hua & Co. gerade in diese Tradition stellen.

Was sind nun die Schwerpunkte dieses Artikels?

- Neben der weiteren Entwicklung der Schwerindustrie, eine verstärkte Betonung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie. Dabei wird perspektivisch eine harmonische, dh. regional gesteuerte Industrialisierung angepeilt.
- Eine Senkung der Verwaltungskosten und der Ausgaben für das Heer zugunsten des Wirtschaftsaufbaus: *"Ist euer Wunsch echt, hundertprozentig, dann verringert ihr den Anteil der Militär- und Verwaltungsausgaben und pumpt mehr in den Aufbau der Wirtschaft."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 14)
- Eine gewisse Dezentralisierung und Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse nach unten, auf Fabriks- und Regionalebene. *"Es ist wohl nicht richtig, alles in den Händen der zentralen Ebene bzw. der Provinz- und Stadtebenen zu konzentrieren, den Fabriken aber keine Befugnisse, keine Bewegungsfreiheit und keine Erträge zuzugestehen."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 15)

"...ist gegenwärtig darauf zu achten, die Befugnisse der lokalen Ebenen etwas zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und ihnen einen größeren Handlungsspielraum zu geben." (Peking Rundschau 1, 1977, S. 16)

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 3

geschrittener, die Klassenpolarisation weitaus entwickelter. Eine schnelle Beseitigung des jetzigen Regimes würde zweifelsohne sofort heftigste Kämpfe in Gang setzen. So sollen alle Hindernisse, die dem portugiesischen Proletariat erst mühsam nach dem Zusammenbruch des Caetano-Bonapartismus in den Weg gelegt wurden und an der Machtergreifung hinderten, in Spanien schon heute, unter dem diktatorischen Regime, die Kämpfe drosseln und den Widerstand erwürgen. Und tatsächlich, diese Strategie bringt bereits ihre ersten Früchte. Völlig frei und ungehindert können die bürgerlichen Gruppierungen ihre Propaganda entfalten und um Mitglieder werben - seit Portugal weiß die Bourgeoisie, wie wertvoll es ist, direkte organisatorische Verbindung zu den kleinbürgerlichen Massen zu besitzen, um sie dann gegebenfalls für ihre Zwecke einsetzen zu können. Auch die anderen westeuropäischen bürgerlichen Parteien mischen hier kräftig mit. Unter der Patronanz der CDU vereinigten sich mehrere christdemokratische Parteien. Die Arbeiterklasse soll fest an das zukünftige Parlament gebunden werden.

Wie auch die PCP verkörpert die PCE in der Anschauung der Massen den Widerstand gegen die Ausbeuterklassen. Sie führte von 1939-49 einen bewaffneten Kampf in Form von Partisanen gegen Franco und hat die Hegemonie über die CCOO (Comisiones Obreras), den nach wie vor kampffreudigsten Organ der Arbeiterbewegung. Ihr daher die Bremsung der Arbeiterbewegung anzuvertrauen, wäre für die herrschende Klasse ein allzu gefährliches Spiel. Dieses Dillemma will Suarez durch offene Protektion der Sozialdemokratie lösen.

Tatsächlich scheint die PSOE alle Vorzüge eines effektiven Kanalisierungsinstrumentes zu besitzen. Hat sie zwar einen traditionsreichen Namen, so wurde sie de facto neu gegründet - der historische Flügel existiert seit der Niederlage im Bürgerkrieg nur als kleiner Emigrantenzirkel im Ausland, ist vollkommen isoliert von der Arbeiterklasse und sucht auch gar keine Verbindung mit ihr - und ist infolgedessen nicht wie die PCE mit langer antifaschistischer Tradition 'vorbelastet'. Sie muß der PCE Arbeiter abjagen und, fester als dies die Stalinisten vermögen, an das Parlament binden. Zu diesem Zwecke erhält sie größtmögliche Bewegungsfreiheit, ein UGT-Kongreß (Gewerkschaft der Sozialdemokratie) und kürzlich auch ein Kongreß der Partei konnten in aller Legalität abgehalten werden, teilweise darf sie schon ihre Propaganda öffentlich betreiben. Konferenzen der PCE oder der Arbeiterkommissionen dagegen sind nach wie vor verboten.

Während es heute über die Legalisierung der PSOE vor dem Wahlkampf keinen Zweifel gibt, ist man sich über die Zulassung der PCE noch uneins. Liberale Teile der Bourgeoisie neigen dazu, sie knapp vor den Wahlen zuzulassen, damit diese Farce nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, Suarez will sie erst mittels des Parlaments legalisieren, aber auf anderen Listen kandidieren lassen, reaktionäre Parteien, wie Fraga Iribarnes 'Volksallianz' bestehen auf ein weiteres Verbot. Die Stalinisten haben natürlich wissen lassen, daß sie die Politik der Regierung auch in dieser Hinsicht akzeptieren werden. Schließlich hat auch die PSOE gegen diese Vorgangsweise nichts einzuwenden. *"Die anderen der Opposition, so auch die PSOE, die Bruderpartei der SPD, halten es für ihre Pflicht, immer wieder die Zulassung der Kommunisten zu verlangen, allerdings werden sie das nicht zur Bedingung für ihre eigene Teilnahme an den Wahlen machen."* (FAZ, 8.12.1976)

Geeint steht die Bourgeoisie wiederum der extremen Linken gegenüber. Wenn es nach ihr geht, soll diese für immer in der Illegalität bleiben.

'COORDINACION DEMOCRATICA': EINE NEUE NIEDERLAGE WIRD VORBEREITET

Wie schon zu Zeiten der spanischen Republik geht es den Reformisten heute darum, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen und die Kosten dafür die Massen zahlen zu lassen. Was sie anstreben, ist ein etwas demokratischer Kapitalismus der noch lange weiterbestehen soll: *"Die Marktwirtschaft müsse in Spanien noch sehr lange aufrechterhalten werden. Denn wir wollen keinen Sozialismus mit Lebensmittelkarten"* (Carillo, FAZ 10.12.1976). Vom Sozialismus sprechen Carillo und Gonzales lieber nicht, und wenn, so nur an Sonn- und Feiertagen, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Heute, und darin sind sich die Bürokraten einig, geht es um die Erringung der 'Demokratie', um Wahlen, die den Massen nichts bringen können und sollen; alles andere wird auf die lange Bank geschoben, d.h. auf den St. Nimmerleinstag verlegt. Jose Landoval, Sprecher der PCE sprach dies mit nicht zu überbietender Deutlichkeit aus: *"Für die PCE ist es wichtig, daß sie mit viel Fingerspitzengefühl Hilfestellung anbietet für die Übergangsperiode, die durch eine provisorische Regierung für die Dauer einer konstituierenden Periode eröffnet würde. Während dieser Periode schließt die PCE jegliche Art von Nationalisierung aus, denn da kommt es darauf an, die Demokratie zu festigen und die Reibung eines verfrühten (!) Strukturwandels zu vermeiden. In der ersten Phase der demokratischen Konsolidierung kann man keine Ziele durchsetzen, die für die demokratische Rechte nicht akzeptabel sind. Ohne politischen Pakt kann man nicht vom sozialen Pakt reden. Im Rahmen eines sozialen Pakts, den diese Regierung verhindern will, ließe sich ein Weg aus der Krise finden. Ohne die Beteiligung des Großkapitals wird es schwer sein, ein solches Übergangsklima zu garantieren"* (zitiert nach 'Inprekorr' 60, Seite 18).



Das Grab Francos

Dieser politische Pakt zwischen Reformisten und Bourgeoisie hat jedenfalls in der Bildung der'Coordinacion Democratica' schon seinen organisatorischen Ausdruck gefunden. Gemeinsam mit bürgerlichen Gruppierungen um Ruiz Gimenez und dem Erzreaktionär Gil Robles, dem Führer der seinerzeitigen klerikal-faschistischen CEDA, deren Eintritt in die Regierung im Oktober 1934 den Aufstand der asturischen Bergarbeiter provozierte (bei dessen Niederschlagung sich 'Generalissimo' Franco seine ersten 'Sporen' verdiente), deren Image durch dieses Bündnis aufgemöbelt werden soll, sind die Reformisten bereit, die spanischen Massen wiederum in eine Niederlage zu führen. Beschlüsse der Coordinacion können nur einstimmig gefasst werden, eine gute Gelegenheit für Gimenez und Robles, allzu fortschrittliche Vorstöße, wie sie vom linken Flügel der Coordinacion kommen könnten (die wichtigsten maoistischen Organisationen ORT, PTE, MCE sind auch Mitglieder dieses Bündnisses), rechtzeitig abzublocken. Diese unheilige Allianz ist nicht zur Lösung der zentralen sozialen Aufgabe geschaffen worden, geht es ja für sie um 'höhere Dinge'. Forderungen der Arbeiter, wie solche gegen Arbeitslosigkeit und Inflation, für Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Arbeiterkontrolle und Nationalisierung haben keinen Eingang in die Plattform gefunden, ja sogar demokratische Aufgaben, wie die Land- und Nationalitätenfrage bleiben unbeantwortet. Formulierungen, wie für die "sofortige und vollständige wirksame Ausübung der demokratischen Rechte und Freiheiten für die verschiedenen Nationen und Regionen im spanischen Staat" können den Basken, Kataloniern und Galiziern keinen Weg in die Zukunft weisen (und sollen es auch gar nicht). Die Frage der Repressionsorgane wird gänzlich umgangen, die Armee will man bloß nach außen einsetzen - von der Vertreibung der Faschisten keine Rede.

Einmal mehr zeigt diese Politik, daß es verfehlt wäre zu glauben, die Coordinacion Democratica würde 'bloß' die anstehenden sozialen Probleme in die ferne Zukunft verweisen, würde aber konsequent den Prozess der 'Demokratisierung' - unter dem sie die Abhaltung von Wahlen versteht - vorantreiben.

Beides läßt sich eben nicht voneinander trennen und der Weg der Reformisten, zum Zweck der 'Verteidigung' oder 'Erringung' der Demokratie, Bündnisse mit 'demokratischen' (oder 'dynamischen', wie es Carillo auszudrücken pflegt) Teilen der Bourgeoisie zu schließen, hat schon im Bürgerkrieg zu ein und demselben Ziel geführt: Sabotage selbst der demokratischen Aufgaben (Landreform, Nationale Frage, konstituierende Versammlung) und Auslieferung der Arbeiterklasse an die Schergen der Bourgeoisie. Auch die 'Coordinacion Democratica' will die Massen in diese Richtung führen. Schon sind die Parteien der demokratischen Opposition in Verhandlungen mit der Regierung Suarez getreten. Diesen Gesprächen werden alle anderen Aktivitäten untergeordnet, konkret alle Mobilisierungen gedrosselt, der Generalstreik zum Sturz des Regimes verhindert. Besonders zynisch wurden diese Demobilisierungsversuche bei der Ermordung der 5 Anwälte. Diese beispiellose Provokation ließen die Reformisten weitestgehend unbeantwortet, es wurde gebremst, so gut es nur ging. Anstatt diesen Anlaß zu einer gewaltigen Demonstration der Stärke der Arbeiterklasse auszunutzen, verzapften PCE und PSOE weiter ihr pazifistisches Gefasel. So 'freundlich' stehen Carillo und Gonzales den Problemen der Massen gegenüber. Kaum deutlicher kann die Feindschaft dieser Bürokraten gegenüber der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse dokumentiert werden.

Nicht gerade zimperlich sind PCE und PSOE auch bei der Frage der Monarchie, man will es sich ja mit Juan Carlos, dem 'Garanten der Demokratie', in dessen Auftrag Suarez agiert, nicht verscherzen. So versucht Carillo durch diverse Winkelzüge die Legitimität dieser Institution dem Volke schmackhaft zu machen: *"Die Monarchie, wenn sie eine konstituierende Periode eröffnet und die Frage der Entscheidung des Volkes unterwirft und das Volk sagt, daß sie sie will, dann ist die Monarchie schon nicht mehr die, die Franco wollte, sondern die, die das Volk frei gewählt hat."* (Carillo gegenüber 'Cambio 16', zitiert nach 'Spartacus" 30/31). In gleicher Weise argumentierte Felipe Gonzales: *"Ziel der Sozialistischen Partei als republikanische föderalistische Partei sei eine spanische Bundesrepublik. Doch über die Frage Monarchie müsse das gesamte Volk entscheiden"* (FAZ, 10.12.1976). Ja, so einfach ist das mit dem Willen des Volkes. Er wird immer dann angeführt, wenn es etwas akzeptieren soll, was es seit Jahren bekämpft. Nur eines wollen die Massen, wenn es nach den Reformisten geht, nie: Unter der Führung der Arbeiterklasse die Macht ergreifen und sich selbst befreien.

Die Reformisten sind eifrig bemüht, die portugiesischen Erfahrungen in Spanien zu wiederholen - schon heute arbeiten sie eifrigst an der Spaltung der Arbeiterbewegung. Der PSOE geht es vordergründig erst einmal darum, Einfluß in der Arbeiterklasse zu erringen, dabei muß sie freilich mit der vorherrschenden Kraft, der PCE um die Gunst der Arbeiter buhlen. Diese will sie durch Pseudoradikalismus, der selbstredend nicht ernst gemeint ist, erringen. Die PCE soll dem Schein nach links überholt werden, ein nicht allzu schwieriges Unterfangen. Auch die FAZ konstatierte: *"Derzeit verkündet der Kommunist Carillo ein Programm, das rechts von der PSOE steht"* (FAZ, 15.12.1976). So z.B. in der Frage der US-Militärbasen. Während sich der PSOE-Kongress für deren Auflösung aussprach, umgeht Carillo dieses Problem am liebsten.

Auch Fragen der Demokratie in der Arbeiterbewegung spielen in den Spaltungsmanövern eine Rolle - man kennt das von Portugal. Dem Bürokratismus der PCE in der Frage der Einheitsgewerkschaft will die PSOE den 'demokratischen Gewerkschaftspluralismus' und den konstituierenden Kongress der Einheitsgewerkschaft (freilich erst in späterer Zeit) entgegenhalten. Eine plumpe Demagogie natürlich, die die 'Liga Comunista' (die 'Liga Comunista' ist eine der beiden spanischen Sektionen des 'Vereinigten Sekretariats'. Sie steht der, von der amerikanischen SWP geführten, Minderheitstendenz nahe.) an der eigenen Haut zu spüren bekam. Sie durfte nicht als Tendenz in die UGT eintreten, nur Mitglied für Mitglied gestattete man die Aufnahme. Dabei wurde 'selbstverständlich' jeder einzelne Fall überprüft. Peinlich für die'Liga Comunista', wo sie doch gerade den Bürokratismus der PCE als Vorwand nahm, um aus den CCOO auszutreten!

Sicherlich kann die PSOE die, von der Bourgeoisie ihr zugedachte, Rolle nur deshalb spielen, weil sie die sozialdemokratische Internationale als Rückendeckung besitzt. Schon längst hat sich die internationale Sozialdemokratie unter der Führung der SPD eingeschaltet und interveniert zugunsten von Felipe Gonzalez. Unter ihrem Druck laufen Fusionsverhandlungen mit anderen sozialdemokratischen Parteien, und alle, die diesen Angliederungsprozess an die SPD nicht mitmachen wollen, wie z.B. die andalusische SP, die PSA, werden massiv verleumdet. Wie schon in Portugal urgiert die Sozialdemokratie auch hier als Vertreter der EG-Imperialisten und Vorreiter der demokratischen Konterrevolution. Auch das macht die PSOE so wertvoll für das Regime. Als Brandt anlässlich des PSOE-Kongresses in Portugal weilte, konferierte er auch mit Suarez. Kein Zweifel, daß er mit ihm Fragen der 'Demokratisierung' und des Anschlusses an die EG besprach. So wird unter dem Einfluß der internationalen Sozialdemokraten die Spaltung der Arbeiterbewegung zügig vorangetrieben.

Begünstigt wird das Betreiben der PSOE noch durch die Politik der Stalinisten. In ihrem Bestreben, endlich legalisiert zu werden und die Militanz der Arbeiter zu brechen, ist die PCE bereit, sämtliche Meere von Lügen und Dreck zu durchschwimmen. Ganz offen sabotiert sie schon seit geraumer Zeit den Generalstreik, beteuert ständig ihre Loyalität gegenüber Suarez und hat sich schon des öfteren als staatstragende Partei angeboten. Sie fordert den 'Sozialpakt', um der spanischen Bourgeoisie verständnisvoll auf Kosten der Arbeiter aus der wirtschaftlichen Misere zu helfen. Seine Forderung nach Legalisierung der PCE begründet Carillo etwa so: *"Wenn die Kommunistische Partei und andere Gruppen der Linken dazu verurteilt werden, die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition zu spielen, wird es keine Möglichkeiten einer nationalen politischen Übereinkunft geben, um den Folgen der Krise (der ökonomischen) zu begegnen."* ('Mundo Obrera', zit. nach 'Arbeiterkampf' 96) Legalisiert uns, oder wir können die Arbeiter nicht bremsen. Kann man noch klarer seine verräterischen Absichten bekunden?

Auch zur Gewerkschaftsspaltung trägt die sektiererische Politik der Stalinisten bei. Jahrelang hat die PCE eine Politik der Eroberung der unteren Posten der CNS, den franquistischen Gewerkschaften, die dann nach der Legalisierung der Arbeiterbewegung in eine Einheitsgewerkschaft transformiert werden sollten, verfolgt. Den Arbeiterkommissionen war lediglich eine unterstützende Funktion in diesem Prozeß zugedacht. Nachdem nun diese Strategie aufgrund des Zusammenbruchs der CNS scheiterte, versucht die PCE nun, vermittels der CCOO ihre Vorherrschaft in der Arbeiterklasse zu zementieren. Dazu mußten erst jene zusammengefaßt werden, die bereit waren, die Klassenkollaboration der PCE, die Politik der 'Coordinacion Democratica' zu akzeptieren. Zum Beispiel wurde die Vereinigung der beiden CCOO im Baskenland von ihr und der MCE nur auf dieser Grundlage gestattet, wobei eine starke Minderheit dagegen (Abstimmungsergebnis 265 pro, 215 contra, 10 Enthaltungen) bürokratisch unterdrückt wurde. Nun schritt man vor allem unter dem Druck der anderen Gewerkschaften und der sektiererischen Maoisten der ORT und PTE daran, die CCOO in eine Gewerkschaftszentrale umzuwandeln, um dann, wenn es so weit ist, ebenfalls ein Faustpfand für die Verhandlungen in der Hand zu haben. Cipriano Garcia, Mitglied des Sekretariats der CCOO, sprach dies auch unverblümt aus: *"... denn wir haben verstanden, daß, wenn wir in der Stunde des Bruchs nicht vorbereitet sind, zwei Dinge passieren können: Daß unsere Anhänger entmutigt werden, oder daß dieses Kontingent von Arbeitern zu den organisierten Zentralen weggehen wird ...der gewerkschaftliche Pluralismus ist eine Tatsache, angesichts der Haltung der historischen Gewerkschaften. Deshalb bleibt den Comissiones keine Wahl, als auch die ihre aufzubauen, um mit der Regierung im gegebenen Augenblick zu verhandeln."* ('Spanien Aktuell' Nr. 4, Seite 16) Mit der Ausrede, daß die anderen auch spalten, wird die eigene Spaltertätigkeit legitimiert. Eine makabre Angelegenheit. Ein guter Vorwand für die PSOE, gegen diese Politik lautstark ihr Konzept von 'Einheit durch Freiheit' zu vertreten. Jedoch wehrt sie sich natürlich auch heute gegen einen konstituierenden Kongreß der Einheitsgewerkschaft, da die Gewerkschaftsströmungen ihrer Meinung nach zur gegebenen Zeit nicht die Mehrheit der Arbeiter repräsentieren und daher nicht im Namen der Einheit sprechen können. Allzu durchsichtig ist dieser Trick, möchte sie doch vor diesem Kongreß (sollte er jemals stattfinden) ihre Positionen gegenüber der PCE ausbauen um zu erreichen, "daß die Gewerkschaftszentrale, die aus diesem Kongreß hervorgeht, die UGT selbst sein kann" ('Spartacus' 30/31)



'Reformer'Suarez bei der Arbeit

DIE 'EXTREME' LINKE: BEREIT DEN VERRAT MITZUBEGEHEN

Nicht weniger schändlich ist das Verhalten der Maoisten. PTE und MCE sind gleich bei der Gründung, die ORT im Herbst der 'Coordinacion Democratica' beigetreten und haben damit ihre Kapitulation vor der Volksfront vollzogen. Theoretisch wird dieser Schritt mit der stalinistischen Etappentheorie be-

gründet. Die PTE z.B. erklärte, was in der Zeit nach dem Sturz des Franquismus zu tun bzw. nicht zu tun sei: *"In der ersten Phase können Verstaatlichungen unangebracht sein. Man muß vorher genau den Charakter des Staates kennen, bevor man auf diese Weise die politischen Implikationen der Nationalisierung bestimmt. Solange das Regime nicht dem demokratischen Willen entspricht, müssen Verstaatlichungen aufgeschoben werden. Im Angesicht des Übergangs hat es keinen Sinn, von Verstaatlichungen zu reden."* ('Inprecor' Nr. 60) Mit einer solchen Position war es nur konsequent, der 'Coordinacion Democratica' beizutreten. Auch die ORT, die früher diesem Projekt kritisch gegenübergestanden hat - sie warf der 'Coordinacion Democratica' vor, keinen Kampf gegen die Monarchie zu führen und auf Massenmobilisierung zu verzichten - hat sich mit folgender Deklaration diesem Klassenkollaborationsbündnis angeschlossen: *"Das Zentralkomitee der ORT ist der Meinung gewesen, daß der beste Weg, damit sich die 'Coordinacion Democratica' für die einheitliche demokratische Alternative ausspricht, in sie einzutreten."* ('En Luca', zitiert nach 'Spartacus' 30/31) War das Entstehen dieser Organisationen in den 60er Jahren Ausdruck des Ablösungs- und Linksentwicklungsprozesses der Arbeitervorhut von der PCE, so haben sie durch ihre jetzige Politik den traditionellen konterrevolutionären Führungen wieder Zugang zu diesen Schichten verschafft und die militantesten Arbeiter erneut an den Reformismus gekettet. Mit ihrem Eintritt in die 'Coordinacion Democratica' haben sie in direkter Weise vor der Klassenkollaboration kapituliert und decken die Politik der PCE und PSOE von 'links' ab. Mit ihrem Konzept der 'reinen' Gewerkschaften mischen ORT und PTE auch noch fleißig bei der Spaltung der Arbeiterbewegung mit. Diese Organisationen können in keinster Weise der spanischen Arbeiterklasse eine Perspektive weisen. Gemeinsam mit den Reformisten arbeiten sie heute daran, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen. Weiters wird dadurch die Gefahr hervorgerufen, daß jene kleinbürgerlichen Schichten, die sich heute dem Proletariat angeschlossen haben, sich wieder der Bourgeoisie zuwenden, wenn sie merken, daß diese Klasse ihnen keine Perspektive weisen kann. Jede Halbherzigkeit ermöglicht damit den Faschisten, erneut Fuß zu fassen und einen konterrevolutionären Schlag vorzubereiten.

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE

Es ist heute schwer zu sagen, wie sich die Situation in Spanien konkret weiterentwickeln wird. Den beiden Lösungsversuchen der Bourgeoisie, dem des 'Bunkers', der das Militär und die Guardia Civil gegen die Arbeiterklasse mobilisieren will, und dem von Suarez, der mittels der Volksfront, der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten und eventuell der Stalinisten, die Arbeiterbewegung zu bremsen versucht, müssen die Arbeiter ihre Lösung gegenüberstellen - den Generalstreik zum Sturz des Franquismus! Dieser Generalstreik ist nicht bloß die quantitavie Ausdehnung aller bisherigen Streiks, vielmehr unterscheidet er sich von ihnen durch seine politische Qualität, er ist *"die einheitliche Aktion der spanischen Arbeiterklasse mit dem politischen Ziel des Sturzes der Diktatur d.h. der verallgemeinte politische Streik"* ('Spartacus' Nr. 28, Seite 18). Ansätze zu nationalen Streiks hat es in der Vergangenheit schon mehrmals gegeben. Der Streik am 12. November 1976 mobilisierte 2 Millionen, der als Antwort auf die Morde durch die Faschisten 4 Millionen. Trotzdem waren diese Kämpfe weit vom nationalen



Generalstreik entfernt und wurden von den Reformisten unter Kontrolle gehalten. Soll der Generalstreik tatsächlich zustande kommen, setzt das ein Höchstmaß an politischem Bewußtsein und Organisierung der Arbeiterklasse und der kleinbürgerlichen Schichten voraus. Nur so kann die qualitative Stufe zum direkten Kampf um den Sturz des Franquismus erklommen werden. Dieser wird dann zweifelsohne eine revolutionäre Situation hervorbringen, in der die Machtergreifung des Proletariats unmittelbar auf der Tagesordnung steht.

Dem verräterischen Programm der Klassenzusammenarbeit des sozialen und politischen Paktes mit der Bourgeoisie, der Aufrechterhaltung des francistischen Staatsapparates und den Verhandlungen mit der Regierung Suarez müssen die Revolutionäre ein System von Losungen gegenüberstellen, das anknüpft an den heutigen Bedürfnissen der Massen und zu ein- und demselben Schluß drängt: Dem Sturz des Franquismus und der Machtergreifung der Arbeiterklasse.

Doch obwohl das Proletariat heute in den Kämpfen praktisch schon jedesmal weiter geht als die Reformisten es wollen, die Notwendigkeit einer Einheitsgewerkschaft erkennt, bereit ist für den Sturz des Franquismus zu kämpfen, setzt es politisch auf die 'Coordinacion Democratica'. Bei diesem Widerspruch müssen Revolutionäre taktisch ansetzen. Sämtliche Forderungen der Massen müssen verbunden werden mit der Aufforderung an PCE und PSOE, mit der Bourgeoisie zu brechen und auf der Basis von Einheitsfrontorganen der Massen (Fabrik-Streik- u. Stadtteilkomitees, Arbeiterkommissionen) den Generalstreik zum Sturz des Franquismus zu organisieren und eine Arbeiterregierung zu bilden, für die restlose Zerschlagung des franquistischen Staatsapparates zu kämpfen, die Arbeiter zu bewaffnen, die konstituierende Versammlung einzuberufen, die demokratischen Aufgaben der Land- und nationalen Frage zu lösen und das Land von den Faschisten zu säubern. Indem die Revolutionäre also diese Forderungen dem streikbrecherischen und abwieglerischen Verhalten der Reformisten gegenüberstellen, ermöglichen sie es den Massen, ihre Erfahrungen mit den konterrevolutionären Führungen zu sammeln, in der Praxis sich von ihnen zu lösen und das revolutionäre Programm als einzig mögliche Alternative zu akzeptieren. Um das zu erreichen ist es notwendig, ständig an PCE und PSOE mit der Aufforderung heranzutreten, den Generalstreik zu realisieren und zu diesem Zwecke einen nationalen demokratisch gewählten Streikrat zu organisieren und eine Arbeitermiliz aufzubauen. Dabei genügt es nicht, lediglich alle bisherigen Organe der Arbeiterbewegung einfach zusammenzufassen, ebensowenig wie es ausreicht, alle Selbstverteidigungskomitees bloß zu koordinieren. Der Generalstreik ist eine zentral geleitete und gemeinsam ausgeführte politische Aktion der Arbeiter und setzt deshalb die Wahl eines zentralen Streikrates voraus. Dem Terror des Staatsapparates und der mit ihm verbundenen Christkönigskrieger und anderen faschistischen Banden, der sich angesichts des nahenden Entscheidungskampfes vervielfachen wird, müssen die Arbeiter ihre verallgemeinerten Selbstverteidigungstrupps - die Arbeitermiliz - entgegenstellen.

Doch die Arbeitermiliz allein wird nicht der Garant für die siegreiche sozialistische Revolution sein können. Die portugiesischen Erfahrungen beweisen, daß die Armee stets zum letzten Zufluchtsort der Bourgeosie wird. Portugal konnte erst - im bürgerlichen Verständnis - 'normalisiert' werden, als es am 25. November 1975 gelang, den fortschrittlichsten Teilen der Armee und der mit ihnen verbundenen Arbeitervorhut eine Niederlage zu bereiten.

Spaniens herrschende Klasse und ihre Generäle haben diese Erfahrungen verstanden. Sie tun alles, um die Armee aus den Auseinandersetzungen herauszuhalen, alles um zu verhindern, daß die Soldaten in die Bewegung der Arbeiter als deren Verbündete eintreten. Und die Reformisten sind auch hier die treuesten Verbündeten der Generäle.

Wenngleich es in der spanischen Armee Opposition auf Offiziersebene gibt, so ist nichts bekannt, daß sich Ansätze zu einer autonomen Soldatenbewegung gebildet haben, einer Bewegung, die in Portugal eine so dramatische Rolle gespielt hat und die letzten Endes ihrem Anspruch doch nicht gerecht werden konnte.

Aber alle, die am Sieg der Arbeiterklasse in Spanien interessiert sind, müssen die Arbeit in der Armee, das bewußte Hineintragen von proletarischen Standpunkten in die Mannschaften, die die Fackel des Widerstandes entzünden sollen, zu einem wesentlichen Aspekt ihrer politischen Arbeit machen. Denn - eine intakte bürgerliche Armee kann schwerlich besiegt werden. Der Bauer und Landarbeiter, der mit dem Gewehr in der Hand das bürgerliche Eigentum verteidigen soll und der von den Reformisten nichts konkretes zu erwarten hat, muß wissen, daß die revolutionäre Lösung der spanischen Krise ihm eine materielle Besserstellung bringen wird. Nur dann wird er dieser bürgerlichen Schandgesellschaft den Dienst verweigern. Die völlige Zersetzung und Lähmung der Armee muß das Ziel aller sein, die sich in den Dienst der sozialistischen Revolution stellen!

DIE REVOLUTIONÄRE KONSTITUANTE

Spaniens Massen drängen nach Organisierung in unabhängigen Organen, die den Bedürfnissen dieser Arbeiter, Bauern und Angehöriger kleinbürgerlicher Schichten Ausdruck verleihen und sie im Kampf gegen den Staatsapparat vertreten sollen. Diese Tendenz drückt das tiefe Mißtrauen der Massen, mehr noch die Ablehnung gegen die kosmetischen Operationen des gegenwärtigen Bonapartismus aus. Gegen die Reformisten, die diese Organe zu lediglich 'unterstützenden' Faktoren für ihre 'Realpolitik' machen, d.h. ihnen jeden selbständigen Charakter nehmen wollen (auch hier sind die portugiesischen Erfahrungen zu beachten), müssen Revolutionäre die absolute Unabhängigkeit dieser Tendenzen der Arbeiterbewegung durchsetzen und mehr noch - ihre Vereinheitlichung zu einer zentralen Rätebewegung erkämpfen.

Aber die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Franco-Diktatur hat die Massen geprägt und in ihnen tiefe Illusionen in die 'Demokratie' hinterlassen, die nicht einfach durch das geschriebene oder gesprochene Wort überwunden werden können. Dieser Widersprüchlichkeit im Bewußtsein der spanischen Unterdrückten muß jede revolutionäre Politik Rechnung tragen.

Die Forderung nach Räten kann also den demokratischen Illusionen nicht entgegengestellt werden, sondern muß vielmehr diese Illusionen berücksichtigen. Die zentrale Forderung, die einer solchen Politik entspricht ist die nach einer revolutionären konstituierenden Versammlung, von der die Lösung all der brennenden Probleme Spaniens verlangt wird.

Die Einberufung dieser Versammlung darf aber nicht den bürgerlichen Parteien überlassen werden, die diese sofort zu einem Instrument der Konterrevolution machen würden. Sie muß vielmehr eine der ersten Handlungen einer Arbeiterregierung sein, die so die bestehenden Räteansätze - die das Drängen der Arbeiterklasse nach der Macht im Staate ausdrücken - mit den bestehenden demokratischen Illusionen verbindet. Die revolutionäre Konstituante steht so der bürgerlichen Konstituante, die nicht ein Problem lösen kann, gegenüber.

Nicht den bürgerlichen Kräften soll das Feld der 'Demokratie' überlassen werden, die es stets nur zum Betrug an den Massen mißbraucht haben, sondern eine Arbeiterbewegung, die den unabhängigen Organen der Massen verantwortlich ist, soll die Versammlung einberufen.

Genau umgekehrt geht die LCR-ETA VI (die spanische Sektion des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale') an diese Frage heran. Anlässlich der Gründung der 'Coordinacion Democratica' erklärte sie: *"Es ist daher Zeit, den letzten Ansturm der Arbeiterklasse und der Völker auf den Franquismus zu organisieren und den Generalstreik vorzubereiten, der die Diktatur stürzen wird. Keiner 'provisorischen Koalitionsregierung' kommt das geringste Recht zu, nach dem Sturz der Diktatur die Macht auszuüben. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes vom 17. Lebensjahr an müssen sofort einberufen werden."* Hier wird nichts davon gesagt, wer diese konstituierende Versammlung einberufen soll!

Gegenüber der 'rotfront' erklärte dann ein Genosse dieser Organisation: *"Der erste Schritt zu einer Arbeiterregierung, wie wir sie propagieren, ist die Forderung nach einer konstituierenden Versammlung und nach allgemeinen Wahlen zu dieser Versammlung. Eine essenzielle Forderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt."*

Die Arbeiterregierung wird völlig falsch, als Ergebnis der 'reinen Demokratie' verstanden. Die Konstituante ist bei diesem Konzept ein Hemmschuh der Revolution und nicht weitertreibender Faktor.

Die Genossen der LCR-ETA VI sitzen so den Illusionen in die 'Demokratie' auf. Sie begreifen nicht, daß die Konstituante der Volksfront, die der Bourgeoisie wäre, die sofort an die Demobilisierung der Organe der Massen gehen und die Konterrevolution einleiten würde.

Die wichtige Forderung des Bruchs von PCE und PSOE mit den bürgerlichen Parteien und die Einberufung der revolutionären Konstituante gegen den Willen der Bourgeoisie, wird von den Genossen nicht begriffen.

Erklärung der Abkürzungen:

UGT	-	Union General de Trabajadores (Allgemeine Arbeiterunion)
CCOO	-	Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen)
PTE	-	Partido del Trabajo Espanol (Partei der Arbeit)
MCE	-	Movimiento Comunista de Espana (Kommunistische Bewegung Spaniens)
ORT	-	Organización Revolucionaria de Trabajadores (Revolutionäre Arbeiterorganisation)
PCE	-	Partido Comunista de Espana (Kommunistische Partei Spaniens)
PSOE	-	Partido Socialista Obrero Espanol (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens)
ETA	-	Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit, sozialrevolutionäre Befreiungsorganisation des Baskenlandes)
CNS	-	Centrales Nacional-Sindicalistas (Nationalsyndikalistische Zentralen, francistische Zwangsgewerkschaften)
COS	-	Coordinación de Organizaciones Sindicales (Koordination der Gewerkschaftsorganisationen, Mitglieder: UGT, USO, CCOO)
LC	-	Liga Comunista
LCR-ETA VI	-	Liga Comunista Revolucionaria/ETA VI



Felix Morrow



Revolution & Konterrevolution in Spanien

ISBN 388187 · 020 · 2 260 Seiten DM 10.–

In diesem Buch, das erstmals in deutscher Übersetzung erscheint, liefert der Autor, Felix Morrow (bis Ende der 40er Jahre Mitglied der amerikanischen Socialist Workers Party) eine marxistische Analyse der Ereignisse vor und während des spanischen Burgerkrieges.

Revolution und Konterrevolution in Spanien, ein marxistisches „Geschichtsbuch", geschrieben in der Zeit des Burgerkrieges in Spanien, stellt anschaulich die Ursachen fur das Scheitern der spanischen Revolution dar.

Der Kern des Buches liegt in einer umfassenden marxistischen Kritik der Volksfronttaktik in Spanien.



Bestellungen an:

verlag ergebnisse & perspektiven

Altenessener Str. 237, 43 Essen 12 Telefon 0201 34 75 22 Postscheckkonto Essen 37731 - 437

Fortsetzung von Seite 4

DIE NEBEL...

- In Verbindung mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Erhöhung des Lebensstandards. So heißt es bezüglich der Arbeiter: *"Mit der Erhöhung ihrer Arbeitsproduktivität sollte eine schrittweise Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und kollektiven Wohlfahrt einhergehen."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 14) und über die Landbevölkerung:"... *müssen wir auf der Grundlage einer erhöhten landwirtschaftlichen Produktion dafür sorgen, daß 90% der Genossenschaftsmitglieder Jahr für Jahr ein etwas höheres Einkommen haben. Bei den übrigen 10% soll das Einkommen nicht geringer werden."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 16)

- Verstärkte Aufmerksamkeit wird den nationalen Minderheiten gewidmet und vor den schädlichen Folgen des Han - Chauvinismus gewarnt.

- Um die eigene technologisch - wissenschaftliche Unterentwicklung zu überwinden, sollen auf diesem Gebiet, beim (imperialistischen) Ausland, Anleihen gemacht werden. *"Unsere Politik ist es, von den Vorzügen aller Nationen und aller Länder zu lernen und uns alles anzueignen, was in ihrer Politik, Wirtschaft, Technik, Literatur und Kunst wirklich gut ist."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 25) Nachdrücklich wird betont: *"...das sollte in keiner Weise davon abhalten, was die fortgeschrittene Wissenschaft und Technik der kapitalistischen Länder anzueignen, und das zu lernen, was wissenschaftlich in ihrer Betriebsführung ist. In den industriell entwickelten Ländern werden die Betriebe mit weniger Leuten geführt, ihre Leistung ist hoch und man versteht dort, gut zu kalkulieren. Wir sollten das alles gewissenhaft erlernen, in Übereinstimmung mit unseren Prinzipien, damit unsere Arbeit verbessert werden kann."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 26)

- Aufschlußreich und nicht ohne unmittelbaren Bezug zur gegenwärtigen Situation ist auch,was über die Beziehung zwischen Revolution und Konterrevolution gesagt wird. (Dabei muß man sich unter 'Konterrevolution' die 'Viererbande' vorstellen). Zunächst wird differenziert: *"Es ist notwendig, daß die verschiedenen Konterrevolutionäre je nach den Umständen unterschiedlich behandelt werden."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 21) Demgemäß gibt es einige überaus üble Konterrevolutionäre, die wirklich unbelehrbar sind. Ihnen gegenüber ist keine Milde angebracht. *"Deshalb muß eine kleine Zahl hingerichtet werden."* (Peking Rundschau 1,1977,S.22)

So scharf soll aber nur gegen eine kleine Handvoll von Leuten vorgegangen werden. Für die Masse der 'Konterrevolutionäre' gibt es weit bessere Verwendungsmöglichkeiten: *"Aber die meisten von ihnen sollten den landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Produktionsarbeit unter Überwachung übergeben und durch Arbeit umerzogen werden."* (ebenda)
Auch aus anderen Gründen ist es nicht zweckmäßig, allzu viele Köpfe rollen zu lassen:*"Drittens wäre das eine Vernichtung von Beweismaterial. Zur Unterdrückung von Konterrevolutionären braucht ihr Beweismaterialien. So ein Konterrevolutionär dient oft als lebender Zeuge gegen einen anderen und wenn es Prozesse gibt, könnt ihr ihn zu Rate ziehen."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 22)
Besonders jenen Konterrevolutionären in Partei- und Staatsapparat gegenüber, die nicht zur besagten Handvoll von Unverbesserlichen gehören, ist Milde angebracht - sie können umerzogen und wieder nutzbringend verwendet werden. Ihnen *"...muß ein Ausweg für ihre weitere Existenz offengelassen werden, damit sie ein neues Leben beginnen können."* (Peking Rundschau 1, 1977, S.23)

Die Rede des neuen Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng spiegelt viel von den Inhalten des Mao-Aufsatzes wider.Er betont die Notwendigkeit des weiteren Kampfes gegen die 'maoistische' Fraktion, die er auch für die Schwierigkeiten in Industrie und Landwirtschaft verantwortlich macht. Wenn damit auch der 'Viererbande' in bewährt stalinistischer Manier die Rolle des Sündenbocks zugeschoben wird, steckt doch ein Körnchen Wahrheit darin. War schon das voluntaristische Konzept der 'Maoisten' nicht gerade geeignet, eine Produktionssteigerung zu bewirken, haben die Aktivitäten der 'Linken' gewiß den 'normalen' Produktionsablauf beeinträchtigt.

Besonderes Augenmerk aber legt die neue Führung auf die Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft. Diese soll mit Hilfe einer verstärkten Mechanisierung, durch eine bessere Einbeziehung von Experten, größere Verwaltungsvereinfachungen und eine Hebung der Einkommen erreicht werden.

Sehr detailliert heißt es im Bericht eines führenden Kaders auf der genannten Konferenz: *"Es ist notwendig ... das Niveau des wissenschaftlichen Ackerbaus zu heben ... Wir müssen die Massenbewegung mit den Kontingenten der Fachleute verbinden... Wir müssen das Tempo der landwirtschaftlichen Mechanisierung beschleunigen ... die 'Örtliche Kleinindustrie' energisch entwickeln, große Aufmerksamkeit auf die Erzeugung von Landmaschinen und -geräten legen und mehr Kunstdünger, Insektizide, Landmaschinen, Zubehörteile und Plastikfolien herstellen ... Wir müssen die Betriebsführung stärken, die wirtschaftliche Rechnungsführung praktizieren und eine gewissenhafte und gute Verteilungsarbeit leisten."* (Peking Rundschau 2, 1977, S. 16f)

DER MACHTKAMPF IN DER KPCH

Die brennende Aktualität des besagten Mao-Artikels wird auch dort spürbar, wo Hua auf die weitere Vorgangsweise gegenüber Anhängern der 'maoistischen' Fraktion zu sprechen kommt. Zunächst stellt er den Verlauf der Frontlinie zwischen der jetzigen Parteiführung und dem harten Kern der 'Viererbande' klar. *"Die Widersprüche zwischen uns und der 'Viererbande' sind Widersprüche zwischen uns und dem Feind."* (Peking Rundschau 1, 1977, S. 38)
Das bedeutet,in der maoistischen Terminologie,einen unüberbrückbaren Gegensatz, einen Kampf, der bis zur Vernichtung des Gegners ausgetragen wird.





Während Teng Hsiao-ping einer neuen Karriere entgegengrinst, hängen derweilen nur Puppen, nicht die 'Vierer-Bande' selbst

Ein Widerspruch im Volke?

Sie mögen schon so Manchem Schwierigkeiten bereitet haben, die Fraktionskämpfe in der Chinesischen KP - dem 'Kommunistischen Bund Österreichs' jedoch nicht.

Freudestrahlend verkündete er, daß die KP-Chinas wieder einen großen Sieg errungen hatte, als sie die "Konterrevolutionäre Viererbande" zerschlug. Erleichtert können sich die KB-Genossen nun den Schweiß von der Stirne wischen, konnte diese "reaktionäre Clique" doch geraume Zeit ihr Unwesen unbemerkt inmitten der Partei treiben, als entschiedenste Verfechter der Kulturrevolution, diese doch von Grund auf verraten, jahrzehntelang den "Revisionismus" praktizieren, ihre "Spaltertätigkeit betreiben" und sich "mit Verschwörungen und Ränken befassen". Wahrlich ein Sündenpfuhl muß diese Verschwörerclique gewesen sein. So soll Tschiang Tsching mit Vorliebe westliche 'Pornofilme' wie "Vom Winde verweht" und der "Graf von Monte Christo" angesehen haben. Und dann erst die 'französische Unterwäsche'! Das ging zu weit!

Na, zum Glück sind diese "Wölfe in Menschengestalt" jetzt beseitigt worden, werden sich unsere 'werten' KB-Genossen jetzt denken. Die erfolgreiche'Entlarvung' dieser 'Volksfeinde' brachte allerdings einige Schwierigkeiten mit sich, die der KB zu meistern hatte, wollte er sein theoretisches Fundament nicht zusammenbrechen sehen. Die Kampagne gegen den "Wind von rechts", konkret gegen Teng Hsiao-Ping und Konsorten, die seit den Ereignissen am Tien An Men-Platz lief, wurde eingestellt und zwar schon relativ bald nach dem Sturz der 'Viererbande'. Nachdem man das getreu der Devise, 'was die 'Peking Rundschau' nicht schreibt, gibts gar nicht', erst einmal verschwieg, mußte der 'Klassenkampf' dann doch, als der Ruf nach Teng Hsiao-Pings Rückkehr unüberhörbar wurde eine Begründung für diese Veränderung fabrizieren.

Sie wurde bald gefunden. Zum ersten versuchte man die Sache herunterzuspielen.
"Es gibt Leute, die, vom Geifer der bürgerlichen Massenmedien verunsichert, ihren Blick nicht auf die wirklich entscheidenden Tatsachen der Entwicklung Chinas und auf die Linie der KP-Chinas richten,sondern sich an bestimmte Äußerlichkeiten und Nebenfragen klammern" *('Klassenkampf', Nr. 3, 2.Jhg.)*
Und eine solche 'Nebenfrage', das ist Teng Hsiao-Ping. Dieser soll, die Leser werden's zweimal lesen müssen um es zu glauben, gar nicht als 'Konterrevolutionär' bezeichnet worden sein.
"Im Unterschied zur 'Viererbande' wurde Teng Hsiao-ping keineswegs als Konterevolutionär und Feind eingestuft, sondern als Genosse, der so schwere Fehler begangen hatte, daß er von seinen Ämtern enthoben werden mußte. Der Widerspruch zu Teng Hsiao-Ping wurde als Widerspruch im Volk, nicht wie der zur 'Viererbande' heute, als einer zum Feind eingestuft".
Soweit der 'Klassenkampf'.
Ohne jetzt inhaltlich auf dieses Geschwätz einzugehen, den Charakter des Teng- und Tschiang-Flügels genauer darzustellen - dies wurde an anderer Stelle in dieser Zeitung schon getan - wollen wir uns jetzt einmal ansehen, ob diese Behauptung des KB der Wahrheit entspricht, ob man tatsächlich in dieser Weise mit Teng verfuhr. Dabei wollen wir uns ganz allein auf die Aussagen jener schier unerschöpflichen Quelle maoistischer 'Weisheiten' stützen: auf die 'Peking Rundschau'. Und es wird sich zeigen, daß diesmal der Versuch, der 'Unfehlbarkeit' der KP-Chinas etwas nachzuhelfen total fehlgeschlagen ist.

Aber halten wir vorher noch einmal fest. Der Fall Teng soll als 'Widerspruch im Volk' behandelt worden sein, eine maoistische Terminologie für den Widerspruch zwischen Arbeitern und Bauern, Arbeitern und Intelligenz usw. Keineswegs durfte Teng damit "Vertreter der Bourgeoisie in der Partei", Mitglied jener "Handvoll" Leute, die den kapitalistischen Weg gehen, gewesen sein, die die Farbe der Partei, so Mao, von "rot auf braun" verändern könnten. Diese waren natürlich strikte Feinde des Volkes. Nun, was sagt die 'Peking Rundschau' vor rund einem halben Jahr noch dazu?
"Die den kapitalistischen Weg gehenden Parteimachthaber, Leute wie Liu Schao-tschi, Lin Piao und Teng Hsiao-Ping personifizieren die Interessen der neuen wie der alten Bourgeoisie und der anderen Ausbeuterklassen. Sie stellen die Hauptkraft der Gefährdung der Partei und der Unterminierung der Diktatur des Proletariats dar. Unser Kampf gegen sie ist der konzentrierte Ausdruck des Kampfes zwischen den zwei Klassen und den zwei Wegen in der Periode des Sozialismus". *('Peking Rundschau', Nr.36, 7.9.1976, Unterstreichungen vom Verfasser)*
Auch mit den 'schweren Fehlern' scheint es nicht ganz zu stimmen. 'Besserungsunwillig' soll er gewesen sein und zudem noch der 'Hauptvertreter der Bourgeoisie':
"Der besserungsunwillige Machthaber auf dem kapitalistischen Weg, Teng Hsiao-Ping, der den Wind von rechts anfachte, ist der Hauptvertreter der Bourgeoisie in unserer Partei". *('Peking Rundschau', Nr.26)*
Und "um die Interessen der Bourgeoisie zu verteidigen, versuchte er nach Kräften, das bürgerliche Recht zu festigen und auszuweiten, die revisionistische Linie durchzusetzen und so den Kapitalismus wiederherzustellen, er wollte das Rad der Geschichte zurückdrehen". *('Peking Rundschau', Nr.26)*
Ein ganz durchtriebener Schurke muß Teng Hsiao-Ping also zu dieser Zeit gewesen sein.
Frappierend auch, wie sehr die Art und Weise der Entdeckung der 'konterrevolutionären Schliche' Tengs der der 'Viererbande' ähnelte. War es bei letzterer ein angeblicher Rechtsputsch, der ihr schändliches Treiben bloßlegte - "mit dem Versuch der Machtergreifung in Partei und Staat änderte sich das (versteckte Ränkeschmieden) grundlegend. Ein solcher Schritt bedeutete nichts anderes als Konterrevolution. Es wurde mit einem Schlag offensichtlich, daß es sich nicht um Genossen mit schweren Fehlern, sondern um Konterrevolutionäre handelte, nicht um einen Widerspruch im Volk, sondern um einen Widerspruch zwischen Volk und Feind" *('Klassenkampf') - wurden Teng Hsiao-Ping die Ereignisse um Tien An Men-Platz zum Verhängnis:* Teng Hsiao-Ping trieb den Revisionismus beharrlich voran, daß es zu konterrevolutionärem politischem Aufruhr wie dem Zwischenfall am Tien An Men-Platz kam. Diese aufrüttelnden Tatsachen des Klassenkampfes brachten mit aller Schärfe und Deutlichkeit das reaktionäre Wesen der Bourgeoisie innerhalb der Partei ans Tageslicht". *('Peking Rundschau', Nr. 25)*
Dem Volke schließlich riet man die Kritik am Revisionismus, wie schon bis zum Erbrechen an Liu Schao-tschi und Lin Piao geübt, nun gegen Teng Hsiao-Ping zu richten:"Ich werde die Reihe wichtiger Weisungen des Vorsitzenden gewissenhaft studieren, die konterrevolutionäre revisionistische Linie Teng Hsiao-Pings tiefgehend kritisieren und den großen Kampf gegen den auf die Revision gefällter richtiger Urteile abzielenden Wind von rechts zu Ende führen". *('Peking Rundschau', Nr.25)*
Man könnte noch etliche Zitate aus einer beliebigen Auswahl der damaligen Serie der 'Peking Rundschau' präsentieren, doch genügen die wenigen, um zu zeigen, wie der 'Kommunistische Bund', in seiner Apologie der Politik der jeweiligen, sich gerade an der Macht befindlichen Fraktion der Chinesischen Bürokratie zum Mittel der Geschichtsfälschung greifen muß. Eine keineswegs neue Praxis allerdings: Unter Stalin wurde die Geschichte der Sowjetunion und die der KPdSU des öfteren umgeschrieben. Unsere Maoisten wollen da nicht nachstehen, mit noch etwas unbeholfenen Schritten folgen sie ihm nach. Ja, wenn's die Wahrheit nicht tut, so mag sich der KB denken, so muß eben die Lüge herhalten. In diesem Falle ein allzu plumpes Manöver. Aber irgendwer wirds schon glauben. Leser des 'Klassenkampfes' sollten wissen, daß sie nicht nur in dieser Frage betrogen und belogen werden.
Unendlich weit sind die chinesischen Bürokraten und mit ihnen der 'Kommunistische Bund' von jenem Satz aus dem 'Kommunistischen Manifest' entfernt, der zu einem der Grundsätze für Revolutionäre wurde:
"Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen".

Ein anderes Herangehen deutet Hua gegenüber der Masse der Gefolgschaft der 'Vier' an: *"Selbst diejenigen, die an verschwörerischen Aktivitäten beteiligt waren, haben in unterschiedlichem Maß daran mitgewirkt. Wir werden sie begrüßen, wenn sie gegenüber Partei und Volk ihre Mitwirkungen an den Verschwörungen der 'Viererbande' bekennen und eine klare Trennungslinie zwischen sich und der 'Viererbande' ziehen, ganz gleich, in welchem Maße sie verwickelt waren.... Wir müssen uns mit allen jenen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, einschließlich jener, die in falscher Weise gegen uns aufgetreten sind, zusammenschließen, um gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen."* (Peking Rundschau 1,1977,S.38f.)

Man muß diese Aussagen vor dem Hintergrund diverser Berichte und Lokalsendungen chinesischer Rundfunkstationen sehen. Dann wird sichtbar, daß es der Hua-Gruppe bisher noch nicht gelungen ist, das Netz der 'maoistischen' Fraktion in der Parteiorganisation vollständig aufzurollen. Nach wie vor gibt es in einigen Provinzen Anhänger der 'Vier', die noch Widerstand leisten und die 'gemäßigte' Parteispitze tappt teilweise noch im dunkeln. Sie kann das volle Ausmaß der 'Verschwörung' und die personelle Zusammensetzung der Anhänger der 'Maoisten' nicht klar ausmachen. In dem Bestreben, besser zwischen Freund und Feind unterscheiden und wirksame Schläge gegen die 'Linke' führen zu können, bietet sie Verzeihung und gnädige Aufnahme all jenen, die ihr wirkliche Informationen über die Aktivitäten ihrer Gegner geben können.

Auf einer Serie von lokalen und regionalen Volkskongressen, die für dieses Jahr geplant sind, hofft die Hua-Führung dann, ihre Herrschaft über Partei und Staat endgültig zu sichern.

Dieses Ziel zu erreichen, ist für Hua Kuo-feng nicht leicht. Es geht nicht allein um die Ausschaltung der Reste der 'maoistischen' Fraktion. Die formale Machtfülle, die er in seiner Person derzeit vereinigt (Vorsitzender von Partei- und Militärkommission des ZK, Ministerpräsident und Minister für öffentliche Sicherheit) steht in krassem Mißverhältnis zu seiner tatsächlichen Verankerung in Partei, Armee und Staatsapparat, sowie seinem Ansehen beim Volk. Hua hatte während der dritten chinesischen Revolution, die zur Errichtung eines deformierten Arbeiterstaates führte, keine erwähnenswerte Rolle gespielt. Er verdankte seinen allmählichen Aufstieg in der Partei- und Staatshierarchie den loyalen Diensten, die er als Bürokrat geleistet hatte. Sein steiler Aufstieg nach dem Fall Teng Hsiao-pings kam auf der Grundlage eines Kompromisses zustande. Hua selbst gehörte - obwohl ein treuer Diener des greisen Vorsitzenden - nicht zur Fraktion der 'harten Maoisten', war aber auch kein unmittelbarer Vertreter der 'Gemäßigten'. Weil er aber diese hohen Posten bekleidete, stand er der 'Viererbande' im Weg und wurde von ihr angegriffen. So mußte er das Bündnis mit den 'Gemäßigten' suchen, um sich in seiner Stellung zu behaupten. Dabei kam ihm der Umstand zugute,



daß die 'Rechten' beim Tod Maos nicht in der Lage waren, eine starke und anerkannte Führung zu stellen. Tschou En-lai war tot und Teng Hsiao-ping eben erst unter Maos persönlicher Mithilfe gestürzt worden und Zielscheibe einer heftigen Kampagne. So blieb den 'Gemäßigten' zunächst gar nichts anderes übrig, als sich hinter Hua zusammenzuschliessen. Darüber hinaus konnte er sich darauf berufen, von Mao knapp vor seinem Ableben für die Posten des Ministerpräsidenten und ersten stellvertretenden Parteivorsitzenden vorgeschlagen worden zu sein. Er konnte also den 'Maoisten' seine Legitimation durch Mao entgegenstellen. So wurde Hua zwar zum Aushängeschild des Kampfes gegen die 'Viererbande', verfügte aber zunächst über keine ernstzunehmende Hausmacht in Partei und Armee.

Durch die Ereignisse ganz nach oben gehievt, versuchte Hua nun sofort seine eigene Position zu stärken. Die ganze Welle des Personenkults um den neuen Parteivorsitzenden entspringt seinem Versuch, seine Popularität bei den Massen zu steigern und sich eine Basis zu schaffen. Die 'rührenden' Artikel in den chinesischen Zeitungen, die von den Verdiensten Hua's in der Vergangenheit, seiner Bescheidenheit, Liebenswürdigkeit etc. berichten, sind Teil dieser Kampagne ("Vorsitzender Hua ist ein hervorragender marxistischer Führer", "Genosse Hua Kou-feng bei uns in der Schule"...)

Aber noch ist seine Stellung in der Parteiführung nicht so stark, wie es den Anschein hat. Bezeichnenderweise wird er auf der großen landwirtschaftlichen Konferenz wie folgt beschrieben: *"Genosse Hua Kuo-feng ist der Partei treu ergeben, er ist selbstlos, offenherzig und aufrichtig, bescheiden und umsichtig. Er zeichnet sich durch einen demokratischen Arbeitsstil aus, ist zugänglich und versteht es, sich mit anderen Genossen in gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen."* (Peking Rundschau 2, 1977, S. 6)

So wird kein uneingeschränkter Führer und Diktator beschrieben. Das sind Eigenschaften, die man dem Ersten eines leitenden Kollektivs zuspricht - und ihm wird zugleich klar gemacht, wie er zu sein hat, wo die Grenzen seiner Macht liegen.

Ein besonderes Problem für Hua ist dabei Teng Hsiao-ping. Nach Tschous Tod ist Teng der eigentliche Führer der 'Gemäßigten'. Unmittelbar nach Maos Ableben war Teng durch die gegen ihn gerichtete Kampagne zu kompromittiert, um sofort öffentlich eine Rolle spielen zu können. Aber in den letzten Monaten hat sich viel geändert. Die massive Hetze gegen die 'Viererbande' läßt nun jene als unschuldige Opfer erscheinen, die einst von den 'Maoisten' angegriffen wurden. Die Zeit ist für die Rehabilitierung reif geworden - und damit für einen neuen Aufstieg Tengs.

In den letzten Wochen vollzog sich eine groß angelegte Offensive der 'Gemäßigten'. Kernstück dieses Vorstoßes ist der große Rummel, der um Tschou En-lai, aus Anlaß seines ersten Todestages, gemacht wurde. In allen Zeitungen und sonstigen Massenmedien wurde Tschous gedacht und ein wahrer Kult um seine Person betrieben. Ehrungen, die bisher Mao vorbehalten waren, wurden ihm erwiesen. Häuser, in denen er länger gelebt hatte, wurden als Gedenkstätten eingerichtet.

Auffallend ist der Trend zu einer Relativierung Maos. Widmet die Peking Rundschau 1 dieses Jahres dem 'Großen Vorsitzenden' bloß eine einzige Seite, so steht die 'Peking Rundschau 3' (Todestag Tschous) ganz im Zeichen des verstorbenen Ministerpräsidenten. Wohl wird Mao noch geehrt, aber es ist eine abstrakte, unpersönliche Anerkennung. Während Tschou als ein menschlicher, freundlicher Heros dargestellt wird, den die Massen aus echter Zuneigung verehren - er wird stets als "unser verehrter und geliebter Ministerpräsident" bezeichnet.

Ferner fällt auf, daß bei der Rückschau auf das Jahr 1976 immer drei Namen genannt werden, die durch ihr Ableben einen ungeheuren Verlust für die Partei bedeuten: Mao, Tschou und Tschu Teh, der gleichfalls in diesem Jahr verstorbene Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses. Es hat ganz den Anschein, als soll der Eindruck erweckt werden, es habe schon immer eine kollektive Führung gegeben, in der Mao eben nur 'Primus inter pares' (der Erste unter Gleichen) war. Ein Wink mit dem Zaunpfahl auch für Hua!

Hinter der Welle von Verehrung für Tschou bahnt sich die Rückkehr Tengs an einen Spitzenplatz in Staat und Partei an. Längst ist die Kampagne gegen den 'Wind von rechts' eingestellt worden, die unmittelbar nach dem Sturz der 'Viererbande' noch fortgesetzt worden war. Bei den großen Massendemonstrationen anläßlich des Todestages von Tschou wurde die Forderung nach einer Rehabilitierung Tengs erhoben. Gleichlautende Wandzeitungen sind sowohl in Peking als auch in den Provinzen aufgetaucht. Vorsichtige Formulierungen in Leitartikeln weisen verschlüsselt bereits auf die Möglichkeit einer Rehabilitierung hin. So heißt es in der Peking Rundschau 3, 1977, S. 14 über Tschou: *"Jenen führenden Kadern, die Fehler begangen hatten, half er geduldig, ihre Fehler einzusehen, ermutigte sie, weiter Revolution zu machen. Gute Kader, die von Lin Piao und der 'Viererbande' attackiert wurden, nahm er durch verschiedene Maßnahmen in Schutz."* Auf wen paßt dies besser als auf Teng, bleibt man in der chinesischen Terminologie?

Ein rehabilitierter Teng wird sich aber kaum mit einer untergeordneten Stellung zufrieden geben. So stellt Teng eine Gefahr für die Machtposition Hua Kuo-fengs dar, der sich zweifellos bemüht, eine Rehabilitierung Tengs so



'Diskussionsbeitrag' der Parteiführung zur 'Debatte' im Volk und in der Partei über die Linie der 'Viererbande'

lange wie möglich hinauszuzögern, bis er seine eigene Fraktion aufgebaut und seine Position weiter gefestigt hat.

So ist die wahrscheinlichste Perspektive die einer kollektiven Führung, die auf einem Kompromiß zwischen den diversen Cliquen an der Parteispitze beruht. Aber unter der Oberfläche dürfte sich ein gnadenloser Machtkampf abspielen und es ist hauptsächlich die Furcht vor der Eigeninitiative der Massen, die die neuen Machthaber zur Vorsicht zwingt.

Viele Faktoren sprechen dafür, daß nur ein instabiles Gleichgewicht an der Spitze des chinesischen Arbeiterstaates hergestellt werden kann. Die Chancen sind nicht ungünstig, daß die Massen der chinesischen Arbeiter und armen Bauern einige Illusionen überwinden werden, die sie in manche Maßnahmen der neuen Führung haben und als ein gewaltiger Faktor auf der Bühne erscheinen werden, der dem Intrigenspiel der Bürokraten einen revolutionären Stoß versetzt. Erste Anzeichen dafür sind vorhanden!

Der Prozeß gegen den VSM-Salzburg

Am 8. November wurde gegen N. Huber, den Obmann des VSM-Salzburg , vom Direktor und zwei Professoren des Musisch - Pädagogischen Realgymnasiums Salzburg eine Presseklage wegen Ehrenbeleidigung eingebracht. Die Professoren fühlten sich "sowohl gegenüber den Schülern als auch gegenüber den Eltern, aber auch zur Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung in der Schule verpflichtet, den Versuch von extrem linken Organisationen, welche in ihrer Absicht nicht einmal durch die Parteiorganisation unterstützt werden (der VSM-Salzburg ist Teil der SPÖ; der Verf.), an der Wurzel zu begegnen, durch Terrorismus und antiautoritäre Gesinnungen die Gesellschaft zu vergiften." (Aus der Klageschrift)

Das alles deshalb, weil der VSM Flugblätter vor der Schule verteilt hatte, in welchen er die reaktionären Methoden des Direktors aufzeigte und die Schüler in einem 'Roten Schülerkollektiv' zu sammeln versucht hatte. Schon vorher hatte sich die bürgerliche Salzburger Presse bemüßigt gefühlt, Angriffe gegen den VSM zu starten. Der erste Prozeßtag war für den 12. Jänner anberaumt. Die 'Sozialistische Aktion'/VSM, die von den Ereignissen in Salzburg Kenntnis erhielt, rief daraufhin zu einer Aktionseinheit auf. Ein Fehler, den sie besser nicht begehen hätte sollen.

DIE WIENER LINKE AUF SCHIURLAUB

Wie konnte sie sich auch erdreisten, die Herren 'Kommunisten' und 'Revolutionäre' in deren wohlverdienten Winterferien zu stören! So erschien zu der Aktionseinheitssitzung lediglich ein Vertreter der SOAK/VSM (Sozialistischer Arbeiterkampf) und einer der IKL. Keine Spur von GRM, KBÖ, MLS, KSV, KJÖ, FÖJ und den diversen SP-Jugendorganisationen und der AUF, die ebenfalls eingeladen worden war - alle verschollen! Ein zweiter Versuch, die Aktionseinheit einige Tage später zustande kommen zu lassen (hiezu wurden die Organisationen telefonisch eingeladen), zeitigte denselben 'Erfolg'. War's der Pulverschnee oder politische Ignoranz und Eigenbrötelei? Wie auch immer - diese Organisationen haben sich damit selbst ein politisches Zeugnis ausgestellt. Daß die SP-Organisationen wenig Interesse zeigten verwundert nicht so sehr, wenn man die Politik der Sozialdemokratie genauer betrachtet. Auch die Abstinenz der KP-Organisationen erregt keine Verwunderung, ging es bei diesem Prozeß doch nicht um das 'internationale Ansehen Österreichs'. Bei den anderen linken Organisationen kam deren Fernbleiben auch nicht allzu überraschend. Ihre Reaktionen, dh. Nichtreaktionen - zB. auf die Repression in der BRD - sind bezeichnend. Warum also in Österreich viel Wind machen? Nach dem Motiv: "Auf diesem Ohre hör'n wir nichts, d'rum kommen wir auch nicht!"

Bei den beiden Treffen wurde dann eine gemeinsame Presseerklärung von der IKL und SOAK/VSM (VSM-Salzburg?) unterzeichnet, in der gegen die sich häufenden Angriffe des bürgerlichen Staates gegen linke Organisationen protestiert und die sofortige Einstellung des Prozesses gefordert wird. Ferner wurden die Vorschläge der IKL, wie sie bereits in der 'Permanenten Revolution' Nr. 5 dargelegt wurden - gemeinsamer Rechtshilfefond , gemeinsame Aufklärungskampagne über die Repression in der BRD und den Vorfällen in Österreich, gemeinsame Veranstaltungen zu diesem Thema, etc. - diskutiert, und es konnte eine grundsätzliche Einigung über diese Fragen erzielt werden.

DER BÜROKRATIE IN DEN ARSCH GEKROCHEN

Der Prozeß selbst offenbarte dann auf tragi-komische Weise, zu welchem Opportunismus und welcher Demütigung 'Linke' in der SPÖ bereit sind, um nur ja nicht von der Futterkrippe gestoßen zu werden, bzw. sich die Bürokratenkarriere nicht zu vermiesen; aber auch unter welchen Druck diese Genossen und Organisationen kommen, wenn sie nicht brav nach der Pfeife des 'großen Vorsitzenden' tanzen. Laut Auskunft mehrerer Anwälte wäre der Prozeß in ein objektives Verfahren gegen den VSM - Salzburg umgewandelt worden, weil nämlich N. Huber zum Zeitpunkt, als die Flugblätter verteilt wurden, gerade beim Bundesheer war. Obwohl er also persönlich nicht belangt hätte werden können - und aus diesem Grund vor der Klassenjustiz zu kapitulieren, ist schon schlimm genug - gab er eine Ehrenerklärung ab und versicherte, daß so etwas in Zukunft nicht mehr vorkäme. Im Klartext : Obwohl der VSM in Flugblättern erklärte, keine der Behauptungen zurückzunehmen, deretwegen er angeklagt wurde, ja sogar diese zu belegen versuchte, und obwohl er die Presseerklärung unterschrieb und sich dabei für den Geschmack der Partei zu weit vorwagte, erklärte er nun, seine Aktivitäten in Zukunft einzustellen. Denn wie anders soll man es verstehen, bestanden die politischen Aktivitäten des VSM-Salzburg von seinem Anspruch her doch in der Arbeit im Mittelschülerbereich. Aber das soll in Zukunft ja nicht mehr vorkommen. Eine vollständigere Kapitulation vor der bürgerlichen Justiz kann es wohl kaum noch geben!

Und da man erklärte, in Zukunft nichts zu machen, kann man ja auch in Ruhe sein weiteres Vorwärtskommen in der SPÖ planen.

Die Entstehung des chinesischen Arbeiterstaates

Als Chiang Kai-shek 1949 vor den Truppen der Roten Armee nach Formosa flüchten mußte, wurde das bevölkerungsreichste Land der Erde dem unmittelbaren Zugriff des Imperialismus entzogen. Eine stalinistische Partei - an der Spitze Mao Tse-tung - hatte ihren größten militärischen Sieg errungen und die Macht im Lande übernommen. Ein Arbeiterstaat war geboren. Der Verlauf des Bürgerkrieges, der Zusammenbruch des verrotteten Kuomintang-Regimes, sowie die Entwicklung nach der Gründung der VR China, die die chinesischen Stalinisten zwang, zur Planwirtschaft und zum Außenhandelsmonopol überzugehen, bestätigen - allerdings auf negative Art - die Theorie der permanenten Revolution, nach der ein Land nur dann Unabhängigkeit vom Imperialismus erreichen kann, wenn es eine nicht-kapitalistische Produktionsweise annimmt. Aber der stalinistische Charakter der KPCh verhinderte die positive Bestätigung dieser Theorie, indem er den subjektiven Faktor der chinesischen Revolution - die Arbeiterklasse und die unterdrückten und ausgebeuteten Bauernmassen - an der tatsächlichen Machtausübung hinderte, die nur in Form der Arbeiterdemokratie zum Ausdruck kommen kann.

Wenn wir von einer negativen Bestätigung der Theorie der permanenten Revolution sprechen, dann meinen wir damit, daß, obwohl die chinesische KP das Etappenmodell des Stalinismus übernahm und damit der Revolution auch großen Schaden zufügte, sie dennoch nach 1949 - unter dem Druck der inneren und äußeren ökonomischen und politischen Faktoren - gezwungen war, die Grundlagen eines Arbeiterstaates zu schaffen!

Dieser Arbeiterstaat konnte aber nicht anders sein als deformiert, denn der stalinistische Charakter der Staatspartei verhinderte die Errichtung einer revolutionären Arbeiterdemokratie, die sich bewußt als Ausgangspunkt der asiatischen Revolution, und damit als Faktor der Weltrevolution versteht. Die chinesischen Stalinisten mußten den objektiven Gegebenheiten Rechnung tragen, d.h. sie mußten - um ihrer Herrschaft willen - gegen das zerfallende Kuomintang-Regime kämpfen und gegen die folgende Aggression des Imperialismus dessen Agenten in China politisch und ökonomisch enteignen sowie das Außenhandelsmonopol errichten.

Die trotzkistische Bewegung war jedoch nicht fähig, die Ereignisse korrekt zu analysieren. Neben dogmatischen Reaktionen führte der Versuch, aus den chinesischen Ereignissen die Lehren zu ziehen, vor allem zu opportunistischen und revisionistischen Positionen. Der stalinistische Charakter der KPCh wurde geleugnet, Mao - vor allem während der Kulturrevolution - als 'Kämpfer gegen die Bürokratie' gefeiert, die Notwendigkeit des Aufbaus einer kommunistischen Partei zeitweise überhaupt fallengelassen oder relativiert. Diese Konfusion zieht sich bis heute fort. Die *rotfront* (Zeitung der GRM) vom Jänner 1977 ist wieder ein drastisches Beispiel dafür. Die Analyse der jüngsten Ereignisse, die uns der 'ehemalige' Maoist A.B. präsentiert, zeigt verblüffende Ähnlichkeit mit der Position des 'edelmaoistischen' KB in der BRD. In beiden Fällen ist die Essenz de facto die gleiche: Der Sieg Hua Kuo-fengs wird als 'Rechtsputsch' dargestellt. Der 'ehemalige' Maoist läßt keinen Zweifel darüber, daß:

1) Zu Maos Zeiten es noch so etwas wie proletarische Demokratie gegeben hätte und das eine tatsächliche Diskussion über die brennenden Fragen Chinas stattgefunden hat:

   "Sind frühere ideologische Auseinandersetzungen in der VR China immer um irgendeinen politischen Kern geführt worden (z.B. in der Kulturrevolution: 'Vorrang der Politik' (Mao-Gruppe) gegenüber kurzfristigen Wachstum auf Kosten der sozialistischen Errungenschaften (Liu Shao-ch'i)), so scheinen derartige inhaltlich-politische Schwerpunkte in der gegenwärtigen Massenkampagne vollständig zu fehlen." (*rotfront* Jänner 1977)

2) Die 'Viererbande' den linken Flügel in der KPCh darstellte:

   "Die 'Viererbande' gehörte zu den Initiatoren der Kulturrevolution, einer Bewegung, die - der KBÖ wird zustimmen - g e g e n restaurative Tendenzen in China gerichtet war." (ebenda)

3) Die Linie Maos im wesentlichen richtig war:

   "Dieses große Experiment Maos, auf der Basis eines zentralen, bürokratischen Staatsapparates, ein Gesellschaftssystem mit maximaler sozialer Gleichheit und optimalem Wirtschaftswachstum durch solidarische kollektive Anstrengung zu schaffen, ist - wenn die Zeichen nicht trügen - mit dem Abgang seiner Witwe von der politischen Bühne endgültig gescheitert." (ebenda)

Sicher, gegenüber den stumpfsinnigen mao-stalinistischen Ergüssen stellen diese Positionen einen 'Fortschritt' dar, doch stehen diese Auffassungen nicht nur im krassen Widerspruch zur chinesischen Realität, sie brechen auch mit allen programmatischen Aussagen Trotzkis und der Linksopposition. Einmal herrschte in China zu keiner Zeit so etwas wie eine sozialistische Demokratie, eine freie und offene Diskussion. Der 'ehemalige' Maoist hat offenbar ein schlechtes Gedächtnis. Die Methode, politische Gegner als Dämonen und Teufel hinzustellen, ohne ihnen zuzugestehen ihre Positionen für alle ersichtlich darzustellen, wurde von der Mao-Fraktion ohne Zögern angewandt. Liu Shao-ch'i, Ch'en Po-ta, Lin Piao, Teng Hsiao p'ing (die Liste läßt sich beliebig fortsetzen), sie alle wurden nicht in offener Diskussion geschlagen, sondern in den meisten Fällen erst nachdem sie entmachtet wurden, von diversen 'Parteitagen' verteufelt. Im Falle der Kulturrevolution übernimmt A.B. die Diffamierungen der Maoisten, daß Liu Shao-ch'i den *"kapitalistischen Weg gehen wollte"*, einer Auffassung, die die marxistische Klassenanalyse über den Haufen wirft - kein Wunder, wenn er sich der Zustimmung des KBÖ sicher fühlt.

Zur Frage der 'ökonomischen Linie': Die trotzkistische Position besteht darin, daß der Aufbau des Sozialismus, die volle Entfaltung der Planwirtschaft (nicht ihr Beginn!) erst im Weltmaßstab möglich ist. Da hilft auch nicht Rätedemokratie darüber hinweg, so wichtig sie auch für die Diktatur des Proletariats ist. Der Kampf der 'Viererbande' gegen angebliche restaurative Tendenzen bestand in Wirklichkeit darin, die Forderungen der Massen nach ökonomischer Besserstellung als 'kapitalistisch' zu verteufeln. Forderungen, die unter Bedingungen wie 12-stündiger Arbeitszeit (die Ausdehnung des Arbeitstages erfolgt vor allem in den Volkskommunen Ende der 50er Jahre, wo diese Stundenzahl sogar noch überschritten wurde) und Auspreßung der Massen bis zum Letzten aufgestellt wurden. Maos 'großes Experiment' war nichts anderes, als der bürokratische Reflex auf die Einkreisung Chinas durch den Imperialismus: Unter dem Banner des Sozialismus in einem Lande, die Massen politisch zu entmündigen und ökonomisch auszupressen.

Wenn heute derartige Artikel in der Zeitung der österreichischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats' erscheinen, die besser in den *Arbeiterkampf* (Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes) passen würden, Artikel, die offensichtlich die Position der GRM darstellen, ist das kein Zufall. Wenn heute im 'Vereinigten Sekretariat' mindestens drei verschiedene, oft gegensätzliche Positionen zu den aktuellen Ereignissen in China herrschen, so hat das seine Ursache nicht zuletzt darin, daß das 'Vereinigte Sekretariat' (bzw. seine Vorgängerorganisation) nicht fähig war, die chinesischen Ereignisse einer korrekten marxistischen Analyse zu unterwerfen.

Wir beschäftigen uns in diesem Artikel nicht aus abstrakt historischem Interesse mit vergangenen Ereignissen. Der Grund liegt darin, die heutige Entwicklung besser verstehen und beurteilen zu können, um letztlich einen Schlüssel für die notwendige politische Revolution in der VR China zu finden.

VOM ENDE DES II. WELTKRIEGS ZUR MACHTERGREIFUNG DER KPCH 1949

Die Ausgangslage am Ende des II. Weltkrieges war in China dadurch gekennzeichnet, daß die bürgerliche Revolution noch immer verwirklicht werden mußte. 1911 hat die antiimperialistische Bourgeoisie unter der Führung Sun Yat-sens die Republik ausgerufen, doch die Neuordnung Chinas scheiterte und das Land zerfiel sehr schnell in autonome Provinzen, die von lokalen Militärführern beherrscht wurden, die ständig wechselnde Koalitionen untereinander und mit den diversen imperialistischen Mächten eingingen. Die Koumintang, eine kleinbürgerliche Sammelpartei, an deren Spitze die Vertreter des Großgrundbesitzes und der nationalen chinesischen Bourgeoisie standen, kämpfte in Worten für die Ziele der bürgerlichen Revolution - Unabhängigkeit vom Imperialismus und bürgerliche Demokratie. 1927 schlug sie jedoch die Arbeiter- und Bauernmassen blutig nieder, und stellte sich bald offen auf die Seite des (amerikanischen) Imperialismus. Begünstigt wurde dies durch die ultralinke Politik der Komintern und der KPCh. Die Kuomintang wurde bald zum Herren Chinas und begann einen Vernichtungsfeldzug gegen die 'Rote Armee', die sich nach verlustreichen Kämpfen im 'Langen Marsch' 1934/35 nach Norden zurückziehen mußte.

1937 änderte sich das Bild. Der japanische Imperialismus marschierte in China ein, und zwang die Kuomintangregierung,



1945 - Mao sucht das Bündnis mit Tschiang Kai-schek

an deren Spitze Chiang Kai-shek stand, aus Nanking über Hankau schließlich nach Chungking ins Landesinnere zu flüchten. Als 1945 der Imperialismus die Besetzung des Landes aufgeben mußte, war keines der Probleme, die schon 1911 zur Revolution führten, gelöst. Auf der Bauernschaft lastete nach wie vor der Großgrundbesitz und das städtische Wucherkapital, anstelle bürgerlicher Demokratie herrschte die Despotie der Kuomintang. Die chinesische Wirtschaft war vom Imperialismus zerstört.

Ein Ausdruck der ausstehenden bürgerlichen Revolution war die Zersplitterung Chinas in verschiedene Herrschaftsbereiche. Die Kuomintang stand also vor der Aufgabe, das Vakuum, das der japanische Imperialismus hinterlassen hatte zu füllen, ohne jedoch ein soziales Problem gelöst zu haben, oder es lösen zu können.

Der Zusammenbruch des japanischen Imperialismus: Ursache und Auswirkung

Um die Situation nach 1945 besser verstehen zu können, ist es notwendig, auf diesen Punkt besonders einzugehen. Eines muß klar festgestellt werden: Der Kuomintang gelang es nicht, wesentliche militärische Erfolge über den japanischen Imperialismus zu erzielen. Das Bündnis, das die chinesische KP mit der Kuomintang seit 1937 beständig suchte, kann also nicht pragmatisch durch den militärischen Erfolg der Truppen Chiang Kai-sheks gerechtfertigt werden. Sicherlich, es gab im chinesischen Volk einen heftigen Widerstand gegen die japanische Unterdrückung und Ausplünderung, doch der Kampf der Massen ist eine Sache, und die Worte der Kuomintang-Führung eine zweite. Die Periode des Kampfes gegen den japanischen Imperialismus zeigt, daß die Kuomintang unfähig und unwillens war, den Kampf zur Befreiung des Landes zu führen.



1947 in Nordchina

Die wirkliche Ursache für den Abzug der japanischen Truppen lag einerseits in der Niederlage Japans gegen den US-Imperialismus, vor allem aber in der 1945 erfolgten Besetzung der Mandschurei durch die UdSSR. Die Mandschurei war nicht irgendein Teil Chinas, sondern das Gebiet nordöstlich von Peking war das ökonomisch entwickeltste , es wies die meisten und modernsten Produktionsstätten auf, und - bei der Weite des Landes besonders bedeutend - das dichteste Eisenbahnnetz. Die Eroberung der Mandschurei durch die UdSSR hatte auf das weitere Schicksal der chinesischen Revolution bedeutende Auswirkungen. Einmal verlor die Kuomintang-Regierung damit wichtige wirtschaftliche Ressourcen, die sie zur Bewältigung der gewaltigen Wirtschaftskrise dringend benötigt hätte, zum anderen wurde das Gebiet Stützpunkt der Roten Armee. Sie besaß damit ein 'Hinterland' von dem aus sie ihre Operationen planen und leiten konnte. Aber auch die militärische Unterstützung war ein wesentlicher Faktor:

"Die japanischen Beutewaffen wurden von der UdSSR zum Aufbau der Roten Armee benutzt, vor allem die bekannte und mächtige 4. Division unter der Führung Lin Piaos wurde damit ausgestattet." (Peng Shu-tse, The Chinese Revolution I, S.26)

Die revolutionäre Welle 1946 ...

Die Kuomintang wurde mit dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus konfrontiert, zu dem sie selbst nichts beitragen konnte. Ihre Unfähigkeit, auch nur ein Problem zu lösen, wurde immer deutlicher und sie diskreditierte sich nicht nur in den Augen der Arbeiter und Bauern - das hatte sie schon 1927 getan - sondern sie isolierte sich auch zunehmend vom Kleinbürgertum. Dazu trug vor allem die enorme Inflation bei - Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen Lage - der die Kuomintang nicht Herr werden konnte:

"Im Sommer 1948 wurde eine neue, angeblich durch Gold gedeckte Währung eingeführt. Zu ihrer Deckung forderte die Regierung auf, alles Gold, Silber und alle Devisen abzuliefern. Obwohl viel von solchen Werten von privater Seite hereinkam, reichte es bei weitem nicht aus, die Ausgaben zu decken, die die Einnahmen bei weitem überschritten. Nach wenigen Wochen war die neue Währung ebenso ins Bodenlose gesunken wie die alte. Der Wert des Gold-Yüans brach so rasch zusammen, daß innerhalb kurzer Zeit ein Dollar fünf bis zehn Millionen Gold-Yüan wert waren. (...) Der Mittelstand wurde durch diese Entwertung praktisch enteignet." (Willing, Neueste Geschichte Chinas, S.198f)

Die Antwort der Massen ließ nicht lange auf sich warten. Unmittelbar nach dem Krieg, von September 1945 bis Ende 1946 kam es zum ersten Aufschwung der Massenbewegung. Die Arbeiterklasse streikte für eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. In Shanghai kämpften bis 200.000 Arbeiter. Die Bauern begannen sich gegen die Auspressung durch Großgrundbesitzer und durch das Wucherkapital zu wehren. Die Vergewaltigung einer chinesischen Studentin durch amerikanische Soldaten war der unmittelbar Anlaß für Massendemonstrationen, in denen mehr als eine halbe Million den totalen Abzug der amerikanischen Truppen und die Befreiung des Landes vom Imperialismus forderten. Eine vorrevolutionäre Welle durchlief das Land. Wie verhielt sich jedoch die KPCh? Wurde sie auf der Welle der Massenbewegung zur Macht getragen?

... und die Antwort der KP Chinas darauf

Der entscheidende Punkt für die Entwicklung der KP war die Niederlage von 1927. Statt die Lehren daraus zu ziehen, wie Genosse Dschen Tu-hsiu und Peng Shu-tse dies taten, setzte

sich der Flügel um Mao Tse-tung endgültig durch. In der ersten Phase nach der Niederlage verfolgten die chinesischen Stalinisten eine ultralinke, abenteuerliche Linie. Sie stützten sich auf die 'Rote Armee' und versuchten *"die Städte vom Land her zu erobern:"* d.h. im Klartext, sie gaben jede Politik in der Arbeiterklasse überhaupt auf, aber auch gegenüber den Bauern bestand ihre Weisheit letztlich darin, sie aufzufordern auf die 'Rote Armee' zu warten, bzw. sich ihr anzuschließen. Aber Abenteurertum und Opportunismus sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Nach dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus erfolgte der Schwenk zur offenen Klassenkollaboration. Anstatt das Kuomintang-Regime kompromißlos zu bekämpfen, wurde die Koalititionsregierung mit der Kuomintang Angelpunkt der Politik der KP, das Ziel, dem sie ihre gesamte Politik unterordnete.

Die Politik der KP gegenüber den Bauern...

In keiner Phase bis zur Machtergreifung stellte die KP die Losung der kompromißlosen und konsequenten Landreform auf, d.h., der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes und der Aufteilung des Bodens unter den armen Bauern, verbunden mit der Streichung aller Schulden. Auch nicht 1946, das einen allgemeinen Aufschwung brachte. Während die Losung der Landreform der entscheidende Hebel der Bolschewiki war, um die Bauern für den Sturz des Zarismus zu mobilisieren, nahm Mao diese Losung nicht nur nicht auf, sondern trat einer grundsätzlichen Veränderung der Lage der armen Bauern sogar entgegen. Bis 1945 trat die KPCh für folgende Linie ein:

"Im Jahre 1937 gaben wir, um den Widerstandskrieg im ganzen Lande zu verwirklichen, freiwillig die Bezeichnung 'Revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern' auf, auch die Rote Armee wurde in 'national-revolutionäre Armee' umbenannt, außerdem wandelten wir unsere Politik der Beschlagnahme des Bodens der Grundherrn in die Senkung der Pacht- und Darlehenszinsen um." (MAW IV, S.56)

In der *"Direktive vom 4. Mai"* (1946) wird zwar von der Senkung der Pacht- und Darlehenszinsen abgegangen, das erstemal seit 12 Jahren 'erlaubte' die KP den armen Bauern wieder, ihre verzweifelte Lage radikal zu verbessern, von einem kompromißlosen Vorgehen kann aber keine Rede sein. In jeder Stellungnahme zu dieser Frage betont Mao die *"Mäßigung"* bei der Landreform. Am 1. Februar 1947 schreibt er:

"Im ganzen Verlauf der Verwirklichung der Losung 'Jedem Pflüger sein Feld!' müssen wir uns entschlossen mit den Mittelbauern verbünden, und es ist absolut verboten, in die Interessen der Mittelbauern (einschließlich der wohlhabenden Mittelbauern) einzugreifen; (...) Während der Bodenreform und nachher muß überdies, dem Willen der Massen entsprechend, zweckmäßige Rücksicht auf gewöhnliche Großbauern und mittlere und kleine Grundherren genommen werden, in der Übereinstimmung mit den 'Direktiven vom 4. Mai'." (MAW IV, S.127)

Neun Monate später bestätigt er diese Linie:

"Den Grundherren und den Großbauern darf nicht mehr Land als der Masse der Bauern zugeteilt werden. Jedoch darf die falsche, 'linke'abweichlerische Politik der Jahre 1931 bis 1934 - die Grundherren erhalten keinen, und die Großbauern schlechten Boden zugeteilt - nicht wiederholt werden." (MAW IV, S.170)

Im Jänner 1948, als sich der totale Zusammenbruch der Kuomintang bereits abzuzeichnen begann und das Land schon großteils von der KP beherrscht wurde, lautet Maos Spruch:

"Die Losung: 'Die armen Bauern und Landarbeiter erobern das Land und sollen es auch regieren!' ist falsch." (MAW IV, S.191)

Dazu muß noch gesagt werden, daß die KP nie die Losung der vollständigen Tilgung der Schulden der armen Bauern aufstellte, eine Losung, die wesentliche Bedeutung für die Gewinnung der unterdrückten Teile des Kleinbürgertums hat. Die Linie der KP bestand in keiner Phase darin, die Landreform konsequent durchzusetzen, auch dann nicht, wenn die Bauernbewegung an Kraft zunahm. Die Art und Weise, wie die KPCh auf den Druck der Massen reagierte, kann am ehesten als 'antizyklisch' beschrieben werden, d.h. nahm die Bewegung einen Aufschwung, fungierte die KP als Bremse, begannen sich die Bauern enttäuscht von der KP abzuwenden, stellte die KP weitergehende Forderungen auf. Vor allem 1950, bereits nach der Machtergreifung, wird das deutlich. Die zögernde Haltung der KP in der Landreform führte dazu, daß sich Teile der Bauern von ihr abwandten, ja sogar die Agenten Chiang Kai-shek gewannen wieder Einfluß. In dieser Situation war die KP gezwungen, endlich die Landreform durchzuführen, um ihre Herrschaft zu sichern.

Die Maoisten führten also nicht unter dem unmittelbaren Druck der Bauern die Landreform durch, was gleichzeitig den Sturz der Kuomintang bedeutet hätte, sie folgten nicht der aufsteigenden Linie der Bauernbewegung zur Macht, sondern nachdem die Gefahr bestand, daß sie die passiven Bauern als ihre Basis verlieren, führten sie die Landreform durch.



... und gegenüber der Arbeiterklasse

Während die KP die Losung der Landreform zumindest in deformierter Weise aufstellte, bestand ihre Politik gegenüber der Arbeiterklasse darin, sie aufzufordern von Kämpfen abzulassen und auf die Eroberung der Städte durch die 'Rote Armee' zu warten. Nicht nur, daß sie das Proletariat offen zur Passivität aufforderte (!), gab sie auch die Losung aus, sich bei Lohnkämpfen zu mäßigen, um den *"wertvollen"* Bündnispartner - die nationale Bourgeoisie - nicht zu *"verschrecken"*. So schreibt Mao im Telegramm an das Oberkommando der Front von Loyang nach der Wiedereroberung der Stadt (das Telegramm ist derart bezeichnend für die Politik der KP in dieser Periode, daß ausführlicher daraus zitiert werden soll):

"Beim Einzug in die Stadt darf man nicht leichtsinnig Losungen hinsichtlich Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung aufstellen. In Kriegszeiten ist es schon gut, wenn man die Produktion fortsetzen und die Arbeitszeit und das Lohnniveau, wie sie bisher bestanden haben, aufrechterhalten kann. Ob später in angemessener Weise die Arbeitszeit reduziert und die Löhne erhöht werden können, hängt von der wirtschaftlichen Lage ab, d.h. ob das Unternehmen gedeihen wird. (...) Eingriffe in irgendein von der nationalen Bourgeoisie betriebenes Unternehmen sind strengstens verboten.

Es ist den Bauernorganisationen verboten, in der Stadt Grundherren zu ergreifen und mit ihnen abzurechnen. Grundherren, die in den Dörfern Landbesitz haben, sollen von der demokratischen Stadtregierung dem Gesetz entsprechend behandelt werden. Auf Wunsch der Bauernorganisationen können jene Grundherren, die schlimme Verbrechen begangen haben, in die betreffenden Dörfer geschickt werden, damit man dort gegen sie verfahren kann.

Man soll sich nicht beeilen, die Stadtbewohner zum Kampf für demokratische Reformen und für eine Verbesserung der Lebenslage zu organisieren." (MAW IV, S.264)

Geschrieben am 8. April 1948, also zu einem Zeitpunkt, an dem der Zusammenbruch der Kuomintang schon nicht mehr aufzuhalten war. Anstelle eines revolutionären Geistes spricht aus diesen Zeilen der Geist des Reformismus, ängstlich besorgt darüber, daß die Massen zuviel unkontrollierte Eigenaktivität entfalten könnten.

Klassenkollaboration statt Arbeiter- und Bauernregierung

Der entscheidende Punkt für jede revolutionäre Politik besteht in der Frage der Regierungslosung, in der Frage wie man die Forderungen der Massen zusammenfaßt und die Kämpfe auf die Ebene der Machtfrage führt. Anstatt die Kämpfe der Arbeiter und Bauern für die Errichtung ihrer Diktatur zusammenzufassen - wobei die Stadt das Land hinter sich führt - ging Mao vom stalinistischen Dogma einer notwendigen bürgerlichen Zwischenetappe aus. Hauptpunkt seiner These war die Auffassung - in Rußland stellte sie das Dogma der menschewistischen Politik dar - daß unter dem Druck des Imperialismus die verschiedenen Klassen gleichsam zusammengeschweißt werden, einen gemeinsamen Feind haben, und daher die Grundlage für eine antiimperialistische Einheitsfront gegeben ist. Mao verfolgte diese Linie mit bemerkenswerter Konsequenz. Das offene Überlaufen der Kuomintang in die Arme des Imperialismus änderte nichts an seiner Konzeption.

Schon knapp vor dem Ende des II. Weltkrieges stellt er fest:

"Wir sind auch willens, mit der KMT zusammenzuarbeiten - nicht nur so lange der Krieg dauert, sondern auch danach. Das heißt wenn die KMT uns läßt..." (Mao-Chronik, S.85, 14.6.1944)

Im Neujahrsartikel (1. Jänner 1945) nennt er als Hauptaufgabe im neuen Jahr die Schaffung einer Koalitionsregierung mit der Kuomintang. Mitte 1945 ist es endlich so weit. Vom 28. September bis zum 10. Oktober 1945 verhandeln Mao und Chiang Kai-shek über die Grundlage einer Koalitionsregierung. Tatsächlich kommt es zu einer Abmachung, die jedoch selbstverständlich auf dem Papier bleibt. Die Abmachung ist nicht deshalb bemerkenswert, weil sie etwa eine Sekunde lang die Grundlage einer gemeinsamen Regierung gewesen wäre. Ein tatsächliches Bündnis der KP mit 'antiimperialistischen' Kräften der nationalen Bourgeoisie kam nie wirklich zustande. (Es sei denn, man sieht in jenen Elementen der Kuomintang und sonstigen bourgeoisen Kräften, die sich nach dem offensichtlich gewordenen totalen Zusammenbruch der Kuomintang Mao in die Arme warfen, um mit diesem Schachzug ihr Leben - und bis 1953 oft auch ihren Besitz - zu retten, die Bündnispartner.) Bemerkenswert ist ein anderer Umstand, Mao war bereit, nicht nur die Arbeiterklasse zu bremsen, die Agrarreform nur halb durchzuführen, er war auch bereit, die Grundlage der Macht der KP, die 'Rote Armee' und die von ihr befreiten Gebiete aufzugeben:

"Die kommunistische Partei Chinas schlug vor, die Regierung sollte zur Vereinheitlichung der militärischen Befehle eine gerechte und zweckentsprechende Reorganisierung der Streitkräfte im ganzen Land vornehmen, ein Programm für die etappenweise Durchführung aufstellen, die Militärzonen neu abgrenzen, sowie ein System für die Rekrutenaushebung und die Ergänzung von Soldatenbeständen ausarbeiten. Die KPCh erklärte sich bereit, unter einem solchen Programm die ihr unterstehenden antijapanischen Streitkräfte von der jetzigen Stärke auf 24 Divisionen oder ein Minimum von 20 Divisionen zu verringern, die Demobilisierung der von ihr geführten antijapanischen Streitkräfte schnellstens einzuleiten." (MAW IV, S.60f)

"Manche Genossen fragen; warum wir befreite Gebiete aufgeben. (...) Warum geben wir diese Gebiete auf? Weil sonst die Kuomintang beunruhigt wäre." (MAW IV, S.55)

Ein wesentlicher, damit zusammenhängender Punkt ist die Frage der revolutionären konstituierenden Versammlung. Diese Losung hatte für China ungeheure Bedeutung. Die Massen hatten noch keinerlei Erfahrung mit der Demokratie gemacht. Sie hatten noch nicht erkennen können, daß die Demokratie unfähig ist, ihre Probleme zu lösen. Die Illusionen der Massen, vor allem der kleinbürgerlichen Schichten in die Konstituante waren in großem Ausmaß vorhanden.

Revolutionäre Politik besteht nicht zuletzt darin, den Massen zu jenen Erfahrungen zu verhelfen, die es ihnen ermöglichen, ihr ungenügendes Bewußtsein zu überwinden.

"Die kommunistische Partei kann und soll die Losung einer konstituierenden Versammlung mit vollen Befugnissen ausgeben, die durch gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht gewählt wird. Im Laufe der Agitation für diese Losung wird es natürlich notwendig sein, den Massen zu erklären, daß es fraglich ist, ob eine derartige Versammlung zusammentreten wird, und daß diese, selbst wenn sie zustande käme, solange machtlos bleiben würde, wie die Macht in den Händen der Kuomintang-Generäle liegt. (...) Die Losung der National- (oder konstituierenden) Versammlung ist daher eng mit der des Achtstundentages, der Landbesetzung, der völligen nationalen Unabhängigkeit Chinas verknüpft. Gerade in diesen Losungen wird sich das demokratische Entwicklungsstadium der chinesischen Revolution ausdrücken." (Trotzki, China II, S.92f)

Dazu war die KP unfähig. Sie kritisierte zwar einige Marionettenversammlungen der Kuomintang, zu einer Alternative war sie jedoch nicht fähig, da das bedeutet hätte, die Konstituante *"eng mit dem Achtstundentag und der Landbesetzung"* zu verbinden und das hätte natürlich das Bündnis mit Chiang Kai-shek in Frage gestellt.

Mitte 1947 brach die Kuomintang jede Beziehung mit der KP ab, und rief zu deren Zerschlagung auf. Die KP änderte jedoch ihren Kurs nicht. Anstelle des Bündnisses mit der gesamten Kuomintang proklamierte nun Mao das Bündnis mit den *"Überbleibenden"* bürgerlichen Elementen und mit Überläufern aus der Kuomintang.



Galoppierende Inflation 1948 in Schanghai - Sturm auf eine Bank

Was hätte *"Bruch mit dem Stalinismus"* tatsächlich bedeutet?

Hätte die KP unter dem Druck der Massenbewegung 1946 tatsächlich ihren politischen Charakter verändert, hätte das bedeuten müssen, daß:

1) Sie unter dem Druck der Bauern konsequent für die Landreform eingetreten wäre,
2) sie die Losungen der ausgebeuteten Arbeiter aufgenommen und für die entschädigungslose Enteignung der Betriebe eingetreten wäre,
3) sie anstatt mit der Kuomintang über Truppenabbau und Gebietsaufgabe zu verhandeln, klar mit ihr von sich aus gebrochen hätte,
4) die Losung der Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern aufgestellt worden wäre, und
5) die stalinistische Herrschaft in der UdSSR zumindest in wesentlichen Punkten anzugreifen.

Die Politik der KP war aber geradezu das Gegenteil. Getreulich folgte sie dem Schema der stalinistischen 'Etappen-Theorie', im Einklang mit den Interessen der stalinistischen Führung in der UdSSR. Auf der programmatischen Ebene wurde nach 1945 dieser Gleichklang allerdings unterbrochen. Die Kreml-Bürokratie war während des 'antifaschistischen' Bündnisses mit dem 'demokratischen' Imperialismus, welches



Kämpfer der roten Armee durchqueren einen Fluß

auch noch kurze Zeit nach dem Ende des II. imperialistischen Weltkrieges weiterbestand, nicht an einer Machtübernahme der KPCh interessiert, da dies dieses Bündnis gefährdet hätte. Sie trat auch dann noch für die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen KP und Kuomintang ein, als es längst offensichtlich war, daß Chiang Kai-shek bis zum letzten kämpfen wollte. So war es der sowjetische Botschafter, der mit den fliehenden Resten der Kuomintangarmee Peking vor der 'Roten Armee' verließ.

Aber dieses pragmatische Widersetzen kann keinerlei Bedeutung spielen bei der Beurteilung der gesamten Politik der KPCh. Sie war niemals in der Lage, aus dieser Politik des Kreml korrekte Schlußfolgerungen zu ziehen. Im Gegenteil, wurde gerade sie doch zum stupidesten Verehrer des *"Vaters der Völker"*.

Fortsetzung auf Seite 17

Peng Shu-tse zu den Ereignissen in China

(Die folgenden Auszüge aus einem Interview mit Peng Shu-tse, einem Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen trotzkistischen Bewegung, entnahmen wir der 'Intercontinental Press' vom 17. Jänner 1977.)

(...)

Frage: Presseberichten zufolge waren Maos Stellvertreter in Peking und Shangai stark verankert. In Shangai kontrollierten sie sowohl die Parteiführung und den Stadtrat, wie auch die eine Million starke Miliz. In Peking kontrollierte die Chiang Ching-Gruppe die Miliz und die 50.000 Truppen, die als Maos Garden dienten, das vielgefürchtete Regiment 8341, das von Maos treuem Anhänger Wang Tung-hsing kommandiert wurde.

(...)

Warum hat es keinen Protest in den Hochburgen der Maoisten gegeben, als die 'Viererbande' verhaftet worden war? Wie war es Hua möglich gewesen in Peking und Shanghai massive Demonstrationen gegen die 'Vier' zu mobilisieren?

Antwort: Viele Leute in und außerhalb Chinas waren von den Ereignissen überrascht worden; aber sie sind leicht zu verstehen. Zum ersten haben die Maoisten während der Kulturrevolution Shanghai besetzt und unter Kontrolle gehalten. Sie konnten sich dabei auf Maos Prestige und auf die Armee unter dem Kommando von Lin Piao stützen. Sie bekamen aber nie echte Unterstützung von Seiten der Massen. Im Gegenteil, die Massen haßten sie, weil ihr Lebensstandard nicht verbessert und die freie Meinungsäußerung unterbunden wurde.

Wenn die Arbeitermassen Lohnerhöhungen forderten, wurden sie immer mit der Begründung abgewiesen, es handle sich um Forderungen "des materiellen Anreizes". Sie sagten ihnen, daß man "harte Arbeit freudig hinnehmen müsse" (Mao). Das schürte natürlich die Unzufriedenheit der Arbeiter und als die 'Viererbande' in Peking verhaftet wurde, organisierten die Massen in Shanghai sofort Demonstrationen um die Säuberung zu bejubeln. Zweitens waren die Spitzenposten der Milizen formal unter der Kontrolle der Maoisten. Die einfachen Milizangehörigen teilten die Unzufriedenheit der Massen gegenüber den Maoisten. Deshalb hatte es keine Reaktion gegeben als Wang Hungwen die Milizen um Hilfe anrief.

Drittens war die Armee und fast alle Offiziere, die in Shanghai stationiert waren, Untergebene des alten Befehlshabers Hsu Shih-yu, der während der Kulturrevolution von den Maoisten angegriffen wurde und später von der Militärregion Nanking-Shanghai nach Canton versetzt worden war. Die Armeeoffiziere waren niemals mit der maoistischen Führung in Shanghai zufrieden gewesen. Als die Nachricht der Verhaftung der 'Vier' nach Shanghai kam, machten die Offiziere und Soldaten keinerlei Versuche die Demonstrationen aufzuhalten, sondern halfen diese zu organisieren.

Viertens leben noch viele der alten, während der Kulturrevolution gesäuberten Kader in Shanghai Diese begrüßten enthusiastisch die Verhaftungen und feuerten zu Angriffen auf die 'Viererbande' an.

Außerdem waren zu Ende der Kulturrevolution Hunderte und Tausende 'Roter Garden' aus Shanghai von den Maoisten aufs Land geschickt worden, ohne Aussicht auf Erlaubnis zur Wiederkehr.

Wegen dieser harten Maßnahmen waren die Eltern und Anverwandten dieser jungen Radikalen mit Haß gegen die Maoisten und sogar gegen Mao erfüllt. Sie begrüßten die Säuberung, weil sie hofften, ihre Kinder bald wiedersehen zu können.

Alle diese Gründe erklären warum niemand gegen die Säuberung der 'Vier' demonstrierte. Im Gegenteil, die Menschen in Shanghai nahmen an Demonstrationen teil, die den Charakter eines freudigen Festes annahmen.

In Peking war die Reaktion auf die Verhaftungen noch dramatischer. Zuerst unterstützte die sogenannte '8341 Geheimpolizei' Hua bei der Säuberung, hauptsächlich deswegen, weil ihr Befehlshaber, Wang Tung-hsing von Seiten der Armee unter starkem antimaoistischem Druck stand (besonders der Peking Garnison). Wang übertrug sofort seinen Treueeid von Mao auf Hua, um seine eigene Position im Machtkampf zu schützen. Das ist der logische Entwicklungsweg einer Fraktion, die nur auf persönlichem Interesse basiert, statt auf revolutionären Prinzipien.

(...)

Der Einfluß der maoistischen Fraktion in Shanghai ist größtenteils zerstört. Wir können daher sagen, daß die maoistische Fraktion als harte stalinistische Formation innerhalb der KPCh aufgehört hat zu existieren. Für diese Entwicklung hat es schon Anzeichen gegeben. Die maoistische Fraktion hat sich seit der Kulturrevolution von den alten Kadern in der Partei isoliert. Mao hatte sehr wenige treue und verlässliche Kader, wodurch der Fall seiner Fraktion unausbleiblich war. Sein Tod hat dieses Ende beschleunigt.

Frage: Seit Chiang Ching und die anderen Politbüromitglieder verhaftet wurden, werden sie von der neuen Führung als Restauratoren des Kapitalismus, Saboteure, Verräter am Marxismus-Leninismus usw. bezeichnet. Warum wurden diese Beschuldigungen nicht auch gegen Mao selbst erhoben? Warum halten Hua und seine Anhänger Maos Prestige aufrecht? Warum nehmen sie für sich in Anspruch, Maos 'revolutionäre proletarische Linie' auszuführen?

Antwort: Die Führung der KPCh war und ist stalinistisch. Die Ideologie und die Methoden der verschiedenen Fraktionen waren und sind gleich. Deshalb kann Maos Prestige der Hua Fraktion genauso dienen wie es seiner Fraktion gedient hatte. Hua Kuo-feng hat keine eigene Basis und kein Prestige in der Partei, der Regierung und Armee. Er war von Mao zu hohen Führungsposten ernannt worden und muß deshalb weiterhin Maos Autorität als sein politisches Kapital nützen.

Chou Tschu En-lai und Teng Hsiao-ping konnten und wollten die anderen alten Führer, die sogenannten 'Gemäßigten', keine unabhängige Führung aufbauen, ohne Maos Autorität für sich zu nützen. Sie wollen die Mao-Fraktion natürlich zerstören und haben auch enthusiastisch die Säuberungen unterstützt.

Die Anschuldigungen, daß die 'Viererbande' Revisionisten und Leute sind, die den Kapitalismus restaurieren wollen, sind Lügen, die die Mao-Fraktion und ihren Einfluß zerstören sollen. Die 'Viererbande' vertendete einst unter Maos Anweisungen dieselben Anschuldigungen gegen Liu Shao-Tschi, Lin Piao und Teng Hsiao-ping. Es ist natürlich eine Ironie, daß Maos auserwählter Nachfolger Maos Methoden anwendet, um Maos Fraktion zu zerstören.

Die Beschuldigung, daß die 'Viererbande' Maos Ideen verraten und seine Anweisungen mißachtet habe, sind nur Erfindungen von Hua und seinen Anhängern, die so der Verantwortung der Säuberung entgehen wollen. Die historischen Fakten beweisen, daß die 'Vier' Mao gegenüber ihr Leben lang treu und gehorsam waren.

(...)

Frage: Wie siehst du Chinas zukünftige Entwicklung?

Antwort: Der Tod Maos ist das Ende der Herrschaft eines persönlichen Diktators. Die Säuberung seiner harten stalinistischen Fraktion ist ein Sieg der sogenannten 'gemäßigten' Stalinisten. Damit wird sich bis zu einem gewissen Grade die politische, ökonomische und kulturelle Situation in China ändern.

(...)

Es sieht so aus, als ob Hua keinen nationalen Kongreß oder ein Plenum des Zentralkomitees wünscht, da er fürchtet, das könnte seine momentanen Posten - Vorsitzender der Partei, Premier der Regierung, Vorsitzender der Militärkommission und Minister des öffentlichen Sicherheitsdienstes - gefährden. Sogar Mao selbst hatte nur zwei dieser Posten belegt.

Hua wird wahrscheinlich versuchen eine vorübergehende Führung durch ein Bündnis, Manöver und Kompromisse mit den alten Führern zu bilden.

(...)

Das zweite Gebiet, wo es wahrscheinlich Veränderungen geben wird, ist die Ökonomie, die sich seit der Kulturrevolution ständig verschlechtert hat. Obwohl einige Bürokraten versuchen, die ökonomische Situation auf die Intrigen der 'Viererbande' schieben zu wollen, muß die Regierung versuchen die Situation zu bessern. Sie hat sich schon verpflichtet die 'Vier Modernisierungen' auszuführen, die vom verstorbenen Tschu En-lai dargelegt worden waren; aber das Problem liegt bei der Erstellung von Geldmitteln und Technologie.

Das dritte Gebiet, das Änderungen unterworfen sein wird, ist der Lebensstandard der Massen, der seit der Kulturrevolution unerträglich geworden ist. Die Löhne der gesamten Arbeiterklasse sind eingefroren, deshalb haben die Arbeiter in Hangchow, der Hauptstadt von Cheking im Juli 1975 einen Generalstreik durchgeführt.

Viertens war das chinesische Schulsystem von der Kulturrevolution fast völlig zerstört worden. Fast alle Universitätspräsidenten und Schuldirektoren der mittleren Schulen waren gesäubert, viele Professoren und Lehrer entlassen worden. Maos Anhänger haben seine 'revolutionäre Erziehung' statt einem regelrechten Lehrgang unterrichtet. Alle Schulen wurden von sogenannten Mao Tsetung Teams für Arbeiterpropaganda, die eine ständige "Kritik, Kampf und Umgestaltung" der Lehrer und Schüler anordneten, geleitet.

(...)

Die neue Führung muß sich auch mit den ungefähr zehn Millionen städtischen Jugendlichen und Intellektuellen auseinandersetzen, die aufs Land geschickt wurden und noch immer dort leben. Natürlich sind diese Leute unzufrieden mit ihrem zwangsweisen Exil und bilden das Zentrum für Unruhen; verzweifelt wollen sie in die Städte und in ihre Heimat zurückkehren. Sie wollen ihre Schulausbildung fortsetzen, Jobs bekommen und ihre Verwandten sehen. Viele sind schon illegal in die Städte zurückgekehrt, wodurch sie ihren Eltern eine große Belastung sind und den Behörden Ärger bereiten. Ungefähr 30.000 bis 40.000 junge Leute sind unter Lebensgefahr nach Hong Kong geflohen.

Schließlich hat sich das Verhältnis zu der Sowjetunion seit Beginn der sechziger Jahre immer mehr verschlechtert; die Sowjetbürokraten sandten Millionen von Truppen an die zwischen den beiden Ländern liegende Grenze, die sich über Tausende von Meilen erstreckt. Auch Mao schickte Truppen. Diese Gegenüberstellung von Truppen erstreckt sich nun schon über viele Jahre und hat mehrmals zu bewaffneten Auseinandersetzungen geführt. Falls diese Situation von Chinas neuen Führern nicht geändert wird, könnte sich daraus ein Krieg entwickeln.

(...)

Angesichts dieser drückenden Probleme konzentrieren Chinas neue Führer ihre Anstrengungen auf eine ununterbrochene Kampagne gegen die 'Viererbande' und beschuldigen sie, alte Kader verfolgt zu haben, besonders Kader des kulturellen Lebens. Das persönliche Leben der 'Vier' wird enthüllt. Die Anschuldigungen erstrecken sich von Korruption, Extravaganz bis zu der absurden Behauptung, daß Chiang Ching wie eine Prostituierte sei. Durch diese Verleumdungskampagne versucht die neue Führung ihre Säuberungen zu rechtfertigen und den Haß gegen die 'Vier' zu kanalisieren.

Die Leute wissen, daß Mao mit Chiang Ching fast vierzig Jahre zusammenlebte. Wenn ihr Privatleben wirklich so abstossend und korrupt war, was sagt das über Mao aus?

Das sind genau die Fragen von denen Hua hofft, daß sie von den Massen gestellt werden. Indem er die 'Viererbande' ausdrücklich angreift, greift er indirekt Mao - ihren Führer - an. Hua öffnet die Tür zur Entmaoisierung. Es scheint so, als ob die neuen Führer einige Konzessionen an die Intellektuellen machen wollten, indem sie ihnen ein wenig mehr Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung zugestehen und die Veröffentlichung von einigen verbotenen Büchern und Filmen zulassen. Einige der alten Führer und Kader werden wahrscheinlich aus den Gefängnissen und Arbeitslagern entlassen werden.

Andererseits stellen die neuen Führer Vorbereitungen an, Maßnahmen zu setzen, die die Produktivität der Arbeiter erhöhen sollen. Das Mittel ist der 'materielle Anreiz', das heißt längere Arbeitszeit für mehr Lohn. Die Führung will mehr Maschinen und Technologie aus dem Auslande in China einführen; aber das Problem ist der Kapitalmangel. Peking scheint Schritte unternehmen zu wollen, die die Spannungen zwischen der Sowjetunion und China verringern sollen. Den grundlegenden Konflikt werden sie aber nicht beheben können, da beide Länder von bürokratischen Cliquen regiert werden, die auf der Theorie des 'Sozialismus in einem Lande' basieren. Das Peking-Regime setzt aber seine Propaganda fort, daß die Sowjetunion den Kapitalismus restauriert habe und daß sie 'sozialimperialistisch' sei.

Daß die neue Führung nicht die Absicht hat, die jungen Leute aus dem Exil in die Städte zurückkehren zu lassen, ging klar aus einem Artikel in der 'People Daily' hervor, in dem Hua sagte, daß er sehr glücklich sei, daß er seine eigene Tochter aufs Land geschickt habe.

Die Führung kann die oben erwähnten Probleme nicht lösen. Sie kann die Massen nur kurzfristig beruhigen, indem sie ihnen kleine Zugeständnisse macht; aber das wird die unzufriedenen Arbeiter, Bauern und revolutionären Intellektuellen nur mehr veranlassen, ihre Forderungen nach einem Ende der momentanen unerträglichen Situation noch nachdrücklicher zu stellen.

Auch nach der Säuberung der 'Viererbande' bestehen noch immer Widersprüche innerhalb der neuen Führung und es werden zweifellos neue Fraktionskämpfe ausbrechen. Hua hat seine eigene Fraktion organisiert und den Personenkult um seine Person eingeleitet, um seinen Posten fester in den Griff zu bekommen und sich als Mao-Nachfolger zu rechtfertigen. Aber die alten Führer, Reste der Chou-Teng Fraktion, und andere, sind mit Hua unzufrieden. Besonders die lokalen Kader in den Provinzen halten Hua nicht für qualifizierter als sich selbst, um so hohe Posten in der Partei, Armee und Regierung zu erhalten.

Unter diesen Bedingungen ist es durchaus möglich, daß sich hinter den Kulissen eine Kampagne gegen Hua entwickelt. Wenn das wahr ist, würde das einen harten Kampf innerhalb der KPCh in naher Zukunft bedeuten.

Die Massen erwarten sich von der Hua-Führung eine Verbesserung ihres Lebensstandardes und größere persönliche und politische Freiheit. Mehr denn je werden sie bereit sein, die neue Führung durch Massenaktionen unter Druck zu setzen, da sie die Schwäche der neuen Gruppe erkannt haben, als diese ihre Fraktionsstreitigkeiten ausfocht. Die Demonstrationen am Tien An-Men Platz im letzten April gaben den Menschen in China ein Beispiel, wie man die nötige politische Revolution, die schon lange überfällig ist, vorbereitet.

(...)

Peng Shu-tse:

Die chinesische Revolution

Der Autor ist Gründungsmitglied der KPCh und Begründer der trotzkistischen Bewegung in China. In dieser Artikel- und Dokumentensammlung, die hiermit zum ersten Mal dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht wird, werden interessante Fakten und Analysen zur Entstehung des chinesischen Arbeiterstaates und der Entwicklung bis zur 'Kulturrevolution' geliefert.

Aus technischen Gründen wird das Werk nicht wie geplant in drei Teilen herausgegeben, sondern als gebundene Broschüre im Mai.

Die 'Charta 77' und die Opposition

Eine Welle von oppositionellen Regungen durchzieht gegenwärtig die deformierten Arbeiterstaaten, die von den verschiedensten gesellschaftlichen Strömungen getragen wird. War es in Polen im Sommer des vergangenen Jahres die Arbeiterklasse, die gegen die Preispolitik der Bürokratie demonstrierte und die dabei nicht auf der Ebene der Preise stehen blieb, sondern wie schon 1970/71 gesellschaftliche Fragen in den Mittelpunkt stellte, so sind es in der Sowjetunion Intellektuelle, die mehr oder weniger ausgeprägt nach einer 'Demokratisierung' des Regimes verlangen. Mit der Ausweisung Biermanns aus der DDR und der Unterdrückung der nachfolgenden Solidarität, erreichte diese Welle einen neuen Höhepunkt, wenngleich in der DDR die Arbeiterklasse nicht - oder: noch nicht - offen in die Auseinandersetzung eingriff, was sicherlich auch Schuld der Unklarheiten der intellektuellen Opposition in der DDR ist.

In der CSSR wurde das "Manifest der Charta 77" formuliert, das auf die Einhaltung der demokratischen Rechte der Bürger pocht und von Christen ebenso wie von Vertretern des "Prager Frühlings" unterzeichnet wurde. Die Bildung eines "Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" in Polen, der 'Tausch' Corvalan-Bukowski, zeigte auf unterschiedliche Art und Weise die gesellschaftliche Spannung in den deformierten Arbeiterstaaten an, die natürlich unterschiedliche Stärke aufweist und daher auch unterschiedlich zum Ausbruch gelangt.

Die Reaktionen der stalinistischen Bürokratie sind deswegen nicht Gegenstand dieses Artikels, weil sie in altgewohnter Manier erfolgen, die uns auch die 'moskautreuen' stalinistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern - wie die KPÖ - demonstrieren. Da wird von "Agenten des Imperialismus", von "Söldnern des Kapitals" gefaselt, da wird verleumdet und gefälscht. Die Repression zeigt deutlicher als alle politischen Dokumente den wirklichen Charakter der 'Volksdemokratien' an. In der CSSR erreicht - man kann fast sagen traditionsgemäß - die Verleumdungswelle ihren Höhepunkt, was auch den hohen Grad der Isolation der Bürokratie aufzeigt.

Da werden pornographische Fotos von Oppositionellen in Umlauf gebracht, Studentinnen wegen 'Prostitution' in Haft genommen,usw. Nichts zeigt klarer den Grad der Verfaulung und der Überlebtheit eines Regimes an, als die Art und Weise, wie es zu seiner inneren Opposition steht. In der Weimarer Republik wurde der KPD-Führer Maslow verhaftet, weil er angeblich einer Frau die Handtasche entrissen hatte. Es kostet der Geheimpolizei keinerlei Mühe, der Opposition Vergewaltigung, Pornographie, Rauschgifthandel und ähnliches 'nachzuweisen', oder ausländisches (kapitalistisches) Geld in die Schreibtische von Oppositionellen geraten zu lassen. Wichtiger, als alle diese Ausfälle der Bürokratie und ihrer nationalen und internationalen Lakaien und Schreiberlinge gegen die Opposition zu erwähnen ist es, die Methode, mit welcher die Stalinisten gegen die Opposition vorgehen, zu beachten. Erstes Ziel dieser Methode ist es, die Differenzierung innerhalb der Opposition zu verwischen, diese stets als Block erscheinen zu lassen.

Wenn nun Solschenizyn - der ohne Zweifel ein Konterrevolutionär ist - eine seiner klerikal-reaktionären Äußerungen macht, so wird dies stets mit anderen Kräften der Opposition in Zusammenhang gebracht. Als Bukowski Strauß als "Freund des sowjetischen Volkes" bezeichnete, da war er für die "Volksstimme" natürlich gleich ein "Freund von Biermann". Es ist dies die alte Methode jedes reaktionären Regimes - die Faschisten praktizieren sie ebenso - alle Gegner auf einen Haufen zu werfen. Allein das Eingehen auf die verschiedenen Oppositionsströmungen in den deformierten Arbeiterstaaten, würde es der Bürokratie verunmöglichen,die Verleumdungskampagne in dieser Form aufrechtzuerhalten. So darf es eben keinen Unterschied zwischen Biermann und Bukowski, zwischen Jakir und Sacharow geben. Sie alle sind "Agenten des Imperialismus", die bloß verschiedene Masken aufsetzen!

STALINISMUS UND PSYCHIATRIE

"Seit zehn Jahren wird mein Mann wegen seiner Überzeugung verfolgt. Obwohl er geistig völlig normal ist, wird er in der psychiatrischen Klinik von Tschernjachowsk festgehalten. 'Ich laufe mit Urinkompressen umher', sagte er mir bei einem Besuch, 'mein Körper ist mit Abszessen übersät, mein Magen- und Blasenkatarrh haben sich verschlimmert!' Doch einer Untersuchungskommission erklärt er: 'Meine Überzeugungen bleiben unverändert!"

So beschreibt die Frau des Alt-Bolschewisten Grigorenko den Zustand ihres Mannes, der sich 1970 in einer Klinik befand.

Neben der 'normalen' Repression, wie dem Berufsverbot und den Prozessen,setzt der Stalinismus - und auch hier gleicht er den reaktionären Regimen, die der verfaulende Kapitalismus hervorbringt - die Medizin, insbesondere die Psychiatrie gegen die Opposition ein. Für die Herrschenden stellt das bestehende Regime stets das beste aller möglichen Regime dar. Stets wurde gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung auch der Psychiater ins Feld geschickt, der "wissenschaftlich" untermauerte, daß der Kommunist, der von Unterdrückung und Unfreiheit sprach, in Wahrheit an "Verfolgungswahn" und "Messianismus" leide, sei doch die bestehende Gesellschaftsordnung die "freieste" und "gerechteste". Der Stalinismus hat sich diese furchtbare Waffe der Reaktion wieder zunutze gemacht. Da marschieren sie denn auf, die "Experten", "Gutachter" im weißen Kittel und sprechen ihr Urteil über Gegner des Regimes. Mit einem Zynismus, der seinesgleichen sucht, werden jene, die dem stalinistischen Regime das Recht absprechen, im Namen des Sozialismus zu sprechen, dazu verurteilt, in Kliniken der Folter der Medizin ausgesetzt zu sein, wie Grigorenko und ungezählte andere.

Wie nicht anders zu erwarten finden sich natürlich auch Psychiater in den kapitalistischen Ländern, die ihren Kollegen in den 'sozialistischen Staaten' die lautersten Absichten unterstellen, was uns nicht weiter wundert, würden sie doch - wenn sie könnten - jeden der von Unterdrückung spricht 'behandeln'. Wir erinnern uns mit Ekel an die Kampagne der "Volksstimme" gegen Pljutsch, als dieser aus der Sowjetunion ausreisen durfte. Dutzende Artikel wurden geschrieben unter dem Motto: Seht ihn euch an, der ist doch nicht normal! Fachleute wurden zitiert, die der gesamten Opposition 'Verfolgungswahn' unterschoben. Da johlte und grölte der stalinistische Mob zufrieden.

Treffend und bezeichnend stellte in der "Volksstimme" ein führender sowjetischer Psychiater fest, daß die 'Geisteskranken' sich zumeist für völlig gesund halten und man ihnen eben helfen muß!

DIE GRUNDLAGEN DER GEGENWÄRTIGEN OPPOSITION

Charakteristisch für die gegenwärtige Oppositionsbewegung, bzw. für den Großteil ihrer Träger ist es, daß sie sich zumeist auf die 'Menschenrechte' und die in Helsinki unterzeichneten Dokumente beruft. Ausnahmen stellen hier die Kämpfe der polnischen Arbeiter und Biermann dar. Anders als der Aufstand der ostdeutschen und ungarischen Arbeiter, sowie ihrer polnischen Klassenbrüder ist der Kampf der tschechischen, ungarischen, polnischen und sowjetischen Intellektuellen nicht grundsätzlich gegen das Regime gerichtet, formuliert er nicht - wenn auch nur in Ansätzen - eine gesellschaftliche Alternative, sondern er stellt einen Apell an die Staatsführung dar, die 'Menschenrechte' und die Inhalte der Dokumente aus Helsinki zu respektieren. Nur insoferne ist er natürlich auch ein Kampf gegen das Regime.

In einem ausgesprochen stumpfsinnigen Artikel im 'SPIEGEL' nennt der Pole Wojna, Mitglied des ZK der polnischen KP, auch eine der Ursachen für die gegenwärtige Bewegung der Opposition: die wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Dies ist ohne Zweifel gerade für die Erhebung der polnischen Arbeiter zutreffend, wenngleich damit wohl kaum beantwortet werden kann, wieso die Arbeiterklasse sowohl 1970/71, als auch 1976 sofort Ansätze zu einer gesellschaftlichen Alternative formulierte und teilweise auch in die Tat umsetzte.

Mit der Verstärkung des Osthandels, d.h. dem Ende der wirtschaftlichen Blockade, die der Imperialismus nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg über die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten verhängt hatte, geriet dieser Teil der Weltwirtschaft in stärkere Abhängigkeit von der Entwicklung der gesamten - vom Imperialismus beherrschten - Weltwirtschaft. Anders ausgedrückt: Mit den Maschinen, Förderbändern, ganzen Produktionseinheiten, die der Imperialismus den 'sozialistischen Ländern' lieferte, vergrößerten sich die Schulden der Arbeiterstaaten an den Kapitalismus. Die labile Situation des Weltmarktes - vor allem die Inflation der Rohstoffpreise - drückte auch der Ökonomie des 'sozialistischen Lagers' ihren Stempel auf. Mißernten und bürokratische Planung tun das Übrige, um den Mythos der gesicherten ökonomischen Situation zu entlarven.

War es auf der Seite des Stalinismus vor allem die Notwendigkeit Produktionseinheiten zu erlangen, deren eigene Erzeugung nicht möglich ist, so konnte der Imperialismus den Teil des Weltmarktes stärker beeinflussen, der ihm durch das Außenhandelsmonopol und die Wirtschaftsblockade jahrzehntelang versperrt war - wenn auch niemals zur Gänze. Der wirtschaftliche Druck und Einfluß des Imperialismus auf die deformierten Arbeiterstaaten sollte nun andere Formen annehmen und vor allem - er sollte mit einer politischen Einflußnahme verbunden sein. Der Träger dieses Prozesses in den imperialistischen Staaten war die Sozialdemokratie. Am deutlichsten

Die Dokumente der 'Revolutionären Sozialistischen Partei'

Die klarsten marxistischen Dokumente einer Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten, die uns zugänglich sind, stammen von der 'Revolutionären Sozialistischen Partei' in der CSSR und es ist deswegen von so großer Bedeutung sie darzustellen, weil damit klar wird, wie - unter welcher Perspektive - der Kampf in den Arbeiterstaaten zielführend sein kann.

Sie sind auch deswegen von so großer Bedeutung, weil in ihnen eine klare Abgrenzung zu den Vertretern des 'Prager Frühlings' vorgenommen wird. Der Kampf der Bürokratie gegen die Vertreter eines solchen Programms findet nicht offen statt, ihre Manifeste werden nicht von der 'liberalen' kapitalistischen Presse erwähnt und gedruckt. Ihr Kampf ist kein Appell an die Staatsführung, sondern sie suchen die Verbindung mit der Arbeiterklasse.

Eben weil sie eine gesellschaftliche Alternative vorlegt, ist sie für die Bürokratie gefährlicher als die 'Charta 77', auch wenn ihre Unterdrückung nicht spektakulär abläuft.

Führende Mitglieder der 'Revolutionären Sozialistischen Partei' wurden 1971 zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt.

In ihren 1968 veröffentlichten Dokumenten, die wir dem Buch "Management und Selbstverwaltung in der CSSR' entnehmen, werden wesentliche Bestandteile der marxistischen Position zu den deformierten Arbeiterstaaten entwickelt. Der Bürokratie wird nicht die 'Demokratie' an sich gegenübergestellt, sondern die Arbeiterdemokratie, der Marxismus.

"Es ist sicher, daß auch in diesem industrialisierten Land die stalinistischen Bemühungen bewirkten, daß nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die der Bürokratie errichtet wurde und daß unehrenhafte Methoden wie Monsterprozesse gegen politische Gegner, brutale Unterdrückung aller Forderungen der Arbeiter und Studenten, Beherrschung des Staatsapparates mit Hilfe der Korruption, Wahlfarcen und ähnliche Bemühungen eine tiefe Diskreditierung des Marxismus-Leninismus bei den breiten Schichten der Jugend und der Werktätigen hervorbrachten.

"Die sozialistische Demokratie - die nichts gemeinsames mit der bürgerlichen Demokratie hat - zu festigen, bedeutet, alles Positive, das im Jahre 1948 erkämpft wurde, zu erhalten: das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und die Erhaltung der Wirtschaftsplanung und des Staatsmonopols am Außenhandel ... Die sozialistische Demokratie zu festigen bedeutet keineswegs, einen Teil der Macht den Vertretern der ehemaligen Bourgeoisie und der bourgeoisen Parteien zu übergeben ... Die sozialistische Demokratie zu festigen heißt umgekehrt: Freiheit der Kritik, Freiheit der Presse, Freiheit des Organisierens, Meinungsfreiheit für alle Richtungen und alle Parteien, die ihre Opposition innerhalb des Rahmens der sozialistischen Struktur ausdrücken, die in ihr Programm die Verteidigung des sozialistischen Produktionsprozesses aufgenommen haben und nicht vor den Gerichten aufgrund geltender Gesetze beschuldigt werden können, sich heimlich mit der inneren oder äußeren Konterrevolution zu verbünden."

Werden die Grundlagen des deformierten Arbeiterstaates von der 'Revolutionären Sozialistischen Partei' begriffen, so wird mit der Berufung auf Lenins 'Staat und Revolution' auch die Alternative der sozialistischen Demokratie erkannt.

Positiv ist weiters hervorzuheben, daß die Genossen die Scheinalternative zwischen dem 'harten' Stalinismus und den 'liberalen' Vertretern des "Prager Frühlings" ablehnen, was auch als Ablehnung der wirtschaftlichen Projekte Ota Siks zum Ausdruck kommt ('sozialistische Marktwirtschaft').

"Die Lösung besteht jedoch nicht in der Wahl zwischen zwei Übeln (dem bürokratischen Zentralismus und der 'sozialistischen Marktwirtschaft' d. Verf.). Die Bewegung für die Errichtung einer wirklichen sozialistischen Demokratie kann und muß von Grund auf das System der bürokratischen konservativen Führung, das in der Epoche des Stalinismus geschaffen wurde, umstoßen, und sie kann und muß es tun, indem sie sich vor allem auf die Initiative und Macht der Produzenten, d.h. der Werktätigen stützt, statt die Führung der grundsätzlich bevorzugten und privilegierten Technokratie zu betonen ..."

Und die 'Revolutionäre Sozialistische Partei' sieht ihren Kampf als Teil der Weltrevolution, als Teil der politischen Revolution gegen den Stalinismus in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten. Die Genossen begreifen sich als Faktor, der bewußt und aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreift und seine Tätigkeit nicht darauf beschränkt,'Druck' auf die Partei- und Staatsführung auszuüben. Hier liegt auch die bewußte Abgrenzung zu den Vertretern des "Prager Frühlings", welche besonders auch in der Ablehnung der unbedingten Legalität und 'Gesetzlichkeit' zum Ausdruck kommt, wie wir sie gerade im "Manifest der Charta 77" sehen.

"Wir glauben nicht an den Mythos der Legalität, denn wir wissen, daß die Bürokratie die Gesetze zugunsten ihrer eigenen Interessen und gegen die Interessen des Volkes wendet. Wir sind bereit, gegen die Gesetze zu verstoßen, weil sie gegen das Volk gerichtet sind. Das bedeutet, die legale Arbeit in den Gewerkschaften, der KPC usw. mit der illegalen Arbeit zu verbinden... Wir halten nichts von dem Aktionsprogramm der KPC (dem Programm der Dubcek-Führung, d.Verf.), wir sind uns dessen bewußt, daß es ein Programm des liberalen Flügels in der Führung der KPC ist, dessen Interessen - im August haben wir es alle gesehen - mit den Interessen der internationalen Bürokratie unter der Führung der Machthaber im Kreml kollidieren müssen... Wir glauben nicht an den Sozialismus in einem Lande und schon gar nicht daran, daß die Bürokratie in der kleinen, isolierten Tschechoslowakei zerbrochen werden kann, in einem Land, das danach, 'auf eigenem Weg' mit seinem eigenen 'Sozialismus mit menschlichen Antlitz' voranschreiten soll, denn es gibt nur einen Sozialismus und sein Antlitz ist menschlich, sonst ist es kein Sozialismus."

So formulierte die "Revolutionäre Sozialistische Partei' in ihren Dokumenten Ansätze eines revolutionären Programms für die deformierten Arbeiterstaaten. Wenn es der stalinistischen Bürokratie auch gelang, ihre führenden Vertreter für Jahre zum Schweigen zu verdammen, so wird es ihr doch niemals gelingen, die Inhalte dieser Dokumente zu tilgen, die so hoch über den Illusionen des "Prager Frühlings" stehen. Im Gegenteil, die Bürokratie wird es erleben, daß diese Gedanken, dieses Programm, wenn es die Verbindung mit der Arbeiterklasse findet, zu ihrem Totengräber wird.



Hájek



Kohout



Havel

verkörperte die Regierung Brandt in der BRD diese modifizierte Politik gegenüber dem 'Osten', deren Ziel sich aber von der alten Politik nicht unterschied: Der Zurückeroberung des 'Ostens', wenngleich die Sozialdemokratie für die Vollendung dieses 'Werkes' nicht geeignet ist!

Der politische Ausdruck dieser Entwicklung war die Konferenz von Helsinki, wo Stalinismus und Imperialismus ein gemeinsames Dokument der 'Entspannung' unterzeichneten, das voll von 'demokratischen' Phrasen und Floskeln ist. Für den Stalinismus war es ein Sieg der 'friedlichen Koexistenz' und des 'ständigen Vormarsches des sozialistischen Lagers', für den Imperialismus stellte es eine vergrößerte Möglichkeit der Einflußnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung in den Arbeiterstaaten dar.

Die Befürworter von Berufsverboten, von Folter und Verfolgung, jene,die nur durch den ständigen Ausbau des Unterdrückungsapparates herrschen können, die Befürworter der Einweisung von Oppositionellen in Irrenhäusern, all diese Kreaturen unterzeichneten, ohne daß ihnen die Schamröte ins Gesicht stieg, Dokumente,in denen es von demokratischen Freiheiten wie 'Versammlungs- und Redefreiheit', von 'Freiheit vor Furcht' nur so wimmelte. Statt dem Kapitalismus das 'demokratische' Mäntelchen herunterzureißen, zu entlarven, daß die kapitalistischen Regime tagtäglich die 'Menschenrechte' mit Füßen treten, setzten sich die Stalinisten (die dies ebenso täglich tun) mit den Vertretern des Imperialismus an einen Tisch und unterzeichneten 'Entspannungs-Dokumente'!

Wenn heute die Bürokratie die Opposition insgesamt als "Agenten des Imperialismus" verleumdet, dann muß sie verschweigen, wer tatsächlich dem Imperialismus einen Dienst erwiesen hatte und dies auch weiterhin tut - sie selbst.

Sie selbst ist es, die durch die bösartige Karrikatur auf den Sozialismus solchen Dokumenten, wie dem von Helsinki, eine derartige Kraft und Bedeutung verleiht, wie wir es etwa jetzt in der CSSR sehen. Sie selbst unterhöhlt - durch die Unterdrückung der Arbeiterdemokratie - die ökonomischen Grundlagen der Arbeiterstaaten und ebnet mit jedem Akt der Repression dem Imperialismus den Weg. Es geht nicht um den einen oder anderen Agenten, im buchstäblichen Sinne des Wortes, in den Reihen der Opposition, denn diese Leute könnten ein tatsächliches sozialistisches Regime, das auf der Arbeiterdemokratie basiert, nicht im mindesten gefährden. Es geht um die stalinistische Bürokratie, deren Regime die demokratischen Illusionen täglich verstärkt und die der kapitalistischen Reaktion nicht nur die Argumente liefert, sondern auch eine vage, unbestimmte Opposition, die sich zwar nicht ausdrücklich für den Kapitalismus ausspricht oder entschieden hat, in der Tat aber wenig Abwehrkräfte gegen die kapitalistische 'Demokratie' aufweist!

DAS 'MANIFEST DER CHARTA 77" - EIN DOKUMENT OHNE PERSPEKTIVE!

"Charta 77 ist keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit. Sie will dem Gemeininteresse dienen,wie viele ähnliche Bürgerinitiativen in verschiedenen Ländern des Westens und des Ostens. Sie will also nicht eigene Programme politischer oder gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen, sondern in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht führen ..."



August 1968 - Demonstration in Prag

Wer das Dokument studiert, wird sich vielleicht wundern, daß die Bürokratie in der CSSR mit einer derart bösartigen Vehemenz gegen die Unterzeichner des Manifestes vorgeht. Besteht doch der Inhalt des Dokumentes, wie aus dem Anfangs angeführten Zitat schon deutlich, nur in Apellen an die Staatsführung, die Inhalte der Beschlüsse von Helsinki - also vor allem die sogenannten Menschenrechte - einzuhalten.

Das "Manifest der Charta 77" ist symptomatisch für die Oppositionsbewegung in der CSSR und stellt eine weitere Etappe des politischen Niedergangs der Repräsentanten des "Prager Frühlings" dar, von denen viele zu den Unterzeichnern gehören. Die gesellschaftliche Kraft der "Charta 77" liegt nicht im konkreten Inhalt, sondern darin, daß sie an die Bestrebungen von Millionen Menschen nach 'Demokratie' anknüpft. Für diese Millionen wurden die Dokumente von Helsinki zur Hoffnung auf die Erfüllung von demokratischen Rechten, die sie 1968 bereits erreicht hatten und die so jäh wieder zerstört wurden.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die "Charta 77" das Denken der Mehrheit der Bevölkerung ausdrückt. Sind demokratische Forderungen in den deformierten Arbeiterstaaten natürlich zu unterstützen, weil sie objektiv gegen den Stalinismus gerichtet sind, so wäre es die Aufgabe einer marxistischen Opposition gewesen, diese Forderungen mit den Inhalten einer konkreten gesellschaftlichen Alternative zu verbinden, d.h. dem Streben der Massen nach Demokratisierung eine kämpferische, sozialistische Perspektive zu weisen. Eben weil die Vertreter des "Prager Frühlings" diese Aufgabe nicht erfüllen, liegt hier ihr Versagen, drückt sich hier ihr politischer Niedergang aus. Statt an die Arbeiterklasse zu appellieren den Kampf um diese Forderungen aufzunehmen, statt die Beschlüsse von Helsinki als 'demokratische' Komödie zu entlarven und klar zu sagen, daß der Kampf um die Erreichung der Versammlungs- und Redefreiheit - um eine Forderung zu erwähnen -, nur dann zielführend sein kann, wenn er mit dem Kampf gegen den Stalinismus verbunden wird, verstärken sie mit diesem Dokument die demokratischen Illusionen der Massen. Sie gehen so den Weg ihres politischen Niedergangs weiter, den sie im August 1968 unter so tragischen Umständen beschritten hatten.

Was die Bürokratie wirklich fürchtet - und deshalb reagiert sie so tollwütig - ist, daß in die unbestimmte und unklare Opposition der "Charta 77", in das Streben der Massen nach Freiheit, Elemente einer sozialistischen Alternative einfließen. Dies will und muß sie um ihrer selbst willen verhindern. Denn erst dann werden die demokratischen Forderungen die Sprengkraft erhalten, die notwendig ist, um die Revolution zu entfachen.

Das "Manifest der Charta 77" ist solange ohne jede tatsächliche Perspektive, solange es nicht positiv aufgehoben wird durch ein revolutionäres Programm, wenngleich diese Tatsache nichts an unserer Solidarität mit der Opposition ändert.



Brief oppositioneller SED-Genossen an Biermann

Wir erhielten das Manuskript dieses Briefes von unseren Genossen vom Spartacusbund, die es direkt von jenen Genossen bekamen, die aus verständlichen Gründen, ebenso wie die Verfasser des Briefes anonym bleiben müssen.

Der Brief selbst weist in einigen Punkten (vor allem zum 'Euro-Kommunismus') mehr Klarheit auf, als wir dies von den Positionen von Biermann und Havemann sagen können. Damit ist aber auch drastisch jene Aussage widerlegt, nach der die Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten nicht imstande wäre, die realen Konsequenzen der Politik des 'Euro-Kommunismus' zu begreifen.

Zwischen uns und den Verfassern des nachfolgenden Textes gibt es sicherlich noch Differenzen, die vor allem in den notwendigen Konsequenzen des oppositionellen Kampfes liegen. Auch sie dürften das Konzept einer 'Reformierung' des bürokratischen Arbeiterstaates vertreten und nicht den Sturz der Bürokratie durch die politische Revolution.

Nichtsdestoweniger erachten wir es als unsere selbstverständliche Pflicht den Brief ungekürzt zu veröffentlichen. Dieser Pflicht kommen wir hiermit nach.

Lieber Genosse Wolf Biermann!

Die auf Beschluß des Politbüros des ZK der SED am 16.November von der Regierung der DDR ausgesprochene Aberkennung Deiner DDR-Staatsbürgerschaft stößt auf den Protest großer Teile der Bevölkerung unseres Landes. Die öffentliche Verurteilung dieser von den leitenden Organen der SED und des Staates getroffenen Entscheidung durch die hervorragendsten Künstler der DDR widerspiegelt die tiefe Betroffenheit vieler Arbeiter, Angestellter und Angehöriger der Intelligenz. Aber auch große Teile der Mitgliedschaft der SED sind über Deine Ausbürgerung auf dem Zwangswege befremdet und empört. Als ehemaliges Mitglied weißt Du, daß in unserer Partei keine demokratische Willensbildung erfolgt, die es durch offene und öffentliche Diskussion ermöglicht, den tatsächlichen Willen der Mitglieder auszudrücken. Durch die Herrschaft des Parteiapparates und seinen bürokratischen Zentralismus, der mit dem von Lenin begründeten Prinzipien des demokratischen Zentralismus nichts gemein hat, sieht sich jedes Mitglied einem ständigen ideologischen und mit materiellem bis zu physischen Zwang untermauerten Druck ausgesetzt, jeder politischen Linie und selbst jeder einzelnen Handlung der Parteiführung mit einem Lippenbekenntnis zuzustimmen. Daher ist die Entscheidung der Parteiführung nicht die Entscheidung der Partei. Wir verurteilen als Kommunisten und Mitglieder der SED auf das entschiedenste Deine Ausbürgerung, die der Sache des Kommunismus und den Interessen unseres sozialistischen Landes, der DDR, auf das Äußerste schadet. Sie ist lediglich dazu angetan, die weitere sozialistische Entwicklung zu behindern und der reaktionären bürgerlichen Propaganda gegen den Sozialismus Schützenhilfe sowie Illusionen über die bürgerliche Demokratie Vorschub zu leisten.

Damit identifizieren wir uns keineswegs mit allen Deinen politischen Auffassungen und vielen von Dir in den letzten Jahren getätigten Handlungen und Äußerungen. Wir sehen jedoch in Dir einen aufrechten kommunistischen Künstler dem es immer darum ging und geht, durch seinen künstlerischen Beitrag dem Sozialismus und der Entwicklung seines sozialistischen Staates zu dienen - besonders auch dadurch, daß er dessen jetzige bürokratische Form kritisiert und alles seine Entwicklung Hemmende attackiert. Du hast immer deutlich gemacht, daß Dein Haß auf alle bürokratischen Verknöcherungen, auf alle zur Realität unseres sozialistischen Landes gehörenden undemokratischen Verhältnisse aus der Liebe zu diesem Lande, zum Sozialismus, entspringt und Dein Eintreten für die Demokratisierung unserer politischen Verhältnisse stets ein Eintreten für die sozialistische Demokratie ist.

Niemanden hast Du im Zweifel darüber gelassen, daß dieses Eintreten für sozialistische Demokratie nichts mit der demagogischen Forderung der bürgerlichen Reaktion nach einer 'Liberalisierung' des Sozialismus als Vorspiel kapitalistischer Rückeroberung zu tun hat,sondern im Gegenteil auch zu einer sozialistischen Revolution im Westen, die allerdings nicht die Halbheiten des bürokratischen Sozialismus wiederholt, beitragen soll.

Wenn wir Deine Vorstellungen, darüber im einzelnen nicht teilen und namentlich Deine Haltung zum sogenannten 'Euro-Kommunismus' als eine für die Arbeiterbewegung gefährliche Illusion ablehnen, so ist hier nicht Anlaß und Ort, über die besten Wege zum Sturz des Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus zu diskutieren, sondern um auf das Schärfste den im Inhalt demagogischen und der Form nach verleumderischen Vorwurf der offiziellen Repräsentanten der SED und der DDR zurückzuweisen, Du wärst ins Lager der Feinde des Sozialismus übergegangen und hättest die DDR verraten.

Die Art und Weise wie man Dich aus der DDR hinausexpediert und wieman Deine Ausbürgerung begründet hat, spricht allein Bände über den Charakter jener Repräsentanten als auch über den Charakter des von ihnen repräsentierten politischen Systems, - eindeutiger kann man sich überhaupt nicht vor aller Welt als Betrüger und Demagoge selbst entlarven! Es ist dies nur erneuter Ausdruck für die von jeglicher demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse befreite Herrschaft des bürokratischen Apparates, der diese einzig durch die polizeiliche Unterdrückung der Arbeiterklasse aufrecht halten kann. Die von der Arbeiterklasse getrennte, in besonderen Repressionsorganen verselbständigte Macht - die so die Macht der verselbständigtenBürokratie in ihren verschiedenen Schichtungen ist - hat sich in den letzten Tagen wieder als das Kardinalproblem unserer Gesellschaft erwiesen. Die Bürokratie, für welche die Produktion auf Rechnung der ganzen Gesellschaft, oder anders ausgedrückt, das Volkseigentum, unser aller Arbeit, die Quelle ihrer zahlreichen Privilegien ist, vermag sich diese Privilegien - die ebensoviel über das Maß der von der Bürokratie selbst durch die Verrichtung notwendiger gesellschaftlicher Funktionen der Gesellschaft gegebenen Arbeit hinausgehende und deshalb der Gesellschaft vorenthaltene Arbeit sind - nur anzuzeigen, indem sie durch die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse, damit aller Formen demokratischer Kontrolle, den ganzen gesellschaftlichen Produktionsprozeß bürokratisch deformiert. Ihre Verselbständigung wie ihre

Privilegien vor den Augen der Massen zu verbergen suchend, gibt sich die Bürokratie gleichzeitig scheinheilig als deren notwendige Führer aus. Ihrer zwiespältigen Lage entsprechend ist sie gezwungen, sich als Betrüger zu betätigen, wie es in Deinem Falle erneut geschehen ist. Die öffentliche Diskussion, auch die mit Dir, als latent demokratische Institution wie die Pest fliehend, vermag sie nur zu bürokratischen Tricks und Zwang Zuflucht zu ergreifen, um sich mit politisch Andersdenkenden auseinanderzusetzen.

Die Aberkennung Deiner DDR-Staatsbürgerschaft für eine überstürzte und panische Maßnahme zu halten, ist unseres Erachtens eine die Realitäten verkennende Illusion. Sie ist im Gegenteil ein wohlgezielter Schlag gegen die sich in den letzten Jahren wachsend äußernden demokratischen Aktivitäten bei den Arbeitern, Angestellten, der Intelligenz und besonders bei Jugendlichen, aber auch gegen die in unserer Partei zunehmende oppositionelle Tendenz der Mitglieder gegen ihre Entmündigung durch den Parteiapparat. Daß sich die demokratischen Forderungen und Aktivitäten bei einem Teil der Bevölkerung der DDR nicht nur gegen die bürokratischen Strukturen unseres Landes richten, sondern mit einer Verherrlichung bürgerlicher Freiheiten einhergehen, was die Bourgeoisie in ideologischer und sonstiger Weise zu fördern sucht, findet seine Quelle in jenem politischen System, welches die Entmündigung der Arbeiter- und Volksmassen zur einzigen Form sozialistischen Lebens erklärt und mit der Unterdrückung kritisch-kommunistischen Denkens und Handelns der Bourgeoisie das ideologische Bett bereitet, in das diese ihre demagogischen Freiheitsphrasen nur hineinzulegen braucht. Ihrer eigensüchtigen Interessen wegen ist es also die Bürokratie, die dem Angriff der Bourgeoisie auf den Sozialismus Vorschub leistet!

Die erneute Repression gegen Dich ist nicht nur eine Repression gegen demokratische Aktivitäten in unserem Lande allgemein, sondern insbesondere Abschreckungs- und Unterdrückungsmaßnahme gegen die für eine sozialistische Demokratie kämpfende kommunistische Opposition, die einzig in der Lage ist, eine unserem Volk und der internationalen Arbeiterklasse wirklich dienende Alternative zur jetzigen bürokratischen Misere des Sozialismus und eine dauerhafte sozialistische Entwicklung zu garantieren. Dieser Zweck der Maßnahme muß entlarvt und sie selbst bekämpft werden von allen Bürgern der DDR, die in der sozialistischen Demokratie die notwendige politische Zukunft unseres Landes sehen, besonders jedoch von den Kommunisten.

Deine Ausbürgerung ordnet sich ein in die nach dem IX.Parteitag und insbesondere seit dem 2.Plenum des ZK von der Parteiführung zwar nicht offenausgesprochene, dennoch nicht minder nachdrücklich betriebene Politik der Zurücknahme jener - wenn auch minimalen - seit dem VIII.Parteitag von ihr gemachten Zugeständnisse an geistigen Freiheiten. Die Begründung der Ausbürgerung mit Deinem Auftritt in Köln - von dem wir uns allerdings, wegen seiner Bedeutung als erster Auftritt in einem kapitalistischen Land nach langen Jahren, gewünscht hätten, in erster Linie Deine antifaschistischen und antikapitalistischen Lieder zu hören -, diese Begründung war lediglich dazu gedacht, Dich als Einzelfall hinzustellen und das 'Anziehen der Schrauben' in der Innen-



politik zu verschleiern. Aber Dein Fall ist nur ein besonders extremer Fall unter den zunehmenden Disziplinierungsmaßnahmen gegen Oppositionelle, wie der Ausschluß Rainer Kunzes aus dem Schriftstellerverband zeigt, wogegen wir ebenfalls schärfsten Protest erheben. Richten sich die jetzigen Zwangsmaßnahmen scheinbar nur gegen - die Annehmbarkeitsschwelle der Bürokratie überschreitende - Künstler, so treffen sie doch die Arbeiterklasse. Nicht nur, weil die Freiheit der Intellektuellen und intellektuelle Freiheit der Arbeiter im Allgemeinen zusammenfallen, sondern die besondere Situation wachsender demokratischer Aktivität in den verschiedenen Bevölkerungsschichten die Bürokratie dazu zwingt, gegen diese vorzugehen und von der Unterdrückung garstiger Lieder wieder stärker zur Unterdrückung garstiger Witze überzugehen. Die Einschränkung der Möglichkeiten politischer Meinungsäußerung in allen Bereichen der Gesellschaft wird die notwendige Folge sein, wenn es jetzt nicht gelingt, diesen alten, neuen Kurs der Bürokratie aufzuhalten. Das gilt sowohl für die Parteibasis wie für die parteilosen Arbeiter, Angestellten, Intellektuellen und Jugendlichen. Wir alle müssen in jedem Bereich und mit den unter den jeweiligen konkreten Bedingungen möglichen Mitteln das in den letzten Jahren Errungene an politischen Äußerungsmöglichkeiten - wenn es auch nur wenig, aber immerhin doch spürbar ist - verteidigen. Im Irrtum befinden sich jene, die da glauben mit ihrer Zustimmung zu Deiner Ausbürgerung, mit der Opferung Biermanns, die kultur- und innenpolitische 'Entspannung' der letzten Jahre retten zu können. Von denen, die die 'Wahrheitssucher leimen' wollen, brauchen wir ohnehin nicht zu reden.

Deine Ausbürgerung aus der DDR bekommt jedoch noch eine andere Dimension, wenn man bedenkt, daß die von Dir vertretenen Ansichten über den realen Sozialismus nicht nur von zahlreichen Mitgliedern kommuistischer Parteien geteilt werden, sondern dem offiziellen Standpunkt der Führungen einiger dieser Parteien gleich oder zumindest sehr ähnlich sind. Diese Ausbürgerung zeigt, daß unsere bürokratische Führung entschlossen ist, alle in unserer Partei vorhandenen Sympathien für die Suche nach einer demokratischen Alternative zum bürokratischen Sozialismus seitens einiger kommunistischer Parteien im Westen, sowie den stetig wachsenden Willen der Parteimitglieder zur Diskussion der vom 'Euro-Kommunismus' aufgeworfenen Fragen zu unterdrücken. Deine Ausbürgerung verdeutlicht darüberhinaus, daß es in Zukunft unmöglich sein soll, nicht nur in der Partei, sondern auch als Bürger der DDR offen den Standpunkt westeuropäischer Kommunisten zu vertreten, wobei dies natürlich auch bisher durch den Entzug der Massenkommunikationsmittel und Berufsverbote für bestimmte Bevölkerungsgruppen usw. weitestgehend verhindert wurde. Mit Dir wurden jetzt auch Enrico Berlinguer, Santiago Carillo und Georges Marchais ausgebürgert. Dies enthüllt jedoch die ganze Verlogenheit der Berliner Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas: Während man gemeinsame Erklärungen über den Kampf für Demokratie usw. abgibt,wird die eine Richtung von der anderen mit staatlicher Repression verfolgt!

Wir teilen nicht Deine Sympathien für den sogenannten 'Euro-Kommunismus', weil er die Suche nach einer sozialistischen Demokratie mit der Illusion verbindet,ohne die gewaltsame Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und die revolutionäre Diktatur des Proletariats zum Sozialismus gelangen zu können. Der Generalsekretär jener Partei, die Du "reifen und wachsen" siehst "unter Italiens Sonnenschein", Enrico Berlinguer, singt ein ganz anderes Lied als Du, Genosse, über "die kostbare Wahrheit der Unidad Popular"! Wir bekämpfen jedoch entschieden die Ersetzung der politischen Auseinandersetzung durch polizeiliche oder sonstige Zwangsmaßnahmen, denn unser Eintreten für eine sozialistische Demokratie in unserem Land, das sich nicht im Bürgerkrieg befindet, ist auch ein Eintreten für das Recht aller, ihre politischen Vorstellungen durchsetzen zu können, sofern nicht der Sturz des Sozialismus ihr erklärtes Ziel ist.

Der Streich, den die Bürokratie gegen Dich geführt hat, gilt nicht der bürgerlichen Restauration, sondern der Zukunft des Sozialismus und wird in dieser oder jener Form auf sie selbst zurückfallen. Er wird die demokratischen Aktivitäten der Arbeiter, Angestellten, der Intelligenz und der Jugend nicht erwürgen, sondern verstärken. Das Anwachsen der Solidarität mit Dir gibt ein beredtes Zeugnis davon ab. (Ein Wort über die gegen Dich inszenierte Kampagne der 'Zustimmung' zu Deiner Ausbürgerung zu verlieren lohnt sich nicht - Du weißt ebensogut wie jeder DDR-Bürger, mit welchen schmählichen Mitteln so etwas bei uns zustande kommt.) Der neuerliche Angriff des bürokratischen Apparates auf die Möglichkeiten politischer Meinungsäußerung wird jedoch besonders die Energie der oppositionellen Kommunisten im Kampf für sozialistische Demokratie verdoppeln, seien sie nun Mitglieder der SED oder nicht, denn ihre Sache ist es, der wachsenden demokratischen Aktivität die sozialistische Perspektive zu geben und gegendie Versuche der Bourgeoisie anzugehen, die demokratischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und des Volkes für ihre Zwecke auszunützen. Nur wenn der Kampf um Meinungsfreiheit und sonstige demokratische Rechte verbunden wird mit der schonungslosen Entlarvung der demagogischen Freiheitsparolen, die durch die Bourgeoisie und ihre rechtssozialdemokratischen Agenten über die bürgerlichen Massenmedien eingeschleust werden, und dieser Kampf der Erringung der unmittelbaren Herrschaft der Arbeiterklasse untergeordnet ist, vermag er zur sozialistischen Demokratie zu führen. Sozialistische Demokratie ohne die direkte Machtausübung der Arbeitermassen ist unmöglich, wie letztere ohne die Organisierung der Arbeiter in durch sie selbst oder ihre Delegierten gebildeten Räten - welches auch immer deren konkrete, durch bestimmte Umstände bedingte und von den Arbeitern selbst gefundene Form sein mag -, in Räten, die die demokratische Kontrolle über die von den Arbeitern gewählten Vertretern nicht nur durch deren ständige Rechenschaftspflicht, sondern auch ihre jederzeitige Absetzbarkeit garantieren. Herrschaft der Arbeiterräte und sozialistische Demokratie sind eins. Die Vereinigung der Arbeiterräte im Maßstab des ganzen Landes wird nicht nur die Verwirklichung der demokratischen Rechte für alle Werktätigen ermöglichen, sie wird auch durch die wirkliche Teilnahme aller an der Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten den gesellschaftlichen Produktionsprozeß von seiner bürokratischen Deformation befreien. Die Errichtung der sozialistischen Demokratie muß daher die Tat der Arbeiter selbst sein. Deshalb muß auch heute den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter die größte Aufmerksamkeit seitens der oppositionellen Kommunisten geschenkt werden.

Nachdrücklich werden wir oppositionellen Kommunisten jedoch auch - so wie Du es immer getan hast - allen, die mit unseren heutigen Zuständen unzufrieden sind, und durch die Ausreise ins gesellschaftliche Gestern ihr Glück zu finden hoffen, verdeutlichen müssen, daß man aus dem Sumpf nicht in den Fluß, sondern an trockenes Land streben muß, um seine Füße dem Wasser zu entziehen. Die wichtigste Aufgabe jedoch, die vor uns oppositionellen Kommunisten in der Gegenwart steht, ist die Verbesserung unserer eigenen Befähigung, der Arbeiterklasse im Kampffür sozialistische Demokratie voranzugehen. Kommunistische Träume mögen uns anspornen, aber nur Kenntnis vermag uns zu befähigen. Das gründliche Studium der Schriften von Marx, Engels, Lenin und anderer kommunistischer Revolutionäre sowie die Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Gemeinschaft von Genossen wird uns in die Lage versetzen, die Fragen unserer Zeit und unserer Gesellschaft konkreter als bisher zu beantworten. Der kommunistische Zirkel ist die geeignete Form dazu. Er läßt sich vor den Augen der Bürokratie verbergen und gibt dem einzelnen die Kraft der Genossen, u.a. auch die Kraft, mit der Alltagsheuchelei fertig zu werden. Wo ein einzelner Genosse ist,muß er die Gemeinschaft der anderen suchen, wo die Diskussion unter befreundeten Genossen existiert, muß sie systematisch geführt werden und wo ein Zirkel bereits wirkt, muß er seine Verbindungen ausdehnen. Wenn jeder für sozialistische Demokratie eintretende Kommunist in einem Zirkel arbeitet oder noch besser, einen leiten wird, kann es die Bürokratie viel weniger wagen, einen von ihnen auszubürgern, wie es mit Dir geschah, weil die Kraft der kommunistischen Opposition dann bereits eine Macht sein wird.

Jetzt konnten wir Deine Ausbürgerung noch nicht verhindern, aber wir werden alles daran setzen, ihre Rücknahme zu erzwingen. Wir fordern jeden Bürger der DDR und besonders die Arbeiter auf, gegen die Aberkennung Deiner DDR-Staatsbürgerschaft zu protestieren und ihre Rücknahme zu verlangen, sei es durch Unterschriftensammlungen, Briefe an den Ministerrat oder sonstige Formen offenen Protestes. Diejenigen, die nicht dazu bereit sind, sei es, weil sie berufliche, familiäre oder sonstige Pressionen befürchten müssen oder weil ihnen einfach der Mut fehlt, fordern wir dazu auf, wenigstens anonyme Protestbriefe an die Regierung zu schreiben.

Lieber Genosse Wolf Biermann! Die Bourgeoisie und ihre rechtssozialdemokratischen Helfer werden in der nächsten Zeit Deine Ausbürgerung aus der DDR als willkommenen Vorwand für eine zügellose antikommunistische und gegen die



DDR-Künstler, die gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierten (Jutta Hoffmann, Stephan Hermlin)

DDR gerichtete Hetze mißbrauchen, um von ihren eigenen Schwierigkeiten abzulenken. Wir wissen, daß Du Dich entschieden dagegen verwahrst. Unter den für Dich jetzt veränderten Umständen, die Dich unmittelbar in die Klassenauseinandersetzung in die BRD stellen, solltest Du Dir keine Gelegenheit entgehen lassen,öffentlich zum Kampf gegen die Berufsverbote, gegen die Einschränkung demokratischer Rechte und für den Sozialismus in der BRD aufzurufen. Je mehr die Bourgeoisie versucht, kommunistische 'Abweichler' als Bündnispartner zu vereinnahmen, um so nachdrücklicher müssen diese ihr 'auf die Pfoten hau'n' und den existierenden Sozialismus, der selbst in seiner deformierten Form eine große Errungenschaft der internationalen Arbeiterklasse ist, gegen die Kritik des historischen 'Gestern' verteidigen.

Du hast Dir Deine jetzige sehr unangenehme Lage nicht ausgesucht. Aber verliere nicht den Mut, unser Ziel lohnt. Vertraue auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Werktätigen unseres Landes - sie werden Dich zurückholen!

Du bleibst ein Bürger der DDR, weil die Bürger dieses Landes es wollen. Singe ihnen Deine Lieder, denn sie werden gebraucht. (Davon konnte man sich übrigens durch den massenhaften Kauf von Tonbändern unmittelbar vor der Übertragung Deines Auftrittes in Köln im Fernsehen und Rundfunk der BRD überzeugen.) Singe Deine Lieder jedoch so, daß nicht ihr Transportmittel den Inhalt verschlingen kann; sie finden ohnehin den Weg zu uns.

Die breite Solidarität mit Dir in der DDR hat unsere Bürokratie in Furcht versetzt. Nichts vermag dies besser auszudrücken als die Verhaftung oder Bewachung Deiner Freunde, das Riesenaufgebot an bewaffneter Macht, um Künstler zu 'schützen' usw. Doch es wird ihr nichts nützen: Die sozialistische Demokratie kann man aufhalten, verhindern kann man sie nicht. Unser Sieg über den bürokratischen Absolutismus ist gewiß, weil er historisch notwendig und das tiefe Bedürfnis der Arbeiterklasse ist.

Wir wünschen Dir Kraft und Stärke, den Kampf für sozialistische Demokratie weiterzuführen und uns noch viele kommunistische Lieder, die die Arbeiterklasse ermutigen, ihr Werk zu vollbringen. Aber auch die Ermutiger brauchen Ermutigung, heißt es in einem Deiner Lieder. Dieser Brief soll Dir Ermutigung sein. Wir bitten Dich, ihn der sozialistischen und kommunistischen Presse in der BRD zur Veröffentlichung zu übergeben. Wenn wir diesen Brief anonym verfassen, so nicht, weil wir jene Dir schmeichelnden Freunde, "scharf sind auf die scharfen Sachen und selbst in die Hosen machen", sondern weil wir weiterhin auch in der Partei gegen die Herrschaft der Bürokratie und ihres Apparates kämpfen wollen. Angesichts der jetzt noch bestehenden Schwäche der innerparteilichen Opposition halten wir unseren Ausschluß aus der Partei im Moment für unzweckmäßig; und der Kampf gegen eine gerissene Bürokratie und ihren Zwangsapparat kann nicht allein mit offenen Protesten geführt werden.

Mit solidarischen kommunistischen Grüßen
Oppositionelle Mitglieder der SED
November 1976



ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN
THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES
Aus dem Inhalt: Nr. 3
Unsere Einschatzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenuber – Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung – Berichte und Diskussionen von der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere (Frankreich). Dokumente von Lutte Ouvriere zum Wahlkampf 1974 – Thesen zur Arbeitslosigkeit – Trotzkismus in Ceylon

Biermanns Ausbürgerung und der Opportunismus

Um es gleich zu Beginn klarzustellen: Selbstverständliche Pflicht jedes Marxisten ist es, aktive Solidarität mit Biermann und Havemann zu üben; das bedeutet konkret, die sofortige Rücknahme der Ausbürgerung Biermanns und die Aufhebung des Berufsverbotes gegen ihn und Havemann zu fordern.

Doch diese Ebene der Solidarität ist noch nicht geeignet, die politischen Fragen und Probleme, die anläßlich der Ausbürgerung Biermanns im Mittelpunkt standen und noch immer stehen, zu klären, ja noch weniger, sie kann nichts zu deren Klärung beitragen,- denn ohne Zweifel würden wir auch das Recht auf Arbeit eines Christen in der DDR, bzw. einem anderen deformierten Arbeiterstaat, verteidigen. Notwendig ist also mehr. Zu den Aufgaben der Marxisten gehört es, den Teil der Opposition in den Arbeiterstaaten, der sich auf den Marxismus, auf die Arbeiterklasse beruft, in die Diskussion und Auseinandersetzung mit einzubeziehen, d.h. nicht einfach in Entzücken auszubrechen, *"daß es da überhaupt was gibt"*, sondern den konkreten Aussagen dieses Teiles der Opposition kritisch zu begegnen. Nur so können die richtigen Ansatzpunkte (wie sie nicht nur bei Biermann vorhanden sind) verallgemeinert werden, d.h. nur so können die Illusionen und ideologischen Reste des Stalinismus bei diesen Kritikern überwunden werden.

Die Erfahrungen der Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten zeigen deutlich, daß die Isolation, sowie Druck und offene Repression von Seiten der Bürokratie zur Folge haben, daß die Erarbeitung von unabhängigen (vom Stalinismus unabhängigen) Klassenstandpunkten zumeist nur im Ansatz möglich ist, der stalinistischen Bürokratie oft nur ein undefiniertes 'Demokratie'-Modell entgegengestellt wird. Isolation und Repression führen denn dann auch oft dazu, daß die positiven Ansätze mehr und mehr degenieren, das vage Festhalten an der 'Demokratie' zum allein Bestimmenden in den Aussagen der Opposition wird. Der 'harte' Teil der Opposition wird vernichtet (meist im buchstäblichen Sinn des Wortes), der 'weiche' Teil findet zurück zur Bürokratie.

Diese Entwicklung sehen wir bei der Harich-Gruppe in der DDR, ebenso wie bei den Trägern des 'Prager Frühlings' und bei weiten Teilen derer, die die ungarische Revolution geführt haben. Und wir sehen deutliche Aspekte dieses - man kann fast sagen - Gesetzes bei Biermann und Havemann. Die Ursachen dafür sind in der Realität einer vom Stalinismus beherrschten Gesellschaft zu suchen, wo im Namen des Kommunismus jede geistige Freiheit unterdrückt wird, wo also jede wirkliche Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung unterdrückt wird. Diese Auseinandersetzung ist aber lebenswichtig, um Analysen und Standpunkte entwickeln zu können. Unterdrückung im Betrieb und Unterdrückung der freien politischen Diskussion gehen miteinander einher und haben ein Anwachsen der Illusionen in die 'Demokratie' zur Folge. Auf der Ebene der Parteien äußert sich dies konkret in Illusionen in die Sozialdemokratie, die als weniger rigide, als demokratischer als der Stalinismus verstanden wird und schließlich doch auch den 'Sozialismus' will. Der 'harte' Stalinismus, mit seinen Prozessen und Irrenhäusern wirkt abschreckend gegenüber einer Sozialdemokratie, die zwar auch ihre Noskes hat, diese aber geschickt zu verbergen weiß. Diesem 'demokratischen' Druck erliegen nicht nur große Teile der Arbeiterklasse sowohl in den imperialistischen Ländern, als auch in den deformierten Arbeiterstaaten, nicht nur der Großteil der Opposition in den zuletzt genannten Staaten, sondern auch weite Teile der, sich auf den Trotzkismus berufenden, Bewegung. Diese Illusionen, dieses Nachgeben besteht heute nicht nur gegenüber der Sozialdemokratie, sondern auch gegenüber dem sogenannten 'Euro-Kommunismus', der ja - so viele 'Trotzkisten' - 'sozialdemokratisierter' Stalinismus ist, was für die Verfechter dieses Gedankens dann auch stets bedeutet: sympathischer, demokratischer, usw.

Eine Folge der Isolation ist, daß die Träger der Opposition zumeist völlig oder doch weitestgehend ohne Dokumente und Bücher auskommen müssen, in denen die Entwicklung der Klassenkämpfe in den imperialistischen Staaten, sowie in den unterentwickelten Ländern vom marxistischen Standpunkt ausgehend analysiert werden, ja selbst die Kenntnis davon, was geschehen ist und geschieht, bleibt ihnen oft verwehrt. Die Rekonstruktion der Prinzipien des Leninismus wird so ein mühevoller Weg, wenngleich die Schriften Lenins ein Schlag ins Gesicht der Bürokratie sind, in deren Auftrag sie gedruckt werden.

So ergibt sich die Aufgabe und Verantwortung der Marxisten gegenüber der Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten: Uneingeschränkte Verteidigung gegenüber den Angriffen der Staatsmacht, kritische Auseinandersetzung mit den politischen Aussagen dieser Opposition, die isoliert nie zur Führung der politischen Revolution werden kann!

DAS 'VEREINIGTE SEKRETARIAT' UND DIE AUSWEISUNG BIERMANNS

Das 'Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale' (dessen österreichische Sektion die GRM ist) bewies anläßlich der Ausbürgerung Biermanns, wie die oben genannte Aufgabe nicht eingelöst werden kann, indem es einfach alle Illusionen und falschen Ansichten in den Aussagen Biermanns umdeutete, oder - noch schlimmer - einfach verschwieg.

Wir beziehen uns in unserer Kritik auf die 'rotfront' vom Dezember 1976 und die 'inprekorr' Nr. 73.

Auffallend ist, daß beide Publikationen die wiederholt von Havemann und Biermann geäußerte 'Hoffnung' auf die 'Selbstreformierung' der Bürokratie, sowie deren Stellung zum 17. Juni 1953 - der politischen Revolution in der DDR - einfach verschweigen. Biermann sagte während seiner Kölner Veranstaltung klar und deutlich, daß er den Einmarsch der Roten Armee im Juni 1953 unterstützt hätte - wenn auch mit einer *"Träne in den Augen"*! Wird dies verschwiegen, so wird die Stellung zum 'Euro-Kommunismus', zur DDR und den anderen deformierten Arbeiterstaaten, zur Volksfront einfach umgedeutet, so daß letztlich am Schluß dieser Prozedur der 'unbewußte Trotzkist' Biermann vor uns steht und sich damit (unbewußt) in die Galerie der Lieblinge des 'Vereinigten Sekretariats' einreiht!

BIERMANN UND DER 'EURO-KOMMUNISMUS'

Die Aussagen Biermanns zum 'Euro-Kommunismus', so 'rotfront' und 'inprekorr', sei *"zwiespältig, da sie sich kaum auf die aktuelle Rolle der erwähnten KPen in den Klassenkämpfen ihrer Ländern stützt, noch die konkrete Entwicklung ('Sozialdemokratisierung') dieser stalinistischen Parteien in Betracht zieht"*. ('inprekorr', Seite 9)

Und die 'rotfront': *"Allerdings wäre es vermessen, von der aktuellen Sympathie (!) Biermanns für den sogenannten 'Euro-Kommunismus' auf ein bereits völliges Übereinstimmen mit dem Reformismus zu schließen. Im 'Lied über den Kameramann' etwa, das sich auf den Putsch in Chile bezieht, warnt Biermann gerade vor den katastrophalen Folgen eines reformistisch-friedlichen Wegs: ...Biermanns Illusionen in die westeuropäischen KPen erklärt sich wohl nicht nur aus der Isolation...Sie dürften möglicherweise auch durch die breite 'Kulturdiskussion' (!) in den 'liberalen' KPen bestimmt sein"*.

Entweder die Genossen der GRM und der GIM (der deutschen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats', von der der Beitrag in der 'inprekorr' stammt) sind völlig uninformiert - was schwer zu glauben ist - oder sie verschweigen wieder Tatsachen, um bei ihren Deutungen nicht in Schwierigkeiten zu geraten.

Schon vor Monaten bezog sich Biermann bei seiner Unterstützung des 'Euro-Kommunismus' klar auf das Buch 'Spanien nach Franco', in dem der Generalsekretär der spanischen KP Santiago Carillo recht eindeutig seine politischen Aussagen trifft, deren Verwirklichung eine Niederlage für die Arbeiterklasse zur Folge hätte. Die Aussagen Carillos haben - so scheint es uns - sehr wenig mit 'Kulturdiskussion' zu tun, sie betreffen vielmehr ganz konkret die Strategie und Taktik des spanischen Proletariats im Kampf gegen die Diktatur. Weiters werden Berlinguers Bücher in der DDR gedruckt, die wesentlichen Dokumente und Resolutionen der spanischen, französischen und italienischen KP sind in den diversen stalinistischen Publikationen zu finden, so daß die konkrete Politik des 'Euro-Kommunismus' für Biermann keineswegs ein unbeschriebenes Blatt ist. Der Faktor der Isolation - der natürlich zu berücksichtigen ist - wird beim 'Vereinigten Sekretariat' zur Gelegenheit zu vertuschen. Das 'Lied vom Kameramann', in dem Biermann meint, daß die *"Macht aus den Fäusten und den Mündungen der Gewehre kommt"* steht keineswegs in Widerspruch zu den Illusionen in Berlinguer und Carillo, vielmehr zeigen GRM und GIM bloß auf, daß sie das Problem des Reformismus und der Volksfront nicht begriffen haben. Der Gegensatz zwischen Volksfrontpolitik und revolutionärer Politik liegt keineswegs auf der Ebene des Schießens, sondern in der konkreten Politik. Es ist falsch zu glauben, daß die Volksfront (der Reformismus) nie zum Gewehr greifen wird. Entscheidend bleibt, daß auch wenn dies geschieht (Spanien 1936, Österreich 1934), die Politik der Reformisten - d.h. die Etappentheorie - diesen bewaffneten Kampf leerlaufen läßt. Die marxistische Kritik am Reformismus bleibt also nicht beim Gewehr stehen, sondern bezieht sich auf das Etappen-Modell der Reformisten. Für die Erreichung der 'demokratischen' Etappe der Revolution werden die Reformisten - wenn es sich nicht vermeiden läßt - zuweilen auch mit dem Gewehr kämpfen, aber sie werden vor und während dieses Kampfes, durch ihre Politik den Sieg der Arbeiterklasse auf dem Schlachtfelde verunmöglichen. Das ist der entscheidende Punkt!

Gegen den Faschismus wird Berlinguer die Arbeiter Italiens zur Waffe rufen. Aber er wird dies in einem Moment tun, wo die jahrelange Verratspolitik der Partei die Arbeiter bereits entmutigt und desorientiert hat. Ist Biermanns Kritik an der 'Unidad Popular' also wohl ein Ansatzpunkt einer revolutionären Kritik, so ist sie doch keineswegs der Gegensatz zum Reformismus, als den das 'Vereinigte Sekretariat' sie so gerne sehen möchte.



DIE DDR - DER "BESSERE TEIL" DEUTSCHLANDS ?

Es ist geradezu köstlich mitanzusehen, wie in der 'inprekorr' aus der Aussage Biermanns, daß die DDR der *"bessere Teil"* Deutschlands sei, sowie seiner Feststellung, nach der in diesem Staat eine *"Bürokratie"* herrsche, eine marxistische Position zu den deformierten Arbeiterstaaten zusammengebastelt wird.

Nun könnte man natürlich meinen, der Satz vom *"besseren"* Teil Deutschlands sei eben nur eine unsaubere Formulierung, hinter der ein korrektes Verständnis steht. Um Biermanns Position aber richtig einordnen zu können, ist es unumgänglich, den Zusammenhang zu den 'Hoffnungen' auf die Selbstreformierung der Bürokratie - was sich in der völlig unkritischen Stellung zum 'Prager Frühling' niederschlägt - sowie zur Stellung zum 17. Juni 1953 herzustellen, wo Biermann mit einer konkreten Revolution gegen den Stalinismus konfrontiert ist und wo er so weit geht, dieser 'faschistische' Züge anzudichten!

Für Marxisten stellt sich das Problem der deformierten Arbeiterstaaten nicht auf der Ebene des *"Besseren"* bzw. *"Schlechteren"*, oder anders ausgedrückt: die Frage, ob die DDR der *"bessere Teil"* Deutschlands, der BRD also vorzuziehen sei, kann weder mit ja noch mit nein beantwortet werden, noch zeigt der, der sie mit ja beantwortet, damit sein marxistisches Verständnis der Problematik.

Der deformierte Arbeiterstaat (die DDR) stellt eine gewaltige Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung dar. Ganze Generationen der Arbeiterklasse begreifen das stalinistische Regime als Beweis der Unmöglichkeit des Sozialismus (dieses Problem wird von Biermann ja richtig erkannt). Demokratische Illusionen, damit verbunden die Kraft der Sozialdemokratie, haben in diesen Regimen ihren ständigen Nährboden. Die DDR ist also nicht *"besser"* und nicht *"kostbarer"* als die BRD, sondern sie manifestiert - auf ihre Art und Weise - die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse durch den Faschismus. Diese DDR konnte - als stalinistisches Regime - nur entstehen, weil einerseits der Stalinismus den Bolschewismus in der Sowjetunion und der Komintern vernichtet hatte, und andererseits die Kampfkraft der deutschen Arbeiter durch den Faschismus weitestgehend gebrochen war, d.h. sie die Errichtung des bürokratischen Regimes nicht verhindern konnten.

Aber das Ergebnis dieser Niederlage waren ökonomische Verhältnisse, die - historisch betrachtet - höher stehen, als jene des Kapitalismus. Allein deshalb verteidigen Marxisten diese Staaten gegen den Imperialismus im Falle eines bewaffneten Angriffes. So gesehen ist es falsch, so wie Biermann von einem *"großen gesellschaftlichen Experiment"* in der DDR zu sprechen. Tatsächlich sehen wir in allen deformierten Arbeiterstaaten auf der grundlegenden Basis einer nichtkapitalistischen Produktionsweise einen gesellschaftlichen Überbau, der all die Übel des Kapitalismus aufweist. Die Feststellung der *"bürokratischen Herrschaft"* in der DDR durch Biermann, stellt wohl einen Ansatzpunkt zu einer revolutionären Position, keineswegs aber diese selbst dar.

Biermanns politischer Standort läßt sich nur bruchstückehaft erkennen - gerade deshalb ist der Versuch von GRM und GIM, aus ihm einen 'unbewußten Trotzkisten' zu machen, ja so lächerlich - da keine geschlossene Darstellung seiner Positionen vorliegt, wir also auf einzelne, voneinander getrennte Äußerungen angewiesen sind. Aber selbst aus diesen wird der Druck, dem er ausgesetzt war (und ist), deutlich. Gerade sein Bekenntnis zum 'Euro-Kommunismus' zeigt die Tendenz zum 'Demokratischen Sozialismus' an, was ja nichts anderes ist, als eine unklare, nicht gefestigte Tendenz zur Sozialdemokratie, die ja auch anders reden kann, als Schmidt oder Kreisky.

Diese Tendenz findet sich bei fast allen Oppositionsströmungen in den deformierten Arbeiterstaaten, auch bei jenen, die sich ausdrücklich als 'kommunistisch' verstehen und sie ist - wie schon gesagt - Ergebnis und Widerspiegelung des 'tagtäglichen Stalinismus'. Genau in dieser Linie liegt auch das Bekenntnis Biermanns zu Rosa Luxemburgs Bemerkungen zur Oktoberrevolution. Man braucht uns nun nicht zu erklären, daß

SONDERNUMMER 1
der 'permanenten revolution':

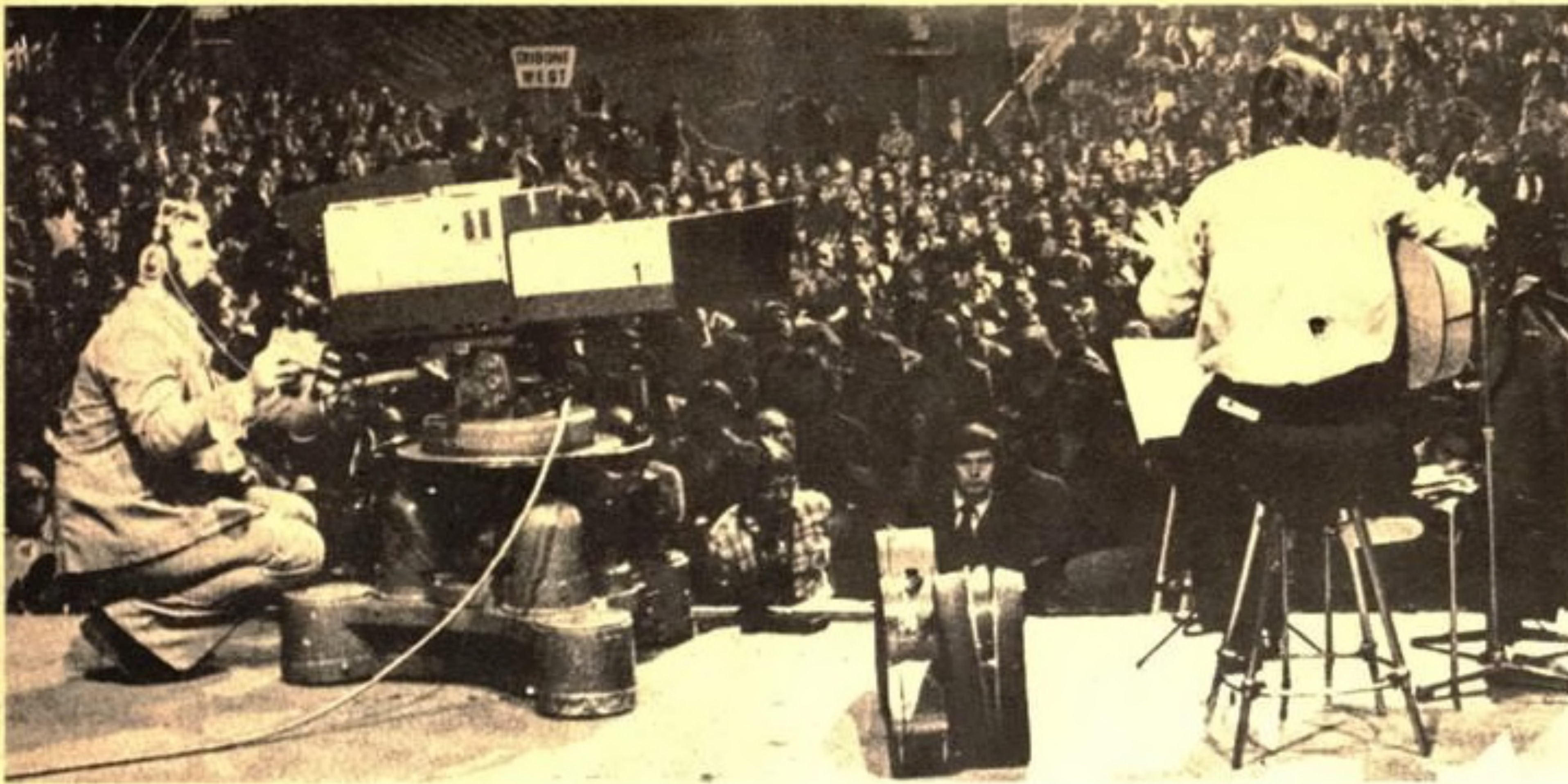
Programmatische Erklärung der IKL

Umfang: 64 Seiten Preis: öS 10.-

Geplant sind:

Sondernummer 2: Kritik des österreichischen Maoismus

Sondernummer 3: Kritik an der 'Geschichte der 4.Internationale' von P. Frank unter Berücksichtigung der Politik des 'Vereinigten Sekretariats der 4.Internationale' und seiner österreichischen Sektion, der GRM



Luxemburg Kommunistin war und ihre Lehren zu den festen Bestandteilen der revolutionären Programmatik gehören. Nichtsdestoweniger ging sie in ihrer Kritik an einzelnen Handlungen der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution vom Standpunkt der abstrakten 'Demokratie' heran, obwohl sie natürlich solidarisch bei der russischen Revolution stand. So wird denn jeder Marchais, Carillo und Berlinguer diese Passagen der großen Revolutionärin zustimmend zitieren und das Gesamte der Lehre Luxemburgs täglich verraten.

Bemerkenswert noch, daß die 'inprekorr' Biermanns Sich-Berufen auf Luxemburg erwähnt, dies auch zitiert, ohne aber eine klärende Bemerkung anzubringen, die den historischen Stellenwert der Position Rosa Luxemburgs zur russischen Revolution erklärt.

Doch demokratische Illusion und Bekenntnis zur Unterdrückung der Arbeiterklasse im Sommer 1953 in der DDR sind eben nur oberflächlich betrachtet widersprüchliche Positionen. In der Tat werden die 'Euro-Kommunisten' mit Gewalt die Revolution unterdrücken und sie werden dabei an der Seite der Sozialdemokratie und der 'harten' Stalinisten stehen. Sicher, die FCI wird die Durchführung einer 'Kultur-Debatte' in der Partei dulden, aber sie wird gleichzeitig jede marxistische Opposition schonungslos unterdrücken. So liegt die 'Widersprüchlichkeit' Biermanns innerhalb der reformistischen Erscheinungsformen und nicht - wie es GRM und GIM glauben - zwischen Revolution und Reform.

Biermanns Äußerungen sind klarer und sie bieten mehr Ansatzpunkte als jene von anderen Strömungen der Opposition in den deformierten Arbeiterstaaten - wenngleich er erst jetzt zeigen muß und wird, wohin er sich entwickelt. Und eben,um zu verhindern, daß er demokratischen Illusionen gänzlich erliegt, ist Kritik an seinen politischen Positionen nötig. Die Methode des 'besser das, als gar nichts',wie sie uns die 'rotfront' und die 'inprekorr' zeigen, ist völlig untauglich, weil opportunistisch!

Zum Prozeß gegen W.Boock

Österreichs Presse liefert uns ein packendes Bild der Angeklagten. Schon vor dem eigentlichen Prozeß entgeht es der 'Kronen-Zeitung' nicht, daß eine kontrollierende Beamtin "ihre Aufgaben so ernst (nimmt), daß sie einer hübschen Reporterin den Pullover so herunterzieht, daß man diskret zur Seite blicken kann". Charmant.

Oberhaupt, wenn man die Aufregung bedenkt - stand doch Waltraud Book vor Gericht, die nicht nur eine Bank überfallen, sowie einen Mittelschulprofessor zur Seite gestoßen hat (so etwas tut man in diesem Lande nicht ungestraft) und dann doch - so sagt man - drei Schüsse auf einen Polizisten abgab. Doch dies alles wäre an sich noch nicht so schlimm.

Waltraud Book bekennt sich darüberhinaus aber noch zu den Freiheitskämpfern des palästinensischen Volkes und ist erklärtermaßen eine Gegnerin von "Imperialismus und Faschismus". Da muß ein dümmlich-stupider Gerichtsreporter natürlich genauer hinsehen. Was die Meute zur Weißglut bringt, ist die "lässige Art" der Angeklagten, die "betont lässig" (das auch noch) vor der Anklagebank steht. Ist's bei der 'Presse' bösartige Wut über das fehlende Recht auf Prügelstrafe für solche Angeklagte? "Teils hingelümmelt auf der Anklagebank, teils beim Stehen mit schlaff vornüberhängenden Oberkörper". Bei einem 'gesunden Geist, in einem gesunden Körper' wäre das nicht passiert, nicht wahr, Herr 'Presse'-Reporter?

Doch auch das Gesicht der Waltraud Book wird unter die Lupe genommen (lassen sich Spuren von Geisteskrankheit erkennen, wie bei der Meinhof? fragt sich die Meute atemlos). Was bei der 'Presse' "hart" ist, wird bei der 'AZ' "hübsch und spitzbübisch", wenn es nicht - ach - "vorzeitig gealtert wäre".

Was die Bande dann allerdings vollständig aus der Fassung bringt, ist die Kleidung der 'Terroristin'. " Die übrige Aufmachung ist mit Norwegerpullover, weißem Ausschlaghemd, hautenger Samthose und Stiefletten auch eher sportlich-leger", weiß die 'Kronen-Zeitung' genau und modebewußt zu berichten. Die 'Presse' wieder hat für solch modischen Mumpitz angesichts der drohenden Gefahr für Österreich nichts über. Militärisch knapp: Pullover, Hose und natürlich (?) Stiefel. Natürlich? Ach so, ja, wir verstehen ... Flintenweiber. Klar.

Hat man diese Palette menschlicher Niedertracht hinter sich gelassen, so wird einiges klar.

Der Prozeß gegen Waltraud Book wurde von der Klassenjustiz als politischer Prozeß geführt, was sich auch in der Verhängung der Höchststrafe niederschlägt. Der Bankraub wird dabei für die Justiz zur Nebensache. 'Normale' Bankräuber, die noch dazu, wie Waltraud Book, nicht vorbestraft sind, bekommen nie die Höchststrafe von 15 Jahren.

Diese Behauptung wird durch folgendes untermauert. Der Verteidiger Books, führte in seinem Plädoyer aus, daß seine Mandantin "nicht aus niederen Motiven" gehandelt habe, d.h. daß sie sich nicht bereichern wollte. Die Antwort des Staatsanwaltes schafft völlige Klarheit: "jeder, der diese Gesellschaft abschaffen will, handelt aus einer niederen Gesinnung heraus".

Bei dieser Feststellung wachte auch der anwesende Vertreter der 'Volksstimme' auf und stellte am nächsten Tag fest, daß diese Behauptung "mehr als eigenartig" klinge. Zu mehr konnte sich die KPÖ allerdings nicht aufraffen.

Der Verteidiger der Angeklagten - deren Versuche vor Gericht politisch zu argumentieren vom Vorsitzenden des Tribunals rigoros unterbunden wurden - stellte nach dem Prozeß im Rundfunk fest, daß er Einwände gegen Mitglieder des Gerichtes vorbringen hätte können, wenn nicht die Gefahr von Berufsverbot drohe!

Hier schließt sich der Kreis. Die Höchststrafe von 15 Jahren sind eine logische Konsequenz eines reaktionären Prozesses gegen Waltraud Book, der eine offene Drohung an die gesamte Linke darstellt. Der Bankraub an sich war den Richtern, Staatsanwälten und ihren Herrn - um es im landesüblichen Ton auszusprechen - 'powidl'!

Zynische Polit-Show in London

Eine Mischung aus unfreiwilligem Humor und Zynismus legten die führenden Köpfe des 'Vereinigten Sekretariats' bei einer öffentlichen Veranstaltung am 14. Jänner in London an den Tag.
Bei Anwesenheit zahlreicher 'Prominenz' (E.Mandel, Georg Novack, Tariq Ali und der kürzlich dazugestoßene Tim Wohlforth) sprach man zum Thema: "Für Arbeiterdemokratie - Gegen Verleumdung". Anlaß dieses Meetings war die widerwärtige Verleumdungskampagne, die seit geraumer Zeit von der britischen WRP (Worker's RevolutionaryParty) gegen Joe Hansen und Georg Novack, zwei Leitungsgenossen der SWP (Socialist Worker'sParty), geführt wird. Diese werden völlig ungerechtfertigt beschuldigt, der Ermordung Trotzkis durch einen GPU-Agenten Vorschub geleistet zu haben.

Wir lehnen diese Kampagne auf das Schärfste ab und haben dazu in der Nr. 5 der 'permanenten revolution' eine entsprechende Resolution veröffentlicht.

Die besondere Pikanterie dieses Meetings besteht aber gerade darin, daß einer der 'Starredner' dieses Abends ausgerechnet PierreLambert, der Führer der OCI (Organisation Communiste Internationaliste) war.Dazu muß man wissen, daß dessen eigene Organisation in Frankreich eine Kampagne organisiert hat, die jener der WRP gleicht wie ein Ei dem anderen. Sie ist gegen Michel Varga, ein ehemaliges Mitglied von Lamberts Organisation gerichtet. Dieser wird - gleichfalls ohne Beweise - beschuldigt gleichzeitig Agent sowohl der GPU als auch des CIA zu sein.

Darüberhinaus pflegen Schlägerkommandos der OCI für gewöhnlich Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer der Varga-Gruppe physisch zu attackieren, wenn diese es wagen, bei OCI-Veranstaltungen aufzutauchen. Bei solchen Gelegenheiten, sind auch schon Mitglieder der französischen Sektion des 'Vereinigten Sekretariats' verprügelt worden, wenn sie versuchten die angegriffenen Genossen zu schützen!

So ist Lambert fürwahr der geeignete Mann, um über Arbeiterdemokratie zu sprechen!

Bei all dem ist es eigentlich gar nicht mehr verwunderlich, daß dem führenden Genossen der WRP - Gerry Healy, der bei der Veranstaltung, die als ein Tribunal über ihn aufgezogen war, anwesend war und sich zu Wort meldete, keine Gelegenheit eingeräumt wurde, sich zu verteidigen und zu den gegen ihn vorgebrachten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Unter Mißfallsäußerungen eines beträchtlichen Teiles des Publikums schloß der Vorsitzende das Meeting, ohne Healy das Wort zu erteilen!

Und das alles unter dem Motto: "Verteidigung der Arbeiterdemokratie"!

Abonniert die 'permanente revolution'

Der Ausbau unseres Abonnentenstammes ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Organisation im Zusammenhang mit den Aufgaben des Zentralorgans!

Deshalb haben wir beschlossen bis zum 1.Juli eine Werbekampagne durchzuführen, wobei diejenigen Leser der 'permanenten revolution', die diese abonnieren, die im Mai erscheinende Broschüre "Die chinesische Revolution" von Peng Shu-tse gratis erhalten!

Dieses Werk analysiert die Politik der chinesischen KP vor der Machtergreifung und geht dann auf wesentliche Stationen in der Entwicklung der VRChina ein.

Der Autor, gehörte zu den führenden Mitglieder der KPChinas und war einer der Gründer der chinesischen Linksopposition und der trotzkistischen Bewegung Chinas. Peng Shu-tse lebt heute in den USA und ist Mitglied der SWP. Die Arbeit erscheint zum ersten Mal in deutscher Sprache.



Fortsetzung von Seite 10

"Genosse Stalin ist der Lehrer und Freund der Menschheit und des chinesischen Volkes. Er hat die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus fortentwickelt und umfassende Beiträge für die kommunistische Weltbewegung geleistet." (Mao in Moskau bei einer Feierstunde zu Stalins 70sten Geburtstag, zitiert nach Mao-Chronik, S.117)

Als Beispiel: Die Landreform

Bevor wir auf die Gründe der Machtübernahme der KP eingehen, wollen wir die Probleme der chinesischen Revolution anhand der entscheidensten Frage überhaupt - der Landreform - nochmals genauer behandeln. Nirgendwo wird deutlicher, daß die Befreiung der Bauern vom feudalen Joch - 'an sich' eine Aufgabe der bürgerlichen Revolution - engstens verknüpft ist mit der Zerschlagung des Kapitalismus.

Die Besonderheit der Verhältnisse auf dem Land war einmal durch den Faktor gekennzeichnet, daß es den Feudalismus wie in Europa nie gegeben hatte; auf Grund der Notwendigkeit, die Bewässerung des Landes in großem Stil zu organisieren, entwickelte sich eine Art zentralisiertes Beamtentum (Marx bezeichnete diese Besonderheit als asiatische Produktionsweise). Das Eindringen des Imperialismus zersetzte nicht nur die gewachsenen Strukturen, er verhinderte auch, daß sich die nationale chinesische Bourgeoisie zu einer entscheidenden Kraft in der Gesellschaft entwickeln konnte. In China standen sich also nicht feudale Herrschaft und aufstrebende Bourgeoisie im Kampf um die Staatsmacht gegenüber, die herrschenden Klassen in Stadt und Land waren durch tausende Fäden miteinander verknüpft. Dazu kam noch folgender Umstand: Da das städtische Kleinbürgertum und die nationale chinesische Bourgeoisie in ihrer Entwicklungsmöglichkeit durch den Imperialismus drastisch eingeengt war, kehrte das Kapital aufs Land zurück, wo es in Form des Wucherkapitals die armen Bauern zu Schuldnern machte.

"In China gibt es keine Landbesitzerklasse, die in Opposition zur Bourgeoisie steht. Der am meisten verbreitete und gehaßte Ausbeuter auf dem Dorf ist der wuchernde, wohlhabende Bauer, der Handlanger des städtischen Bankkapitals. Die Agrarrevolution hat daher in China ebensoviel antifeudalen wie antibürgerlichen Charakter." (Trotzki, China II, S.20)

Aber mit der Besetzung und Aufteilung von Grund und Boden allein ist es nicht getan. Um die Lage der Bauern und der



Mao mit 'väterlichem' Freund

unterdrückten Teile des städtischen Kleinbürgertums zu bessern, ist es notwendig, daß China wieder zu einer eigenständigen Wirtschaft findet, das Joch des Kapitalismus überhaupt abschüttelt:

"Für China ist heute wesentlich, nationale Einheit und wirtschaftliche Souveränität zu erlangen, d.h. Zollautonomie, oder richtiger ein Außenhandelsmonopol, das bedeutet: Emanzipation vom Weltimperialismus..." (Trotzki, China II, S.37)

Aber was bedeutet *"Emanzipation vom Weltimperialismus"*? Das kann nur bedeuten, daß die Landreform mit der Erschütterung des bürgerlichen Eigentums überhaupt verbunden sein muß:

"Nicht ein einziges Land kann sich, wenn es kapitalistisch bleibt, von der Wirkung des Wertgesetzes losreißen, und sei es in veränderter Form. Und gerade hier wird es durch die Lawine des amerikanischen Monopolismus erdrückt. Widerstand wäre höchstens auf politischer, besonders militärischer Grundlage möglich, aber auf Grund der amerikanischen wirtschaftlichen Überlegenheit würde dies kaum erfolgreich sein." (Preobraschenskij, Die neue Ökonomik, S.202)

Um sich also vom unmittelbaren ökonomischen Zugriff des Imperialismus zu befreien, um letztlich die ungeheure Rückständigkeit der chinesischen Wirtschaft zu überwinden, ist es notwendig, dem imperialistischen Monopol das Monopol der Planwirtschaft entgegenzustellen. Die KP hat bis 1950 keinen Punkt einer derartigen Politik aufgegriffen, weder in Theorie noch in der Praxis. Jedoch historische Gesetze kann man nicht umgehen. Wie wir noch sehen werden, war die KP gezwungen, um die Grundlagen ihrer Herrschaft zu sichern, die bürgerliche Revolution in ihr proletarisches Stadium überzuführen, das bürgerliche Eigentum zu liquidieren.

Die Gründe für den Sieg der KP Chinas

Die Kuomintang war als siegreiche Konterrevolution aus 1927 hervorgegangen, doch um den Preis, daß sie sich von breiten Teilen des chinesischen Volkes isolierte. 1946 war sie reif zum Sturz, ein durch und durch verfaultes Regime, das durch seine Unterdrückung der Arbeiter und Bauern auf der einen, und die Unfähigkeit, gegen den Imperialismus zu kämpfen auf der anderen Seite, den Haß aller Volksschichten auf sich gezogen hatte. Ihr einziges Mittel, sich an der Macht zu halten, war mit fliegenden Fahnen in das Lager des amerikanischen Imperialismus überzulaufen. Sogar bürgerliche Historiker müssen die Verrottetheit der Kuomintang zugeben:

"Die Kuomintang-Regierung war nicht in der Lage, alle von den Japanern geräumten Gebiete ordnungsgemäß zu übernehmen, denn es fehlten ihr dazu die primitivsten Voraussetzungen, z.B. die notwendigen Transportmittel für die Truppen. Sie war durch den langen Krieg viel zu geschwächt, Korruption und innerliche Zerklüftung hatten ihre Kräfte weitgehend aufgezehrt." (Willing, Neueste Geschichte Chinas, S. 195f)

Der Haß der Volksmassen gegen das Kuomintang-Regime widerspiegelte sich auch in der Armee. Chiang Kai-shek war nicht in der Lage, eine einsatzfähige Armee auf die Beine zu stellen. Peng Shu-tse berichtet, daß ein Großteil der einfachen Soldaten zwangsrekrutiert wurde. Während sich die Spitzen der Armee jeden Luxus leisteten, wurde der Sold der einfachen Soldaten gekürzt. Der Kampfwille der Truppen war dementsprechend. Kein Wunder, daß vor allem gegen Ende des Bürgerkrieges ganze Abteilungen offen zur 'Roten Armee' desertierten. Ein weiterer Punkt war die ungeheure Korruption, die in der Kuomintang herrschte. Sie war ein Faß ohne Boden, die amerikanische Hilfe versickerte in undurchschaubare Kanäle, mehrere Quellen berichten, daß amerikanisches Kriegsmaterial plötzlich in den Händen der 'Roten Armee' auftauchte:

"Amerikanische Fachleute stellten fest, daß die Nationalisten keine Schlacht wegen Mangel an Waffen und Munition verloren hatten. Dagegen wurde mehrere Male festgestellt, daß die Kommunisten verschiedentlich Siege mit amerikanischen Waffen und Ausrüstung errungen hatten." (Willing, a.a.O., S.202)

Unter dem Schlagwort: *"Enteignen wir den Besitz der Feinde"*, (gemeint waren die japanischen Imperialisten), füllten die Kuomintang-Offiziere ihre eigenen Taschen, auf den totalen Verfall der Währung sind wir schon eingegangen.

Die Fäulnis der Kuomintang zeigte sich auch im Inneren. Sie zerfiel in mehrere Fraktionen, wobei ein Teil offen auf die Ablösung Chiang Kai-sheks hinsteuerte, ein anderer Kompromisse gegenüber Mao vertrat.

Die Kuomintang war endgültig am Ende. In dieser Situation startete Chiang Kai-shek den letzten verzweifelten Versuch, das Ruder herumzureißen. Mitte 1947 brach er alle Beziehungen zur KPCh ab, am 25. Juni 1947 erläßt er einen Haftbefehl gegen Mao Tse-tung, und ordnet die Generalmobilmachung an:

"In seiner Eröffnungsrede als Präsident im April 1948 erklärte Chiang Kai-shek feierlich, binnen drei Monaten die kommunistischen Streitkräfte zu vernichten." (a.a.O., S.198)

Dieser Belastungsprobe hielt das korrupte Regime jedoch nicht mehr stand, 1949 zerbrach es binnen Monaten, Chiang Kai-shek flüchtete nach Formosa, die 'Rote Armee' übernahm die Macht.

Die Politik des amerikanischen Imperialismus

Den Sieg der 'Roten Armee' und das Entstehen des chinesischen Arbeiterstaates allein aus nationalen Faktoren erklären zu wollen, wäre ein Unding. Entscheidenden Anteil hatte das Scheitern der Strategie des US-Imperialismus. Sie bestand im wesentlichen darin, einmal Chiang Kai-shek materielle Hilfe zu gewähren, andererseits zwischen Mao und der Kuomintang zu vermitteln. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Politik des amerikanischen Imperialismus die Bemühung, eine Koalititonsregierung zwischen Mao und Chiang Kai-shek auf die Beine zu bringen. So war das Zustandekommen der Konferenz vom Jänner 1947 nicht zuletzt ein Ergebnis des amerikanischen Beauftragten Hurley.

Die Politik des US-Imperialismus - der die Rolle der Japaner in diesem Raum einnehmen wollte - wird klar, wenn man die allgemeine Situation nach dem II. Weltkrieg bedenkt. Obwohl der amerikanische Imperialismus aus fünf Jahren Krieg als Sieger hervorgegangen war, hatte er nicht die Kraft, unmittelbar in diesen Raum einzugreifen. Die Strategen des US-Imperialismus erkannten klar - dazu gehörte wirklich nicht viel Scharfsinn - daß die Kuomintang das Machtvakuum, das der japanische Imperialismus hinterlassen hatte, nicht ausfüllen könne. Sie steuerten daher vehement auf die Koalitionsregierung los, einer Regierung, von der sie sich erhofften, daß sie das Land verwalten und stabilisieren könnte und es dem Zugriff des Imperialismus offen halten würde. Chiang Kai-shek brach jedoch gegen den Willen der amerikanischen Berater mit Mao. Marshall erkannte sehr bald, daß die Kuomintang alleine kein Werkzeug für imperialistische Politik war, weil es zu offensichtlich wurde, daß sie nur mehr ein korrupter Haufen war, ohne Führung, ohne klares Ziel und ohne jede Basis im Volk. Die Strategie des US-Imperialismus war unmittelbar zum Scheitern verurteilt, es blieb im nichts über, als eine Haltung des Abwartens einzunehmen.

Die andere Alternative - das direkte militärische Eingreifen - zu dem sich der Imperialismus schon wenige Jahre später stark genug fühlte (Korea, Vietnam), war unmittelbar nach Ende des II. Weltkrieges nicht möglich. Das Risiko, das bevölkerungsreichste Land der Erde direkt anzugreifen, war zu groß.

Fazit

Die Machtergreifung der KPCh 1949 erfolgte nicht durch die aufsteigende Welle der Massenbewegung, verbunden mit einem Bruch mit den Interessen der stalinistischen Bürokratie in der UdSSR. Im wesentlichen sind es zwei Faktoren gewesen, die den Sieg der 'Roten Armee' nicht nur ermöglichten, sondern ihn geradezu historisch unumgänglich machten:

1) Der Zusammenbruch der Kuomintang, einer Partei, die nach Schwankungen zwischen bürgerlicher Revolution und Anlehnung an den Imperialismus 1927 endgültig in das Lager der Reaktion übergegangen war und durch die völlig offenen Handlangerdienste für den US-Imperialismus nach 1945 auch die Basis im Kleinbürgertum verlor.



Kämpfer der 'roten Armee' auf dem 'langen Marsch'

2) Die Schwäche des Imperialismus nach dem II. Weltkrieg, die es den USA verunmöglichte, bruchlos die Rolle Japans einzunehmen.

DAS ZENTRALE DOGMA DES STALINISMUS: DER AUFBAU DES SOZIALISMUS IN EINEM LANDE

Nach dem Sieg der KP herrschten ökonomisch gesehen, bürgerliche Verhältnisse in China. Es gab noch immer keine wirkliche Landreform, sondern Mao verlängerte nun die Theorie des Bündnisses mit der nationalen Bourgeoisie in die Zeit nach der Machtergreifung. Nach der Ideologie der KP sollte nun China eine lange Periode bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung durchlaufen.

"Die Ansicht mancher Leute, daß es zu einem früheren Zeitpunkt bereits möglich wäre, den Kapitalismus abzuschaffen und den Sozialismus einzuführen ist falsch, die Bedingungen hierfür sind in unserem Lande nicht gegeben." (Mao-Chronik, S.119f - Ausspruch von Mao am 6. Juni 1950)

Schon bei dem ersten Test in der Praxis zeigte es sich, daß das Konzept der 'Neuen Demokratie' nicht aufrechterhalten werden konnte. Das war bereits 1950 der Fall. Entsprechend der Theorie des Bündnisses der 'Vier Klassen' folgte die neue Staatsmacht auch ihrer Linie in der Frage der Landreform weiter:

"Hauptsächlich in den von der Kuomintang-Regierung übernommenen Gebieten ging die KP dazu über, von 1948 bis 1950 zunächst nur die Pachtzinsen zu senken unter Verzicht auf Enteignung des Großgrundbesitzes. Konsequenterweise werden nach der Verabschiedung des Bodenreformgesetzes von 1950 zwar die Enteignung der Großgrundbesitzer angeordnet, die mittleren und reichen Bauern jedoch politisch 'maßvoll' behandelt." (Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S.19)

Die Linie unmittelbar nach der Machtergreifung führte dazu, daß die Bauernmassen, auf deren Rücken die KP zur Macht gekommen war, sich teilweise enttäuscht und verbittert von der KP abwandten. Eine Folge davon war, daß es den Kuomintang-Agenten gelang, teilweise wieder Einfluß unter den Massen zu bekommen. Um ihre Basis nicht zu verlieren, war die KP gezwungen, den ersten Kurswechsel vorzunehmen. 1950 wurde endlich die Bodenreform durchgeführt und das Land an die armen Bauern verteilt.

Viel stärker als der Druck im Land selbst war die wachsende Aggression des Imperialismus gegen den jungen Arbeiterstaat. Auf allen Ebenen - militärisch, wie politisch - bereitete der Imperialismus das 'roll back' vor. Der Koreakrieg stellte den ersten Versuch dar, verlorenen Boden wieder zu gewinnen. Aber man darf nicht die militärische Stärke des Imperialismus alleine sehen. Militärische Macht ist nur Ausfluß von wirtschaftlicher. Jeder Arbeiterstaat ist nicht nur von den Kriegsschiffen und Flugzeugen des Imperialismus bedroht, sondern auch von dessen höherstehender Produktion. Auf einer höheren Stufe produzieren bedeutet billiger produzieren, bedeutet, daß der Imperialismus durch Waren- und Kapitalexport in ein Land, in dem noch gestern feudale Verhältnisse herrschten, eindringen kann, die gewachsenen Strukturen der heimischen Wirtschaft zerstört und das Land zum Objekt seiner Ausbeutung macht. Um dieser Umklammerung zu entkommen, mußte die KP Chinas das alte ökonomische Konzept verwerfen:

SCHRIFTEN ZUM PROGRAMM

NEBEN DEM ÜBERGANGSPROGRAMM VON 1938 ENTHÄLT DIESES BUCH TEXTE, DIE VON UNS ÜBERSETZT WURDEN UND JETZT DAS ERSTE MAL IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINEN:

- DISKUSSIONEN ÜBER DAS ÜBERGANGSPROGRAMM
- BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN LINKEN OPPOSITION UND DER VIERTEN INTERNATIONALEN (AUS DEN JAHREN 1938-1940)

128 S. DM 6,50

"Den Druck des kapitalistischen Monopolismus kann man nur durch den sozialistischen Monopolismus widerstehen. Ein Land, das zum Sozialismus übergeht, und das in der Zeit, in der der Neuaufbau seiner Wirtschaft auf neuer Grundlage noch nicht beendet ist, wirtschaftlich und technisch schwächer ist als der amerikanische Kapitalismus, wird ihn nicht mit der ökonomischen Überlegenheit seiner zu Trusts zusammengefaßten Wirtschaftszweige bekämpfen, sondern mit einer höher organisierten Struktur der gesamten Wirtschaft. Und das bedeutet wiederum, daß die weitere Beseitigung des Wertgesetzes, d.h. jenseits der historischen Grenzen des amerikanischen Monopolismus, auf dem Weg der geplanten sozialistischen Organisation der Wirtschaft in den Ländern fortschreiten wird, die mit dem kapitalistischen Regime Schluß gemacht haben." (Preobraschenskij, Die neue Ökonomik, S. 204)

Da es sich bei der KP Chinas nicht um eine revolutionäre Partei handelte, die die Einsicht in den Gang der Klassengesellschaft besaß, erfolgte dieser Umschwung unter dem Druck des Imperialismus überstürzt, unvorbereitet und abrupt. Sprach Mao nach der Machtergreifung von einer langen Periode der kaptialistischen Entwicklung Chinas unter Kontrolle der KP,so wurde auf der Politbürotagung im August 1958 von der baldigen Erreichung des Kommunismus gefaselt.



Mao und Tschou En-lai auf dem 7.Kongreß der KPCh 1945

Unter dem steigenden Druck des Imperialismus gab es letzten Endes nur zwei Wege:

a) entweder weiter 'kapitalistische Verhältnisse' im Lande aufrechtzuerhalten und damit das Eindringen des Imperialismus mit all seinen Folgen nicht verhindern zu können,

b) oder aber zur Planwirtschaft und zum Außenhandelsmonopol überzugehen.

Der Aufbau des 'Sozialismus' in einem Land Vom 1. Fünf-Jahresplan zum *"Kampf zweier Linien"*

Trotzki bezeichnete einmal die Theorie des *"Aufbaus des Sozialismus in einem Land"* als das grundlegende Dogma des Stalinismus. Darin widerspiegelt sich die Wurzel der stalinistischen Bürokratie selbst. Anstatt die proletarische Diktatur in einem Lande zum Mittelpunkt einer Internationale zu machen und zu erkennen, daß die Überwindung des Imperialismus, die Anhebung der Produktivkräfte auf eine höhere historische Stufe als die des Kapitalismus, nur durch das weitere Voranschreiten der Weltrevolution gewährleistet ist, drückt die Theorie des *"Sozialismus in einem Lande"* die Kapitulation vor dem Druck des Imperialismus aus. Eine Kapitualtion, die nicht nur zu Kompromissen mit dem Imperialismus, d.h. zu einer konterrevolutionären Aussenpolitik führen muß, sondern auch zu Deformationen im Inneren des Arbeiterstaates.

Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß die sozialistische Planwirtschaft ihre Vorzüge und Überlegenheit nur in Weltmaßstab entwickeln kann und daher eingepreßt in einem nationalen Rahmen ökonomisch den Imperialismus nicht überholen kann, so bedeutet das noch lange nicht, daß man kein ökonomisches Konzept entwickeln kann und muß. Als die von der Komintern erwartete deutsche Revolution 1923 ausblieb, und die Isolation des russischen Arbeiterstaates eine nicht von der Hand zu wischende Tatsache blieb, war es gerade die Linksopposition mit Trotzki an der Spitze, die diesem Umstand Rechnung trug und jene Politik ausarbeitete, die zur Festigung und Verbesserung der Planwirtschaft führen sollte. Um den 'Kampf zweier Linien' besser verstehen zu können, wird es nützlich sein, einen Vergleich zwischen der Position der Linksopposition und Maos ökonomischem Konzept durchzuführen.

Der Kerngedanke der Linksopposition bestand darin: Die Ausgangslage der UdSSR ist - verglichen mit dem Imperialismus - tiefste Rückständigkeit. Wollte man nun die Planwirtschaft aus sich selbst heraus entwickeln, würde das Jahrzehnte dauern, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Oder anders ausgedrückt, das Mehrprodukt, das der planwirtschaftliche Sektor der UdSSR liefern kann,reicht nicht aus, um eine halbwegs rasche Akkumulation zu gewährleisten. Andererseits war gerade die rasche Entwicklung der russischen Industrie notwendig, vor allem, um die Landwirtschaft industrialisieren zu können. Auf der Grundlage der Industrialisierung der Landwirtschaft kann die freiwillige Kollektivisierung der Bauern vorangetrieben werden, die Arbeit unter diesen Bedingungen in den Kollektiven verbessert nicht nur die Lage der Bauernschaft, bindet sie daher fester an die proletarische Staatsmacht, sondern bringt auch höhere wirtschaftliche Erträge. Der Kernpunkt, wie man die sozialistische Planwirtschaft voranbringen konnte, bestand darin: Die Hauptquelle der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation stammt nicht aus der Planwirtschaft selbst, sondern aus der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft. Der proletarische Staat kauft die Produkte unter dem Weltmarktpreis im Land ein und verkauft sie auf dem Weltmarkt; dafür importiert er Produktionsmittel (Maschinen und ganze Fabriken), zu deren Herstellung er entweder überhaupt nicht fähig ist, oder was einen ungeheuren Aufwand an Arbeitskraft erfordern würde, also,um in der Sprache bürgerlicher Ökonomen zu sprechen, höchst unrentabel wäre. Eine zweite Möglichkeit wurde von den Bolschewiki entschieden zurückgewiesen: die überhöhte Auspressung menschlicher Arbeitskraft:

"Daß in der Staatswirtschaft der UdSSR trotz ihrer Armut der Achtstundentag streng eingehalten wird und jedes Jahr größere Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter eingeführt werden, ist ebenso nur deshalb möglich, weil die Arbeiterklasse Herr über die Produktion ist." (a.a.O., S.157)

Vergleichen wir diese Auffassungen mit den Bedingungen in China unter der Politik der Maoisten.

1955 kam es zu den ersten entscheidenden Differenzen in der Frage des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft. Die ökonomische Linie, die Mao gegen die Mehrheit des Politbüros durchsetzte,bestand letztlich darin, aus Chinas Not eine Tugend zu machen. Ende der 50er Jahre wurden die Volkskommunen eingerichtet. Aber im Gegensatz zur bolschewistischen Linie der freiwilligen Kollektivisierung wurde die Zwangskollektivisierung rapid vorangetrieben, Produktionseinheiten von 200.000 Arbeitern sollten - *"nur auf die eigene Kraft vertrauend"* - das Unmögliche möglich machen. Während die Bolschewiki als Grundlage für die Kollektivisierung die Versorgung der zusammengeschlossenen Bauern mit Maschinen sehen, vertrat Mao genau die umgekehrte Position:

"Auf dem Gebiet der Landwirtschaft muß unter den in unserem Land herrschenden Bedingungen... zuerst der genossenschaftliche Zusammenschluß erfolgen, erst dann können große Maschinen angewendet werden." (zitiert nach Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S.35)

Anstatt durch eine kluge Export/Import-Wirtschaft - abgesichert durch das Außenhandelsmonopol - die Grundlagen für eine raschere Entwicklung der Wirtschaft zu legen, spricht Mao protzig:

"Wir Chinesen besitzen Rückgrat... Was macht es schon, wenn wir einigen Schwierigkeiten begegnen? Soll man uns nur blockieren! Soll man uns nur acht oder zehn Jahre blockieren! Bis dahin wird China alle seine Probleme gelöst haben." (Mao-Chronik, S.114)

Mao sprach das im August 1949, wie hätte er auch wissen können, daß 10 Jahre später die VR China in der größten Wirtschaftskrise stand, und auf allen Gebieten die Produktion bedrohlich zurückging.

Sicher ist es kein Zufall, daß sich die Linie Maos in der KP durchgesetzt hat. Einmal die Situation in der Landwirtschaft selbst:

"Unter den in China vorherrschenden Bedingungen konnte ein Mehrprodukt für die Industrialisierung nur im geringen Umfang von der Landwirtschaft abgezogen werden." (Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S.34)

Zum anderen die noch schlechteren Ausgangsbedingungen als etwa in der UdSSR. Der entscheidende Faktor ist aber der, daß die KP eine Partei war und ist, die voll in der theoretischen Tradition des Stalinismus erzogen wurde, und daß eine erfolgreiche Opposition Mao nur auf der Grundlage korrekter, d.h. marxistischer Positionen wirksam schlagen hätte können.

Als der Bruch mit der UdSSR, auf den hier nicht eingegangen werden kann, die Lage in China noch weiter verschlechterte, wurde es nun klar, welche Mittel die KP Chinas im Auge hatte, die sozialistische Wirtschaft vorwärts zu bringen, ein Mittel, das die Bolschewiki stets zurückwiesen: Die Auspressung der menschlichen Arbeitskraft. Die Arbeitszeit überstieg in den Volkskommunen an ihrem Höhepunkt 12, ja 14 Stunden, jede Forderung der Massen nach ökonomischer Besserstellung wurde als den *"kapitalistischen Weg gehen"* verteufelt. Die Opposition um Liu Shao-ch'i und später Teng Hsiao p'ing betonte die Notwendigkeit der materiellen Anreize und stellte sich gegen diese abenteuerliche Linie Maos.

Der 'Große Sprung vorwärts' und die Volkskommunenpolitik endeten bekannterweise mit einer Bauchlandung. (Einige Zahlen, die dies veranschaulichen: Rückgang 1958 bis 1961: Bruttosozialprodukt 5%, Landwirtschaftliche Produktion 6%, Viehbestand an Rindern von 64,8 auf 44,0 Mio., Baumwolle von 2,1 Mio. Tonnen auf 0,9 Mio Tonnen usw.) Dieser Mißerfolg führt zu einem Erstarken der sogenannten 'rechten' Fraktion, der *"Kampf zweier Linien"* konnte seinen Lauf nehmen.

So kommt in den Konflikten, die sich seit der 'Kulturrevolution' in China vollzogen, nicht ein Gegensatz zwischen revolutionärer und konterrevolutionärer Linie zum Ausdruck, wie es die verschiedenen Apologeten der chinesischen Bürokratie glauben machen wollen, sondern eine innerbürokratische Auseinandersetzung, in der keine der Fraktionen mit dem Stalinismus gebrochen hat, d.h. keine die Gewähr bietet, daß die VR China zu einer revolutionären Arbeiterdemokratie wird.

Die Voraussetzung dafür wäre die Absage an die 'Theorie' vom Sozialismus in einem Land, die Übernahme des grundlegenden Verständnisses von Lenin und Trotzki, nach dem ein isolierter Arbeiterstaat zwar verpflichtet ist,seine Grundlagen zu festigen, der Sozialismus aber im nationalen Rahmen nicht siegen kann. Die verschiedenen Schwenks der stalinistischen Bürokratie (nicht nur in China) zeigen nicht nur die völlige Hilflosigkeit dieser Leute an, sondern auch die Gefahren, die jeder Tag ihrer Herrschaft für die Grundlagen des Arbeiterstaates bringt. Die politische Revolution wird so zum einzigen Garanten dafür, daß diese Staaten nicht wieder Beuteobjekt des Imperialismus werden.

Das 7.Plenum des 8.Zentralkomitees der KPCh



PERMANENTE REVOLUTION -

ist das Zentralorgan der Internationalen Kommunistischen Liga.

Abonnement:

1o Nummern.............. s 8o.-
(inklusive Versandspesen und Sondernummern)

Förderabonnements ...... ab S 2oo.-

IMPRESSUM:

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter, Klimschgasse 18/6, 1030 Wien.
Druck: REMA-PRINT Druck- u. VerlagsgesmbH. 1080 Wien.



Kontaktadresse: IKL, 1010 Wien, Postfach 1454

Ungarn 1956: Stalinismus oder Sozialismus

20. JAHRESTAG DER UNGARISCHEN REVOLUTION

3. TEIL

DER UNGARISCHE OKTOBER

Nach dem Ausschluß von Nagy aus der Partei, entwickelten sich die Dinge fieberhaft weiter. Auf den Posten des Ministerpräsidenten wurde ein unbedeutender Mann des Apparates gesetzt (Hegedüs), während Rakosi und Gerö offenbar hofften, die Entwicklung nun besser unter Kontrolle zu haben. Es ist unwichtig ob der ungarische Apparat eine schroffe Wendung wollte, entscheidend bleibt, daß eine solche nicht dem Willen der Sowjetbürokratie entsprach. Der XX. Parteitag der KPdSU, mit dem, was man gemeinhin als 'Entstalinisierung' bezeichnet, die 'Versöhnung' zwischen Chrustschow und Tito im Sommer 1956 (die jugoslawische Presse betrieb offene Agitation für die Rückkehr Nagy), sowie die ständig wachsenden Aktivitäten des Petöfi-Klubs in Ungarn selbst, machten eine solche Wendung unmöglich. Offenbar glaubte der Apparat mit der Ausschaltung von Nagy die Dinge besser in den Griff zu bekommen.

Am 27. März wird Rajk und die anderen Angeklagten des Prozesses rehabilitiert, Anfang Juli eine Teilamnestie verkündet (11.398 Personen wurden entlassen, darunter Bela Kovacs, der im Oktober zu den Neugründern der Partei der kleinen Landwirte gehören sollte). Rakosi hatte die Frechheit, den Rajk-Prozeß als einen "Mißbrauch der Jusitz" zu bezeichnen.

Daneben aber gingen die Angriffe gegen Nagy, sein Programm und den Petöfi-Klub weiter. In einer Resolution des ZK vom 30. Juni heißt es:

"Ermutigt durch die Geduld der Partei, richten die parteifeindlichen Elemente allmählich immer schärfer werdende Angriffe gegen die Politik und die Führung unserer Partei und gegen unser volksdemokratisches System. Das offene Auftreten gegen die Partei und die Volksdemokratie wird hauptsächlich von einer bestimmten Gruppe organisiert, die sich um Imre Nagy formiert hat. Die Presse hat es versäumt, gegen die parteifeindlichen Ansichten Stellung zu nehmen. Gewisse Zeitungen und Zeitschriften ... haben irreführende und prinzipienlose Berichte veröffentlicht und gelegentlich sogar Artikel provokatorischen Inhaltes Raum gegeben ..."
(zitiert nach Brzezinski: "Der Sowjetblock", Seite 242)

Im Parteiorgan 'Szabad Nep' wurde am 3. Juli der Petöfi-Klub scharf angegriffen:

"Es kann nicht als zufällig angesehen werden, daß diese opportunistischen, schädlichen und parteifeindlichen Ansichten von jenen geäußert wurden, die noch in enger, systematischer Verbindung mit Imre Nagy stehen, der wegen seiner gegen die Partei und die Volksdemokratie gerichteten antimarxistischen Ansichten und wegen seiner Fraktionsmacherei aus der Partei ausgeschlossen wurde ... Diese Leute haben die Diskussion zum Schauplatz des Angriffes auf die Volksdemokratie gemacht."

Der Petöfi-Klub, der unter der Regierung Nagy gegründet wurde, war eine Vereinigung von Schriftstellern (Petöfi war ein revolutionärer Dichter, der 1848 eine führende Rolle gespielt hatte), welche ursprünglich ein Forum literarischer Diskussion sein sollte. Doch bald nahmen diese Diskussionen politischen Charakter an und offen wurde die Rückkehr Nagys im Organ des Schriftstellerverbandes 'Iroldani Ujsug' gefordert. Als der Schriftstellerverband im September 1956 ein neues Komitee wählte, wurden alle Vertreter der Parteilinie abgewählt.

Der amerikanische Journalist Simon Bourgin beschreibt einige Zusammenkünfte des Klubs in den letzten Monaten vor dem Oktober, die den Rahmen der Intellektuellen weit überschritten. Die Zusammenkunft am 27. Juni etwa, wo um 4.30 Uhr bereits der 800 Personen fassende Saal überfüllt war, obwohl die Versammlung erst um 7 Uhr begann. Zu dieser Zeit war der Vorplatz des Gebäudes voll von Menschen, die Versammlung dauerte bis 3.30 Uhr in der Nacht. Die Kritik an der Bürokratie nahm nun bereits eine so offene und schonungslose Form an, daß im Laufe der Auseinandersetzungen auf dieser Versammlung der Chefredakteur der 'Szabad Nep' Horvath zugeben mußte, daß in Ungarn keine Freiheit der Presse bestand. Tibor Dery, ein führendes Mitglied des Petöfi-Klubs, zeichnete in der Diskussion Horvath folgendermaßen:

"Nehmen wir zum Beispiel Martin Horvath hier, den Chefredakteur von Szabad Nep. Er vertritt nicht etwa sich selbst und manchmal ist es sogar schwer zu sagen, ob er die Partei vertritt. An einem Tag steht er extrem rechts, am nächsten extrem links; bei ihm weiß man nie woran man ist."

Und über Revai, den früheren Kultusminister sagte er:

"Er weiß sehr wohl, daß das, was er sagt, nicht die Wahrheit ist; das kümmert ihn aber nicht - er sagt es trotzdem."
(zitiert nach: Lasky "Die ungarische Revolution", S. 33)

Der Geist der Rebellion, der vom Petöfi-Klub ausging, begann mehr und mehr die Massen zu erfassen, indem er ihrer ungewissen Wut und Verzweiflung Perspektiven gab. Angeblich drängte Rakosi auf der ZK-Tagung vom 12. Juli darauf, Nagy und mehrere hundert Personen zu verhaften - man benötigt nicht viel Phantasie, um zu wissen wen. Die folgenden Ereignisse stehen völlig im Zusammenhang mit diesem angeblichen Drängen von Rakosi. Ohne Zweifel war sich die Kreml-Bürokratie darüber im Klaren, daß eine Verhaftung von Nagy nicht nur die 'Versöhnung' mit Jugoslawien sofort zunichte machen würde, sondern, daß auch der Aufstand in Ungarn die Antwort der Massen sein könnte.

Am 17. Juli traf Mikojan in Budapest ein. Zwei Tage später lesen wir in der 'Szabad Nep' die Rücktrittserklärung von Rakosi ...

"Verehrtes Zentralkomitee!
Ich ersuche das Zentralkomitee, mich vom Posten des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees und von meiner Mitgliedschaft im Politbüro zu entbinden. Ein Grund für mein Ersuchen ist darin zu sehen, daß ich im 65. Lebensjahre stehe und daß meine Erkrankung, an der ich seit zwei Jahren unter ständiger Verschlechterung meines Zustandes leide, mich daran hindert, die dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees auferlegte Arbeit zu erfüllen ..."

Es folgt das übliche Ritual:

"Was die von mir auf dem Gebiet des Personenkults und der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit begangenen Fehler betrifft, so habe ich diese bereits auf der Sitzung des Zentralkomitees im Juni 1953 bekannt und auch seitdem immer wieder eingestanden. Ich habe auch in der Öffentlichkeit Selbstkritik geübt."
(zitiert nach Lasky, ..., Seite 35)

Sprachs und nahm das nächste Flugzeug in die Sowjetunion, wo er sich einer Kur unterzog.

Doch mit der Ernennung von Gerö zum Ersten Sekretär änderte sich nicht das Geringste. Der Prozeß, der am 23. Oktober zum Ausbruch kommen sollte, war schon zu weit fortgeschritten, als daß eine solche Maßnahme seinen unaufhaltsam nach vorne drängenden Gang stoppen konnte. Die stalinistische Bürokratie versuchte durch die Einsetzung von 'Titoisten', wie Kadar und Marosan, in hohe Parteifunktionen, der Entwicklung Herr zu werden. Doch vergeblich, die Arbeiterklasse, die Bauern und die Intellektuellen begannen sich bereits - ohne es bewußt wahrzunehmen - für die kommenden Schlachten zu rüsten.

Ende September erfolgte die öffentliche Überführung von Rajk, der eine unübersehbare (200.000) Menschenmenge beiwohnte. Dies ist weniger als eine Kundgebung für Rajk zu betrachten, als vielmehr eine gegen seine Mörder, die auf der Tribüne standen und auf deren Reden die Menge mit eisigem Schweigen antwortete. Die Kluft war nicht mehr zu überbrücken. Die Barrikaden standen bereits.

Die Witwe von Rajk, die lange Jahre eingesperrt war, besteigt die Tribüne und wendet sich an die anwesende Parteiführung:

"Ihr habt nicht nur meinen Mann umgebracht, sondern alle Anständigkeit in unserem Land. Ihr habt Ungarns politisches, wirtschaftliches und moralisches Leben zerstört. Mörder kann man nicht rehabilitieren, man muß sie bestrafen ... Wo aber, waren die Parteimitglieder, als dies geschah? Wie konnten sie diese Degeneration zulassen, ohne sich zornig gegen die Schuldigen zu erheben?"

Sie forderte eine gründliche Säuberung:

"Genossen! Ihr müßt mir in diesem Kampf beistehen!"
(zitiert nach Lasky, ..., Seite 32)

Was blieb der Parteiführung anderes über? Sie erhob sich und spendete der Frau Beifall ...

Anfang Oktober wurde Nagy wieder in die Partei aufgenommen, aber nicht in das ZK oder Politbüro berufen. Am 14. Oktober veröffentlichte er eine versöhnlerische Erklärung in der 'Szabad Nep', in der er erklärt, daß die 'Einheit der Partei' nun das Wichtigste sei. In der gleichen Ausgabe des Blattes wird eine Erklärung des ZK abgedruckt, in der es heißt, daß die Gründe für den Ausschluß von Nagy in der Abneigung zu sehen sind, die Rakosi gegen ihn hatte und in "Übertreibungen und unkorrekten Anschuldigungen" ... Der Flügel um Nagy war bereit, durch einen Kompromiß die Herrschaft der Bürokratie zu retten. Und nur mehr er war zu diesem Zeitpunkt dazu in der Lage.

Doch die Ereignisse des 23. Oktober zerreißen alle Kompromisse, alle Abmachungen, die auf dem Rücken der unterdrükkten Massen und auf deren Kosten abgeschlossen wurden. Die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen wurde bereits seit Wochen auf öffentlichen Versammlungen im ganzen Land erhoben. Der Schriftsteller Guyla Hay spricht davon in einer Rede in Györ, deren Inhalt gleichzeitig die Unzulänglichkeit der Ziele des Petöfi-Klubs deutlich macht.

"Jugoslawien ist es gelungen, seine völlige Unabhängigkeit zu wahren. Polen und China sind im Begriff, beim Aufbau des Sozialismus eineh eigenen Weg einzuschlagen, der den nationalen Besonderheiten und der Vergangenheit dieser Länder entspricht. Wir müssen uns bemühen, auch in unserem Land diese nützliche Praxis zu entwickeln. Das hängt von uns ab."
(zitiert nach Lasky, ..., Seite 48)

Am 22. Oktober faßt der Petöfi-Klüb in einer Sitzung folgende Entschließung:

"1. Angesichts der augenblicklichen Lage in Ungarn schlagen wir vor, so bald als möglich das Zentralkomitee der Partei zu einer Sitzung einzuberufen. Genosse Imre Nagy soll an den vorbereitenden Arbeiten zu dieser Sitzung beteiligt werden.

2. Wir halten es für notwendig, daß Partei und Regierung die wirtschaftliche Lage des Landes in aller Offenheit klarlegen, den zweiten Fünfjahresplan revidieren und ein konstruktives Programm in Übereinstimmung mit unseren besonderen ungarischen Bedingungen ausarbeiten.

3. Das Zentralkomitee und die Regierung müssen jede nur möglichen Mittel anwenden, um den Aufbau der sozialistischen Demokratie sicherzustellen, indem sie die Rolle der Partei genau erklären, die legitimen Forderungen der arbeitenden Klasse zur Geltung bringen und die Selbstverwaltung der Fabriken auf demokratischer Grundlage einführen.

4. Um das Prestige der Partei und der Staatsverwaltung zu sichern, schlagen wir vor, daß Genosse Imre Nagy, sowie andere Genossen, die für eine sozialistische Demokratie und für leninistische Grundsätze gekämpft haben, in der Leitung von Partei und Regierung an den gebührenden Platz gestellt werden.

5. Wir schlagen vor, Matyas Rakosi aus dem Zentralkomitee der Partei auszuschließen und ihn von seinen Ämtern abzuberufen. Es ist erforderlich, daß das Zentralkomitee, das Ruhe im Lande herzustellen wünscht, den derzeitigen Versuchen ein Ende setzt, eine Stalin- oder Rakosi-Restauration herbeizuführen.

6. Wir schlagen vor, die Gerichtsverhandlung gegen Mihaly Farkas (der frühere Verteidigungsminister, d. Verf.) in aller Öffentlichkeit durchzuführen, wie es die sozialistische Legalität gebietet.

7. Das Zentralkomitee sollte gewisse, in letzter Zeit gefaßte Beschlüsse, revidieren, Beschlüsse, die sich als falsch und sektiererisch erwiesen haben, allen voran die Beschlüsse vom März 1955, den Beschluß über die Freiheit der Literatur vom Dezember 1955 und den Beschluß vom 30. Juni 1956 über den Petöfi-Klub. Wir schlagen vor, das Zentralkomitee möge diese Beschlüsse annullieren und geeignete Schlußfolgerungen in bezug auf die betroffenen Personen ziehen.

8. Auch die heikelsten Fragen sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, so die Resultate unserer Außenhandelsabkommen und die Absichten der Regierung über die Verwertung der ungarischen Uranabkommen.

9. Im Hinblick auf eine Konsolidierung der ungarisch-sowjetischen Freundschaft wollen wir auf die Grundlage des leninistischen Prinzips der völligen Gleichberechtigung noch engere Beziehungen zur Partei, zum Staat und zur Bevölkerung der Sowjetunion herstellen.

10. Wir fordern, daß das DISZ-Zentralkomitee auf der Tagung vom 23. Oktober zu den einzelnen Punkten dieser Resolution Stellung nimmt und einen Beschluß über die Demokratisierung der ungarischen Jugendbewegung faßt."
(zitiert nach Lasky, ..., Seite 52)

In Versammlungen beschlossen die Studenten am 23. Oktober Solidaritätsdemonstrationen für die polnische Arbeiterklasse durchzuführen.

Bei der Statue des polnischen Generals Bem, der 1848 den Ungarn beistand, wird eine Resolution des Schriftstellerverbandes verlesen:

"1. Wir fordern eine unabhängige nationale Politik auf der Grundlage des Sozialismus. Unsere Beziehungen zu allen Ländern, besonders zur Sowjetunion und zu den Volksdemokratien müssen unter Beachtung der Gleichberechtigung geregelt werden. Im gleichen Sinne sind Verträge und wirtschaftliche Üb-Übereinkünfte zu prüfen.

2. Die Nationale-Minderheiten-Politik muß beendet werden. Sie stört die Freundschaft zwischen den Völkern.

3. Wir verlagen eine offene Darlegung der wirtschaftlichen Situation des Landes. Wir werden diese Krise nicht überwinden, wenn nicht alle Werktätigen, Bauern und Intellektuelle an der Verwaltungsarbeit auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet teilnehmen können.

4. Die Fabriken müssen von den Arbeitern und Technikern geleitet werden. Das gegenwärtige demütigende Lohn- und Soll-System, sowie die schimpflichen Zustände im sozialen Versicherungswesen müssen verbessert werden.

5. Unsere Bauernpolitik ist auf eine neue Grundlage zu stellen. Den Bauern muß das Recht auf freie Entscheidung gegeben werden, ob sie den Kooperativen angehören wollen oder nicht. Das gegenwärtige Ablieferungs- und Steuersystem muß allmählich ersetzt werden durch ein System, das die freie sozialistische Produktion und den Austausch von Gütern sichert.

6. Diese Forderungen sind nur zu verwirklichen, wenn die Struktur von Parteileitung und Regierung geändert wird und die Posten anders besetzt werden. Die Rakosi-Clique drängt auf Restauration und ist daher aus unserem politischen Leben zu entfernen. Imre Nagy, ein lauterer und tapferer Kommunist, hat das Vertrauen des ungarischen Volkes. Ihm ist die Stellung zuzuweisen, die er verdient. Gleichzeitig ist allen konterrevolutionären Versuchen energisch entgegenzuwirken.

7. Die Lage erfordert, daß die Patriotische Volksfront die politische Vertretung der ungarischen Arbeiterklasse übernimmt. Unser Wahlsystem muß mit den Voraussetzungen sozialistischer Demokratie in Übereinstimmung gebracht werden. Das Volk muß seine Vertreter in freier und geheimer Wahl wählen dürfen."

Alle Berichte über die Demonstrationen des 23. Oktober stimmen überein, daß diese friedlich begonnen haben, die Studenten, denen sich sofort tausende Arbeiter anschlossen, unbewaffnet waren. Ein ursprüngliches Verbot der Demonstrationen durch das Innenministerium wurde wieder aufgehoben. Nagy sprach zu den Demonstranten vor dem Parlament, doch kann er der erregten Menge nichts anders bieten, als sie aufzufordern, die Nationalhymne zu singen...

Gerö, der eben aus Jugoslawien zurückgekehrt war, wo er den unvermeidlichen Kniefall vor Tito hinter sich gebracht hatte, goß in seiner berüchtigten Rundfunkrede, in der er die Demonstranten als 'Feinde des Sozialismus' bezeichnete, Öl ins Feuer. Die Demonstration hatte - wie konnte es auch anders sein - natürlich widersprüchlichen Charakter. Der Journalist Sefton Delmer beschreibt im 'Daily Expreß' vom 24. Oktober, daß an der Spitze des Zuges riesige Lenin-Bilder mitgetragen wurden. Neben roten Fahnen (die Studenten des

Lenin-Marx-Institutes hatten sich dem Zug angeschlossen), sah man ungarische Nationalfahnen.

Allein der Ausgangspunkt - Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse - widerlegt alle Verleumdungen über den angeblichen Chauvinismus der Teilnehmer. Aber daneben zeigt der Inhalt der Resolutionen klar alle Illusionen über den 'eigenen Weg' zum Sozialismus und in den 'National-Sozialismus' auf.

Nach der Rede Gerös marschierte die Menge, die auf ihrem Weg ständig an Zahl zunahm, zum Rundfunkgebäude, um zu verlangen, daß ihre Forderungen verlesen werden. Im Gebäude befinden sich 300 AVH-Männer, die alles das verkörperten, was die Unterdrückten mit ihrer ganzen Leidenschaft haßten. Die Geheimpolizei schießt in die Demonstranten, die nichts anders wollten, als daß ihre Forderungen durch den Äther gesendet werden. Mit dem Schreien der Verletzten bricht der Sturm los. All der Zorn, der Haß, die verzweifelte Wut, die sich in Jahrzehnten des dumpfen Schweigens gestaut hatten, bricht nun in dem aus tausenden und abertausenden Kehlen kommenden Schrei der Empörung hervor. Jetzt gibt es kein Zurück mehr, jetzt muß entschieden werden: Herr oder Knecht!

Die Demonstranten strömen zu den Kasernen, wo ihnen die Soldaten sofort Waffen übergeben, oder sich selbst dem Zug anschließen. Tod der AVH! Der Aufstand greift sofort auf das ganze Land über. Die Arbeiterklasse greift zur Waffe des Generalstreiks. Der Journalist Peter Fryer, der als Korrespondent des Zentralorgans der englischen KP nach Ungarn kam, berichtet über den Beginn der Kämpfe um Ungarisch-Altenburg, wo er einige Tage nach dem 23. Oktober eintrifft und Kontakt mit dem dortigen Revolutionskomitte aufnimmt.

"Die zwanzig Mitglieder des Revolutionskomitees waren alle Ortsansässige, keiner konnte als Emigrant bezeichnet werden. Einige Kommunisten, aber einfache Kommunisten, keine Funktionäre ... Die meisten Komiteemitglieder waren ehemalige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die, seitdem die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei im Jahre 1948 zur Ungarischen Partei der Werktätigen zusammengeschlossen worden waren, aus dem einen oder anderen Grund aus dem aktiven politischen Leben ausgeschieden waren ...

Sie begannen von den Ereignissen des vorangenen Tages zu sprechen. Am Mittwoch und Donnerstag hatte sich in den Fabriken und Straßen die Nachricht von den Kämpfen in Budapest verbreitet. Am Freitag gärte es in der ganzen Stadt und etwa um 10 Uhr morgens strömter die Menschen zu einer spontanen Demonstration aus den Häusern. Sie waren unbewaffnet und wollten in diesem Stadium der Entwicklung auch keine Waffen ... Mit der ungarischen Nationalhymne auf den Lippen marschierten sie in der ersten spontanen Demonstration seit 1945 durch die Stadt. Sie waren völlig friedlich - außer daß sie überall wo sie einen roten Stern sahen, ihn herunterrissen. Es war der Ausdruck ihres Wunsches nach einem Ende der sowjetischen Besatzung, ihres Wunsches, die sowjetischen Symbole zu entfernen, mit denen sie statt mit Brot gefüttert wurden, und die leeren Schlagworte zum Verstummen zu bringen, die man ihnen statt der Wahrheit in die Ohren geschrien hatte ...

Auf das Kommando des AVH-Leutnants Josef Stefko feuerten zwei Maschinengewehre, die hinter den Fenstern der Gebäude versteckt waren, in die Menge hinein, dort wo sie am dichtesten war. AVH-Männer warfen auch Handgranaten. Das Feuer dauerte vier Minuten und einige der Verwundeten erhielten noch einen Schuß in den Rücken, als sie versuchten wegzukriechen ...
Jetzt war die Menge nicht mehr zu halten. Sie rannte zu den Kasernen, um das Geschehene den Soldaten zuzuschreien. Ohne zu zögern, brachen die Soldaten die Waffenkammern auf und gaben dem Volk Waffen."
(Peter Fryer, "Ungarische Tragödie", Seite 21)

Die erste Auswirkung der Kämpfe war die, daß Nagy Ministerpräsident wird und Gerö Erster Sekretär bleibt.
Es wäre völlig falsch zu meinen, daß Nagy nun ein 'Gefangener' des Apparates war (Gerüchte sprechen sogar davon, daß er bei seinen Rundfunkreden eine Pistole im Genick spürte), der gezwungen wurde, den Versuch zu unternehmen, die Revolution einzudämmen. In der Stunde der tödlichen Gefahr für die stalinistische Bürokratie wußte Nagy wo sein Platz war.

Jeder Revolutionär hätte sich geweigert Regierungsverantwortung zu übernehmen und hätte stattdessen versucht, durch die Installierung einer Gegenregierung, die sich auf die



entstehenden Organe der Arbeiter und Bauern stützt, der Bürokratie, die ins Wanken geraten war, den letzten Stoß zu versetzen. Doch wie gesagt, Nagy war trotz allem Stalinist. Er versuchte in mehreren Rundfunkreden die Aufständischen dazu zu bewegen, die Waffen niederzulegen, was aber vergeblich war.

Die ungarische Armee stand der Revolution positiv gegenüber, diese Tatsache war der Hauptgrund für den ursprünglich günstigen Verlauf. Sie übernahm nicht nur die Versorgung der Kämpfer mit Waffen, sondern griff auch selbst aktiv in die Kämpfe ein, die sich am ersten Tag nur gegen die AVH richteten. Am 24. Oktober morgens fuhren die ersten sowjetischen Panzer in Budapest ein.

Ein beliebtes 'Argument' der Stalinisten, die Revolution als 'konterrevolutionär' zu verleumden, ist der Tod vieler AVH-Männer, die von den Kämpfern aufgehängt wurden, wobei sie vor dem Eintritt des Todes sicherlich Qualen zu erleiden hatten. Doch wer war diese AVH? Waren diese Leute denn 'einfache Kommunisten', wie es uns die prostituierten Schreiberlinge der Bürokratie einreden wollen? Oder waren es nicht vielmehr entartete Kreaturen, die zum Teil schon dem Horthy-Regime gedient hatten?

"Die AVH. Die Unterdrücker eines ganzen Volkes, einschließlich der ganzen Partei. Geformt und ausgebildet nach stalinistischem Muster...
Die AVH. Ist es verwunderlich, daß werktätige Männer und Frauen in Budapest sie nicht nur erschossen, wenn sie sie sahen, nicht nur zu Dutzenden aufhängten, sondern anschließend, die mit dem Kopf nach unten aufgehängten Körper voll Verachtung und Ekel bespuckten?
Die AVH. Es gab dort Gestapo-Folterkammern mit Peitschen, Galgen und Instrumenten zur Zermalmung menschlicher Gliedmaßen. Es gab dort winzige Strafzellen ... Die jungen Untermenschen, die diesen starken Arm des volksdemokratischen Staates bildeten, erhielten - Dokumenten zufolge, die man bei ihren Leichen fand - monatlich 3.000 bis 4.000 Forints als Mannschaften und 9.000 bis 12.000 Forints als Offiziere. Das ist das Drei- bis Zwölffache des Durchschnittslohnes. Außerdem Luxuswohnungen, während tausende in Budapest zusammengepfercht in Elendsquartieren hausten."
(Peter Fryer, ..., Seite 42)

Das war also der 'weiße Terror', von dem die Stalinisten noch heute faseln! Wir sprechen hier keineswegs der Lynchjustiz das Wort, aber es ist nur allzu verständlich, daß die Unterdrückten ihre Peiniger nun in den Zustand versetzten, in den sie gehören, nämlich in den lebloser Kadaver!

Nicht Kommunisten wurden getötet, sondern Konterrevolutionäre, Handlanger des stalinistischen Apparates!

Wie in jeder Revolution, so wurde auch in Ungarn schlagartig alle Energie der Massen frei, die zu lange unterdrückt blieb. Daß dabei Dinge geschahen, die an sich nicht zu billigen sind, wird nur ein unverbesserlicher Phillister oder Konterrevolutionär bejammern.

Am 24. Oktober verkündete die Regierung Nagy das Standrecht, wieder ist es Nagy persönlich, der diesen Beschluß über den Rundfunk bekanntgibt. Doch jeder Appell an das, was Nagy 'Vernunft' nennt, bleibt unerhört. Der Kampf zwischen Teilen der einmarschierenden Roten Armee und den Aufständischen nimmt immer heftigeren Charakter an. Verzweifelt wehren sich die schlecht ausgerüsteten Revolutionäre. Kinder und Frauen produzieren 'Molotow-Cocktails', mit denen sie gegen Panzer vorgehen. Die kämpfende Arbeiterklasse weiß nun genau: Es gibt kein zurück mehr, es gibt nur mehr das Vorwärts!

Es ist sowohl im Interesse der Stalinisten, als auch in dem des Imperialismus von den Verbrüderungen zwischen Teilen der Roten Armee und den Aufständischen nichts zu berichten. Tatsächlich aber waren solche Akte der aktiven Solidarität, der Verweigerung der sowjetischen Soldaten auf ihre ungarischen Klassenbrüder zu schießen, keine Seltenheit. Meist war es passives Verhalten, in einigen Fällen aber drehten sie die Türme der sowjetischen T 34 in die andere Richtung, als in die ihnen befohlene.

Die Soldaten der Roten Armee hatten anfangs geglaubt in Deutschland zu sein und gegen Faschisten zu kämpfen (ähnlich war es bei der Besetzung der CSSR 1968).

Der 'Daily Telegraph' meldete am 29. Oktober:
"Die Gewerkschaftszeitung 'Nepszava' veröffentlichte am Freitag zwei nationalistische Manifeste und forderte unter anderem politisches Asyl für sowjetische Kämpfer, die übergelaufen sind, um unser Volk zu unterstützen..."
(zitiert nach Lasky, ..., Seite 115)

Aber es gab auch das Feuer aus sowjetischen Panzern auf Menschenmengen, die sich um Brot anstellten, auf völlig wehrlose Frauen und Kinder. Allein die Tatsache, daß es der Kreml-Bürokratie gelingen konnte, die Rote Armee als Instrument der Konterrevolution zu mißbrauchen - auch wenn man die Lügen, die man den Soldaten erzählte und das Überlaufen von Teilen der Truppen berücksichtigt - zeigt den tiefen Stand des Bewußtseins der Soldaten an, welcher die Folge der jahrzehntelangen stalinistischen Herrschaft in der UdSSR ist.

EIN KONTERREVOLUTIONÄRER AUFSTAND?

Bevor wir uns mit dem weiteren Verlauf der Revolution beschäftigen, gilt es noch auf die 'Argumente' der Stalinisten einzugehen - die, wie wir sehen werden, äußerst widersprüchlich sind -, nach denen in Ungarn die'Konterrevolution ihr blutiges Haupt erhoben hatte'. Natürlich gab es einzelne konterrevolutionäre Elemente, die versuchten, die Entwicklung auf die Errichtung eines reaktionären Regimes zu richten. Solche Elemente gab es selbstverständlich in Ungarn (wo gibt es sie nicht?). Jede Revolution hat die völlige Auflösung der 'normal' funktionierenden Gesellschaft zur Folge. In dem anfangs unvermeidlich auftretenden Chaos werden auch die Konterrevolutionäre (diejenigen, die nicht offen auf der anderen Seite der Barrikaden stehen) versuchen ihr Süppchen zu kochen. Es wäre ausgesprochen naiv zu meinen, eine revolutionäre Situation würde eben so aussehen, daß auf der einen Seite die bürgerliche Konterrevolution stehe - klar ersichtlich - und auf der anderen - um das revolutionäre Programm geschart - die Arbeiterklasse und die unterdrückten Teile des Kleinbürgertums. Ist eine solche Situation in kapitalistischen Ländern wohl als Ausnahme zu bezeichnen, so erst recht in den deformierten Arbeiterstaaten, wo die offene Konterrevolution im Namen des 'Kommunismus' auftritt.

Wenn z.B. gegen Ende der Weimarer Republik die proletarische Revolution in Deutschland begonnen hätte, dann hätten zehntausende Faschisten in die Kämpfe eingegriffen, Parolen wie: 'Tod dem Zinskapital' oder 'Nieder mit dieser Republik' gerufen und damit sicherlich mehr Verwirrung gestiftet, als die wenigen Horthy-Anhänger 1956 in Ungarn.

Wenn die ungarische Revolution ein 'konterrevolutionärer Aufstand' war, dann haben wir es sicherlich mit der seltsamsten Konterrevolution zu tun, die es in der Geschichte der Klassengesellschaft bis heute gab. Diese 'Konterrevolution' hatte kein Programm, keine der entstehenden Parteien sprach sich für die Rückkehr zum Kapitalismus aus, wie wir sehen werden, geschah sogar das Gegenteil, ja sogar der Kardinal Mindsenty sprach von der Errichtung einer 'klassenlosen Gesellschaft'. Nun, wir glauben nicht, daß dieser Mindsenty zum Revolutionär geworden war, er blieb natürlich ein Reaktionär, aber seine Aussage zeigt genau an, in welche Stoßrichtung die Revolution ging. Wenn die ungarischen Massen tatsächlich bereit gewesen wären, für die Errichtung des Kapitalismus zu kämpfen, warum immer sollte dann Mindsenty von der 'klassenlosen Gesellschaft' sprechen? Keine stalinistische Lüge kann die Wahrheit verdecken: Die Massen kämpften für die sozialistische Demokratie und die wenigen Horthy-Anhänger hatten keine Chance, sie in ihre Richtung zu bringen!

Wenn wir die Ausgaben des Zentralorgans der KPÖ, der 'Volksstimme' aus dem Oktober 1956 durchsehen, so werden die 'Schwierigkeiten', die die österreichischen Stalinisten bei ihren jämmerlichen Versuchen, die ungarische Arbeiterklasse zu verleumden, haben, deutlich. Noch am 24. Oktober weiß das Blatt nichts von einer 'Konterrevolution'. Im Gegenteil: Es berichtet wahrheitsgemäß von den Forderungen der Demonstranten.
"Die Jugendlichen forderten: ungarisch-sowjetische Freundschaft gemäß den Leninschen Prinzipien der Gleichberechtigung ..."
Doch schon am nächsten Tag (!) weiß die 'Volksstimme' mehr. Am 25. Oktober erscheint sie mit dem Aufmacher:
"Auch in Ungarn gegenrevolutionärer Anschlag abgewehrt". Mittlerweile hatte die KPÖ mitbekommen, daß die Rote Armee in die Kämpfe eingegriffen hatte und da nicht sein kann, was nicht sein darf, haben sie am Donnerstag einen 'konterrevolutionären Anschlag' abgewehrt, von dem am Mittwoch noch nichts zu bemerken war!

In den folgenden Tagen verstrickt sich die KPÖ in ein Netz von Lügen, Fälschungen und Verleumdungen. Wie nicht anders zu erwarten, ist sie dabei so plump, daß die eklatanten Widersprüche leicht zu durchschauen und zu widerlegen sind.

Die Position der Stalinisten sieht so aus: Im Zuge der von der Partei selbst eingeleiteten Veränderungen, rotteten sich reaktionäre Banden zusammen, die den teilweise berechtigten Unmut der Massen auszunützen trachteten. Am 23. Oktober war dann die Gelegenheit dazu. Die Reaktionäre mischten sich unter die Demonstranten, holten versteckte Waffen hervor und begannen 'Kommunisten' abzuschlachten. Die Krise in der Partei machte die Abwehr dieses Anschlages so kompliziert und schwierig.

Soweit die Stalinisten.

Dabei ist einiges sonderbar. Bewaffnete, reaktionäre Banden bilden sich bekanntlich nicht über Nacht, sondern in jahrzehntelanger, konspirativer Tätigkeit. Und die ist der Geheimpolizei offenbar verborgen geblieben. Millionen Ungarn wurden bespitzelt und vor Gericht geschleppt, jene 'Bandenmitglieder' besaßen wahrscheinlich Tarnkappen. Noch dazu, mußte es sich um starke, sehr gut bewaffnete und geschulte Banden handeln, wie anders ist es zu erklären, daß sie gegen tausende AVH-Männer und sogar gegen die Rote Armee kämpfen konnten? Am 25. Oktober weiß die 'Volksstimme':

"Arbeiter wurden bewaffnet und schlagen die Angreifer zurück ... Die ungarische Arbeiterklasse vereitelt die Pläne der reaktionären Abenteurer."

Doch diesen zu offentsichtlichen Unsinn konnte man nicht lange halten. Zu klar war, daß es sich eben nicht um 'Banden' handelte, sondern, daß Millionen in Bewegung gekommen waren und kämpften. Nun mußte man eben anders lügen und fälschen. Die Linie der 'Volksstimme' ändert sich in den Tagen nach dem 25. Oktober, wo es eben offensichtlich wurde, daß der 'Anschlag' doch nicht 'abgewehrt' war, folgendermaßen: Der Kampf der Massen ist berechtigt, doch da die Arbeiterklasse keine Führung besitzt, übernehmen es die Konterrevolutionäre die Richtung zu bestimmen. Und die Regierung Nagy weicht und weicht ...

Klar wird die tiefe Verachtung der Massen, die - so meinen die Stalinisten - zu dumm sind, um zu erkennen, wer konterrevolutionär ist und wer nicht. Dumm wie die Schafe trotten sie daher - wollen durchaus Berechtigtes erreichen - doch jeder beliebige Reaktionär kann sich an ihre Spitze setzen - sie bemerken dies nicht einmal. Sonderbar ist auch, daß diese 'reaktionären Elemente' offenbar nicht organisiert waren und kein Programm besaßen. Man wird vergeblich nach Fakten suchen. Wenn Namen genannt werden, dann handelt es sich ausschließlich um den Grafen Esterhazy (der sofort nach seiner Freilassung nach Österreich verschwand, den ungarischen Bauern von da aus Hilfe anbot, was von diesen jedoch abgelehnt wurde) und um Mindsenty. Daneben wird nur noch die Emigranten-Reaktion und die Unterstützung durch die reaktionären imperialistischen Regimes behandelt. Das sollte also die 'Führung' einer 'Konterrevolution' gewesen sein? Diese 'Führung' mußte offenbar erst nach Beginn der Kämpfe ungarischen Boden betreten haben. Doch nichtsdestoweniger gelingt es ihr sofort, sich an die Spitze der Massen zu stellen und sogar die Regierung Nagy ständig zurüchzudrängen! Magische Kräfte waren in Ungarn am Werk - anders kann es nicht sein!

Nachdem die 'Volksstimme' am 25. Oktober keine Probleme hatte, ist dies bereits am 28. Oktober nicht mehr der Fall.
"Über die tieferen Gründe der tragischen Ereignisse in Ungarn wird noch sehr viel zu sagen sein; um sie völlig aufzudecken, wird es einer gründlichen Analyse bedürfen. Dazu ist es heute zu früh."

Die Kretins sind etwas verwirrt und beginnen abzuwarten, was sie in der 'Prawda' lesen werden. Weiß man schon, was passiert?

Die Kommentare schreiben nun alles folgende - die Regierungsumbildungen, die fortdauernden Kämpfe, den Abzug der Roten Armee usw. - der herrschenden Verwirrung zu. Ist ja auch 'logisch'. Wo 'Verwirrung' herrscht, keiner mehr weiß, was der andere will, auf jeden Fall aber in der Gegend herum schießt, da kann sogar so ein reaktionärer Tölpel wie Mindsenty zum 'Führer' werden. Ja, tragisch ist es schon. Da bemüht man sich jahrzehntelang den Massen das Glück zu bringrn, macht dabei -zugegeben - einige Fehler, aber dann laufen diese Menschen einigen Emigranten nach, die keine Partei und kein Programm besitzen! Sie könnten einem direkt leid tun, die 'Volksbeglücker' Rakosi, Gerö und Farkas und ihre Genossen in den anderen 'Volksdemokratien'.

Am 1. November allerdings lesen wir einen beachtlichen Kommentar in der 'Volksstimme':
"Die ungarische Tragödie hat uns zutiefst erschüttert. Arbeiter, Studenten, Jugendliche, Soldaten, Massen des Volkes standen auf, griffen zu den Waffen, kämpften verzweifelt und führerlos gegeneinander. Es war kein Kampf gegen den Sozialismus, kein Kampf für die Rückkehr von Kapital und Reaktion".
Nach dieser beachtlichen Passage kommt die unvermeidliche Lüge, nach der sich 'organisierte Kräfte der Konterrevolution' in die Bewegung eingeschlichen hätten. Wo und wie diese Kräfte organisiert waren, verschweigt man uns.

Doch weiter: "Die Arbeiterklasse steht vor der ungeheuren Aufgabe, rechtzeitig zu verhindern, daß jene, die nicht gekämpft, sondern nur gehetzt (!) haben, daß die alten Herrenklassen als die wahren Sieger aus dem Blutvergießen hervorgehen".

Wieder erfahren wir Neues, diesmal sogar Ungeheuerliches. Nichts ist mit den 'Banden' (sie tauchen allerdings in späteren Kommentaren wieder auf), sondern ein Bürgerkrieg ist's. Allerdings ein etwas verwirrter. Nicht die Klassen kämpfen gegeneinander, sondern jeder gegen jeden, wobei die reaktionären Führer nicht kämpfen, sondern bloß hetzen! Einfach ist der Lauf der Welt und der Verstand eines Redakteurs der 'Volksstimme'. Aufgrund der Hetze greift ein Teil der Arbeiterklasse, der Jugend, der Studenten, der Massen des Volkes (!) zu den Waffen, will zwar nicht den Kapitalismus (es handelt sich offenbar um den ganz dummen Teil des Volkes), beginnt aber dennoch, auf den anderen Teil (der nicht so dumm ist), zu schießen. Es ist unschwer zu erraten, daß der Autor dieses Kommentares in der 'Volksstimme' bei dem zuletzt genannten Teil des Volkes vor allem an die AVH-Männer denkt. Natürlich, die wollten ja auch den Sozialismus! Doch schon beim nächsten Absatz verlassen unseren stalinistischen Redakteur die letzten Reste von Logik.

"Die Massen haben gegen eine Gruppe von kommunistischen Parteiführern gekämpft, die ihre Macht mißbraucht hat."
Diese Gruppe hat, so der Kommentar weiter: "... die sozialistische Demokratie gedrosselt, mit bürokratischen Methoden ein dem Wesen des Sozialismus fremdes Regime ausgeübt."

Und weiter unten: " Allzulange standen sowjetische Truppen in Ungarn, wodurch Bürokraten dazu verführt wurden, nicht im eigenen Volk, sondern in fremden Streitkräften ihre sicherste Stütze zu erblicken."

Hatten wir also zu Beginn des Kommentares einen sonderbaren 'Bürgerkrieg' vor uns, in dem alle gegen alle kämpfen, so erleben wir in wenigen Zeilen die Verwandlung desselben in einen Kampf der Massen gegen eine 'Gruppe von kommunistischen Führern', die sich auf die Rote Armee stützt! Die Angst um seine schäbige Existenz als Redakteur der 'Volksstimme' hat den Kommentator offensichtlich dazu bewogen, gleich einige Erklärungen zu liefern. Zu oft hatte er in der Vergangenheit erlebt, daß Tito ein 'Faschist' und dann doch keiner, Nagy ein 'Titoist' und dann doch keiner war, bzw. dann einer sein durfte. Kann man es diesen tragisch-komischen Figuren denn verdenken, daß sie sich angewöhnen, für jedes Problem gleich mehrere Erklärungen zu liefern? Doch lassen wir die Kretins der KPÖ hinter uns und kehren wir zu der Wahrheit zurück.

Wir haben schon weiter oben erwähnt, daß neben dem unvermeidlichen Auftreten von vereinzelten Konterrevolutionären es in Ungarn keine organisierte konterrevolutionäre Kraft gab, die ein Horthy-Regime errichten wollte bzw. konnte, geschweige denn, daß es solchen Leuten gelang, die Führung der Revolution zu übernehmen. Die Fälschungen der Stalinisten entbehren auch deswegen der primitivsten Logik, weil sie nicht die geringste Grundlage besitzen. Tatsächlich war die ungarische Bourgeoisie (und nur sie konnte ja Träger einer Konterrevolution sein) seit über einem Jahrzehnt politisch und ökonomisch völlig entmachtet. Eine Klasse aber, die von den Produktionsmitteln getrennt wird, löst sich in Einzelindividuen auf, die jede soziale Stütze verlieren. Noch dazu waren die führenden Vertreter dieser ungarischen Bourgeoisie emigriert, was ebenfalls zum Verlust der sozialen Basis führte, soweit man im Falle Ungarns überhaupt davon sprechen kann, daß diese Kräfte (Mindsenty, Esterhazy, Habsburg usw) jemals eine solche Basis besessen haben. Die Bauern und Arbeiter, die unter der bürgerlichen Diktatur jahrzehntelang geblutet haben, die 1944 an den Aufbau eines neuen Ungarns gingen, sollten nun nicht bemerken, daß Horthy-Leute ihre Führer waren? Natürlich, diese Grafen und Gutsbesitzer, die irgendwo im Kapitalismus dahinfaulten, hofften auch zu Wort zu kommen, doch sie besaßen keinerlei Einfluß in Ungarn. Diese maskierten Totengerippe, die nun von 'Freiheit' zu sprechen begannen, kamen den Stalinisten allerdings sehr gelegen. So mußte man eben nicht auf die Forderungen der Arbeiterräte eingehen, man konnte viel leichter und bequemer 'Kaiserin Zita' und ihren schwachsinnigen Sohn Otto zitieren und damit diese herrlichen Kämpfer der ungarischen Arbeiterklasse verleumden. Sie wissen was sie tun, diese Redakteure der stalinistischen Presse!

Doch auch im stalinistischen Lager trifft man auf geteilte Ansichten. So berichtet die jugoslawische 'Politika' am 26. Oktober:

"Tausende erhielten Waffen von den Soldaten und der Miliz, die sich teilweise mit den verbitterten Massen verbrüderten ... Obwohl auch Faschisten am Aufstand teilnahmen, war es doch keine Gegenrevolution ... Eine konterrevolutionäre Gefahr existiert wohl, ist aber nun im großen und ganzen überwunden..."
(zitiert nach Lasky: "Die ungarische Revolution", s. 85)

Oder der Pole Marian Bielicki in 'Pro Prostu' am 25. November (!) 1956:
"... Was hier geschah, ereignete sich am 23. Oktober, als die Menge, empört über die verbrecherische Ermordung junger Menschen durch die AVO-Truppen, zu den Waffen griff. Diejenigen, die für Demokratie, Freiheit und Sozialismus eintraten, wurden von der Polizei niedergeknallt ..."

Der Pole berichtet über die Sympathie, die ihm von Seiten der Kämpfer entgegenströmte, als diese seine Nationalität erfuhren und von einer Frau, die ihn gleich nach seiner Ankunft beiseite nahm:
"Sie sind Journalist - Sie dürfen nicht einfach lügen! Es ist eine Lüge, daß Faschisten und Konterrevolutionäre in der Stadt kämpfen. Die Nation kämpft und zwar für wirkliche Demokratie und wirklichen Sozialismus, für Freiheit und Unabhängigkeit! Sie werden sich selbst davon überzeugen. Unsere Ziele sind diesselben, wie die ihrer eigenen Nation ..."

Der Journalist kommt schließlich zu dem Schluß:
"Eines geht aus all dem chaotischen Informationen deutlich hervor - die ganze Nation steht auf Seiten der Aufständischen. Die Trennungslinie ist scharf: auf der einen Seite die Nation, auf der anderen der stalinistische Teil der Regierung und die AVO. Unter den Aufständischen sind tausende Kommunisten."

In einem weiteren bemerkenswerten Bericht dieses polnischen Journalisten vom 9. Dezember lesen wir:

"Die Nacht verbrachte ich bei ungarischen Freunden. Mehr als 30 Menschen drängten sich auf improvisierten Schlafstellen. Ich kannte einige. Der kleine Mann neben mir war Stahlarbeiter, andere Klempner, Buchhalter, einer studierte Medizin. Ich fragte sie: 'Was wollt ihr denn eigentlich? Wofür kämpft ihr?' Ungefähr 15 Leute antworteten. Sie waren nicht immer einer Meinung, doch im Wesentlichen stimmten sie überein: sie wollen ein freies, unabhängiges Ungarn, ein Land, in dem niemand, weil es einem Bürokraten gerade so einfällt, im Gefängnis landen kann. Sie wollen ein Ungarn, in dem jeder frei zu seinem Nachbarn sprechen kann, ohne befürchten zu müssen, daß der ein Polizeispitzel ist. Sie wollen ein Ungarn, wo die Macht dem Volk gehört und nicht einer kleinen Clique, die die Parolen des Sozialismus mißbraucht.
Wollten sie den Sozialismus?
Der Stahlarbeiter antwortete mir erregt: 'Wir wollen Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit. Wenn uns der Sozialismus das nicht geben kann, dann wollen wir keinen Sozialismus."

Was würde wohl der Altstalinist Fürnberg zu diesen Berichten sagen, der am 23. Oktober 1956 in der 'Volksstimme' seine morbide Stimme erhebt, um von einem "von langer Hand vorbereiteten konterrevolutionären Putsch" zu lügen. Wieder erfahren wir, daß in Ungarn die "Konterrevolution gut organisiert" war, doch wer Beweise erwartet, wird dies vergebens tun. Wie könnte es auch anderes sein, Fürnberg weiß, daß er nicht die Wahrheit spricht.

Wer waren aber wirklich die Führer des Aufstandes?

Nach dem Abzug der Roten Armee am 31. Oktober (auf den Verlauf der Revolution nach dem 23. Oktober werden wir weiter unten noch eingehen), bildeten sich sofort alle Parteien wieder, die in den Jahren 1946-48 zurückgedrängt und verboten wurden. Den stärksten Einfluß in der Arbeiterklasse hatte ohne Zweifel die Sozialdemokratie. Auf der anderen Seite sehen wir, wie in allen Revolutionen, so auch in Ungarn, wie aus den Massen selbst die Führer der Kämpfe wachsen, wie diese noch gestern unbekannten Arbeiter und Studenten oder Offiziere in den entstehenden Räten die wirkliche Führung des Aufstandes übernehmen. Natürlich, eine revolutionäre Führung gab es nicht - und nur eine solche hätte den Sieg garantieren können. Und statt aus den Räten die wirkliche Regierung der Arbeitermacht zu machen, blieben diese 'natürlichen' Führer der Massen, im Grunde genommen Gefangene des 'National-Stalinismus', den sie von sich aus nicht zu überwinden vermochten.

Alleine die Erklärungen der Führer aller neu entstandenen Parteien, widerlegen alle Lügen vom 'konterrevolutionären Putsch'. So die sozialdemokratische Führerin Anna Kethly am 1. November in dem neuen Parteiorgan:

"Die sozialdemokratische Partei ... hat sich ihre Existenzmöglichkeit erkämpft. Sie hat sie im Kampf gegen ein Regime erobert, das sich Volksdemokratie nannte, das jedoch nach Form und Wesen weder volkstümlich noch demokratisch war. Wir grüßen in Ehrfurcht die Helden, die die Wiedergeburt der Partei möglich gemacht haben. Tausende von jungen Intellektuellen und Arbeitern, die, hungernd und zerlumpt gekämpft haben, angespornt von der Idee eines freien und unabhängigen Ungarn ... Aus einem Gefängnis befreit, laßt uns nicht dulden, daß das Land zu einem Gefängnis einer anderen Farbe wird. Laßt uns über die Fabriken, die Bergwerke und das Land wachen, die in den Händen des Volkes bleiben müssen."

Oder Bela Kovacs, einer der Führer der Kleinelandwirte-Partei am 31. Oktober:
"Keiner darf von einer Rückkehr zur Welt der Grafen, Bankiers und Kapitalisten träumen. Mit dieser Welt ist es ein für allemal aus. Ein echtes Mitglied der Kleinlandwirte-Partei kann sich nicht mehr in den Gedankengängen der Zeit von 1939 oder 1945 bewegen."

Und Ferenz Farkas, Generalsekretär der Petöfi-Partei (die von den Stalinisten als 'halbfaschistisch' bezeichnet wurde):
"Die Regierung wird von den sozialistischen Errungenschaften alles das beibehalten, was in einem freien, demokratischen und sozialistischen Land entsprechend den Wünschen des Volkes Verwendung finden kann und finden muß.

Wir wünschen mit jedem sozialistischen Land die aufrichtigsten und herzlichsten Wirtschafts- und Kulturbeziehungen aufrechtzuerhalten, auch wenn wir zur Neutralität gelangt sind. Wir wünschen auch mit den anderen friedliebenden Ländern der Welt, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen anzuknüpfen"!
(alle Zitate aus Fryer: ...)

DER MAOISMUS UND DIE UNGARISCHE REVOLUTION

Die Maoisten vertreten bekanntlich heute, daß der XX. Parteitag der KPdSU der sichtbare Wendepunkt war, der deutlich machte, daß die Sowjetunion den Weg der 'kapitalistischen Restauration' eingeschlagen hatte. Hier ist nun nicht der Platz, um diese Behauptung zu widerlegen, doch muß man feststellen, daß dann die Niederschlagung der ungarischen Revolution wohl die Tat eines Regimes war, welches bereits 'imperialistische' Züge aufweisen mußte. Doch wie bei den Stalinisten Moskauer Prägung, so finden wir auch bei den Maoisten nicht die geringste Spur der primitivsten Logik.

Am 6. November lesen wir in der 'Volksstimme' eine Erklärung der KP Chinas, die - wäre der Gegenstand dieser Erklärung nicht so tragisch - zur Erheiterung beitragen könnte.

"Wir erhielten die Botschaft, daß das ungarische Volk eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung mit Janos Kadar an der Spitze gebildet und mit Unterstützung der in Ungarn stehenden Sowjettruppen die reaktionäre Regierung Imre Nagy gestürzt hat. Das ungarische Volk hat die Pläne der Konterrevolution zerschlagen und die Lage in Ungarn unter seine Kontrolle genommen ... Wir freuen uns nicht nur für das ungarische Volk, sondern für die gemeinsame Sache des Sozialismus in der ganzen Welt ... Das ungarische Volk hat seinen Sieg mit Hilfe der Sowjetunion errungen.
Die Einstellung der Sowjetunion ist die völlig richtige Einstellung des proletarischen Internationalismus. Die Sowjetunion achtet die Unabhängigkeit der Ungarischen Volksrepublik und mischt sich nicht (!) in die inneren Angelegenheiten ein."

Hier ist alles auf den Kopf gestellt. Diese perfide Erklärung allein zeigt, was der 'Kampf' der Maoisten gegen den Revisionismus tatsächlich war: Ausdruck der eigenen nationalbornierten Interessen der chinesischen Bürokratie, also genau das Gegenteil dessen, was er zu sein vorgab. Derselbe Kader, der 1956 angeblich an der Spitze einer 'revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung' stand, wird heute von den Maoisten sicherlich als 'Häuptling der ungarischen Sozialfaschisten' bezeichnet.

Doch immerhin, gar so deutlich dürfte der XX. Parteitag der KPdSU doch nicht die 'Restauration des Kapitalismus' in der Sowjetunion eingeleitet haben, denn ein halbes Jahr später weiß man in Peking noch nichts davon. Im Gegenteil, die Sowjetunion hat die 'völlig richtige Einstellung des proletarischen Internationalismus'. Doch es kommt noch ärger. Ganze sieben Jahre (!) später unterstützt die KP Chinas in der 'Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung' noch immer die Niederschlagung der Revolution und wirft der Sowjetunion noch vor, dies nicht rigoros genug getan zu haben! Mag sein, daß ein halbes Jahr nicht genügt, um von Peking aus feststellen zu können, daß die UdSSR sich in ein 'kapitalistisches' Land 'verwandelt' hat, sieben Jahre sollten aber doch reichen.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die 'Marxisten-Leninisten' in größte Schwierigkeiten kommen, wenn sie die Ereignisse in Ungarn behandeln. Nicht etwa die KP Chinas, die sich - ebensowenig wie die KPdSU - keineswegs bemüht, zumindest ein gewisses Minimum an Logik in ihre Erklärungen zu bringen.

Doch der 'Kommunistische Bund Westdeutschlands' hat diese Schwierigkeiten schon. In seinem theoretischen Organ 'Kommunismus und Klassenkampf' finden wir in der Ausgabe vom März 1975 einen Artikel von G.S. mit dem monströsen Titel: "Der Revisionismus führt zur Machtergreifung der Bourgeoisie - das Beispiel Ungarn".

G.S. ist bemüht, die unbestreitbaren Tatsachen mit seiner stalinistischen Ideologie zu versöhnen und kommt dabei natürlich in unlösbare Schwierigkeiten. Ist er an manchen Stellen seines Artikels durchaus bereit zu denken, so muß er am Schluß beten, um 'Marxist-Leninist' (für das hält er sich sicherlich) bleiben zu können. Er kritisiert die ungarischen Kommunisten, die nach dem Krieg nicht daran denken, "wirkliche Machtorgane der Arbeiterklasse aufzubauen". Er stellt richtig fest, daß der bürgerliche Staat in Ungarn nicht von der Arbeiterklasse sondern von der Roten Armee zerschlagen wurde und daß die KP einen Kampf um Positionen im Staatsapparat führte, statt die "allgemeine Volksbewaffnung voranzutreiben". Der grundlegende Fehler des Autors besteht allerdings darin, daß er die Staatsfrage (obwohl er ihr in Worten immer wieder größte Bedeutung zumißt) nicht versteht. Er begreift nicht, daß der ungarische Staatsapparat zum Ersten schon vor dem Einmarsch der Roten Armee äußerst schwach war (Ungarn war ja vom deutschen Imperialismus besetzt) und daß zum Zweiten die Besetzung durch die Rote Armee den kümmerlichen Resten des Horthy-Staates den Todesstoß versetzte. An der Oberfläche bleibend sieht er wiederentstehende 'bürgerliche Strukturen' und übersieht, daß die Rote Armee die tatsächliche Macht im Staate innehatte. Die Schaffung von Strukturen eines 'demokratischen Staates' entsprach eben genau der Politik der Sowjetunion in diesen Jahren und ist keineswegs eine ungarische Erscheinung. Doch zu einer Kritik an der Kreml-Bürokratie kann sich G.S. natürlich nicht aufschwingen, lebte doch damals noch der 'weise Vater der Völker'. So müssen die ungarischen Stalinisten herhalten.
"Dies war jedoch kein vereinzelter Fehler in der Politik der UKP gewesen. Das ganze Herangehen der ungarischen Kommunisten an die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sah dementsprechend aus. Sie setzten die Machtergreifung der Arbeiterklasse mit der Eroberung der Macht im Parlament und mit der Besitzergreifung des Staates über die Produktionsmittel gleich, ohne nach dem Charakter des bürgerlichen Parlaments und dem Klassencharakter des Staates zu fragen".
Doch auch - bei der teilweise korrekten - Beschreibung der Politik der UKP vor 1956 verstrickt sich G.S. in haarsträubende Widersprüche - wobei wir es seiner Phantasie überlassen festzustellen, ob es sich um Haupt- oder Nebenwidersprüche handelt. So bezeichnet er diese Politik schon lange vor 1956 als 'bürgerlich', um dann allerdings festzustellen, daß "die sozialen Maßnahmen eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes (waren)." Doch immerhin.er kritisiert die Politik der UKP ziemlich scharf, um dann, wie er selbst sagt, nur kurz "zusammenfassend" auf das Jahr 1956 einzugehen.

Nach dieser Entwicklung bis 1956 kann der Ausbruch des Aufstandes wirklich nicht mehr wundern. Ein Volk, das unter der Diktatur seiner eigenen (!) kommunistischen Partei zu leiden hat (!), das immer mehr sein Vertrauen in die Kommunisten verliert und folglich seine Unterdrücker in ihnen sieht; eine Bourgeoisie (alte und neue, wie sie jeden Tag aus der Kleinproduktion, aus den noch existenten (!) bürgerlichen Verhältnissen entsteht), eine Bourgeoisie, die nie (!) wirklich bekämpft wurde ...".

Nach dieser Feststellung bezeichnet G.S. den Charakter des Aufstandes, als in der "Hauptsache konterrevolutionär"!
Bei dem jämmerlichen Versuch dies zu belegen, kann man die geistige Verwandtschaft zwischen den Stalinisten der Moskauer und der Pekinger Richtung leicht feststellen.

Wie bei der KPÖ, so gelingt es auch beim KBW "konterrevolutionären Elementen", die "Führung" des Kampfes zu übernehmen. Und wie bei der KPÖ wird man vergeblich nach Fakten suchen, die ein Programm der Konterrevolution und die Existenz einer konterrevolutionären Partei belegen. Im Gegenteil, G.S. ist noch dumm genug, zu schreiben:
"Aber ausnahmslos alle Petitionen enthielten auch die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse ..."
Und das bei einer konterrevolutionären Führung!

Um die Niederschlagung der Revolution durch die Rote Armee rechtfertigen zu können, muß G.S. dann auch den letzten Rest seines politischen Verstandes über Bord werfen.

"Von dem Standpunkt der heutigen Entwicklung aus betrachtet war der Einmarsch der sowjetischen Truppen falsch, sogar ein Verbrechen (!) der ungarischen Arbeiterklasse gegenüber. Unter den damaligen (!) Umständen jedoch bedeutete der Einmarsch nochmals eine Chance für die ungarischen Kommunisten, ihre Fehler zu korrigieren - selbst die KPdSU war zu der Zeit erst revisionistisch ausgehöhlt, hatte ihre Farbe jedoch noch nicht völlig endgültig von "rot auf braun gewechselt".

Die Erklärung für diese opportunistische und lachhafte Rechtfertigung ist recht einfach. Mittlerweile hatten sich die KP Chinas und ihre Nachbeter in der ganzen Welt entschlossen festzustellen, daß die Sowjetunion seit dem XX. Parteitag 'imperialistisch entartet' ist. Damals allerdings wußte man das noch nicht, bekanntlich geht der Wechsel eines soziali-



stischen Regimes zu einem kapitalistischen völlig lautlos über die Bühne...

Hier wird die völlige Prinzipienlosigkeit der Maoisten deutlich. Wer seine Politik an der Methode der 'Peking Rundschau' orientiert, landet eben dort, wo er hingehört: Im Mistkübel ... Aber G.S. hat ein Problem. Er begreift nicht, warum 1963 in der 'Polemik über die Generallinie...' der Einmarsch noch immer begrüßt wird, obwohl doch damals schon alles klar war mit dem 'Sozialimperialismus'. So irrt der bedauernswerte G.S. noch immer in der Welt umher und versucht diesen 'Nebenwiderspruch' zu lösen ...

Völlig pragmatisch wird also die Niederschlagung der ungarischen Revolution rückwirkend verurteilt. Dem KBW geht es eben - wie allen Stalinisten - nicht um die Interessen der Arbeiterklasse, sondern einzig darum, die Schwenks der Politik der KP Chinas zu rechtfertigen. Die ungarischen Räte, der Kampf der Arbeiter um ihr Recht auf sozialistische Demokratie ist dabei für die Maoisten völlig bedeutungslos.

AUFSTAND FÜR DIE KAPITALISTISCHE "FREIHEIT"?

Das gängige'Argument' aller Verleumder der ungarischen Revolution ist die Tatsache, daß die gesamte bürgerliche Presse begeistert vom "Kampf für die Freiheit" sprach und damit natürlich kapitalistische "Freiheit" im Sinne hatte. Einfach und plump wie die geistige Welt der Stalinisten einmal ist, stellen sie einfach fest: Da die kapitalistische Presse und die kapitalistischen Regierungen für den Aufstand waren, war dieser eben eine Konterrevolution! Und die jahrzehntelang in diesem einfachen Schema erzogenen Parteimitglieder, denen man jede Fähigkeit zu denken ausgetrieben hatte, nicken bedächtig und stur ...

Doch alle diese 'Argumente' fallen bei der Berührung mit der Wirklichkeit in sich zusammen. Die bürgerliche Presse versuchte natürlich die Revolution für ihre antikommunistische Propaganda auszunützen. Doch sie verschwieg - ebenso wie die Stalinisten - die Forderungen der Räte, die Verbrüderung zwischen Teilen der Roten Armee und den Aufständischen. Beide - bourgeoise Propaganda und Stalinismus - treffen sich hier und ergänzen einander. Alles proletarisch-revolutionäre muß verschwiegen und verfälscht werden. Die geistige Schule aus der der bürgerliche und der stalinistische Journalist stammen, ist diesselbe. Die Bourgeoisie hat kein Interesse an der proletarischen Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten. Zu leicht könnte diese den 'Eisernen Vorhand' überschreiten und die Arbeiterklasse des Kapitalismus in ihren Bann ziehen. So bleibt die 'Solidarität' der bürgerlichen Presse und der Sozialdemokraten oberflächlich und heuchlerisch. Für diese Art der 'Solidarität' geht es eben nur darum, der Arbeiterklasse zu beweisen, daß der'demokratische Kapitalismus' die beste aller Gesellschaftsformen ist.

Aber es ist genau der Stalinismus, der der kapitalistischen Propaganda die Argumente liefert. Ohne Rakosi, Stalin und Konsorten, ohne die Unterdrückung der Massen, ohne die widerlichen Schauprozesse könnten die bürgerlichen Schreiberlinge niemals ihr Geschäft betreiben. Eben weil diese Propaganda an Tatsachen anknüpfen kann, gelingt es ihr, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten für ihre Zwecke zu mißbrauchen und stärker an den bürgerlichen Staat zu binden.

Antikommunisten sitzen nicht nur in den Redaktionen der bürgerlichen Presse, sondern auch in denen der 'Prawda' sowie der anderen stalinistischen Zeitungen.

Während die Rote Armee in Ungarn den Aufstand blutig unterdrückte, landeten imperialistische Truppen in Ägypten, um die Verstaatlichung des Suez-Kanals rückgängig zu machen und gleichzeitig jeder potentiell fortschrittlichen Bewegung der arabischen Massen einen Schlag zu versetzen. Kann es einen deutlicheren Beweis für die Tatsache geben, daß Imperialismus und Stalinismus zu den Todfeinden der sozialistischen Revolution gehören? In 'ihrem' Gebiet sorgen sie beide für 'Ruhe und Ordnung'!

So kann keine noch so rührselige bürgerliche Propaganda die Realität verdecken: Von dieser Seite haben die Arbeiter in den deformierten Arbeiterstaaten nichts zu erwarten. Den Zeilen der ungarischen Revolution stehen Bourgeoisie und Stalinismus feindlich gegenüber. Nur die internationale Solidarität der Arbeiterklasse kann den Sieg garantieren. Diese Solidarität muß die Mauer, die von den Herrschenden gezogen wurde, sprengen. Der Klassenkampf kennt keinen 'Eisernen Vorhang'!

DER WEITERE VERLAUF DER REVOLUTION

Die am 24. Oktober umgebildete Regierung - mit Nagy als Ministerpräsidenten - versuchte dessen Popularität und Einfluß auszunützen, um die kämpfenden Massen zu beruhigen. Doch nachdem dies vergebens war, verkündete man - wieder mit der Unterschrift von Nagy - das Standrecht. Verschiedene Berichte - und die kommenden Ereignisse bestätigen diese - deuten darauf hin, daß Nagy unter schwerem Druck stand. Ohne Zweifel war dies der Fall, wenngleich wir es für falsch halten, ihn als einen 'Gefangenen' der Sowjettruppen und der Bürokratie zu halten. Wäre es allein verantwortlich gewesen, so hätte er sicherlich nicht das Standrecht verkündet. Doch das ändert nichts daran, daß auch seine Politik zur Niederlage der Revolution führen mußte.

Aus allen Berichten wird auch klar, daß die Sowjetbürokratie schon seit längerem mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in Ungarn gerechnet hatte. Auffallend und bezeichnend dabei ist, daß nicht die Einheiten, die in Ungarn stationiert waren in die Kämpfe eingriffen, sondern hauptsächlich frisch herbeigeschaffte, die von der gesamten Entwicklung im Lande unberührt waren. Die zu den Aufständischen übergehenden Soldaten der Roten Armee gehörten vor allem zu den zuerst genannten Einheiten.

In den folgenden Tagen bricht in ganz Ungarn der stalinistische Staatsapparat zusammen und Räte, in denen alle Parteien vertreten sind, übernehmen die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens, soweit dies während der Kämpfe überhaupt möglich ist. Diese Räte stehen völlig in der Tradition der russischen Revolution. Am 25. Oktober wird Gerö als Erster Sekretär abgesetzt und Kadar - der bei den Massen als ehemaliger 'Titoist' Vertrauen genießt - tritt an seine Stelle. An diesem Tag waren Suslow und Mikojan in Budapest und klarerweise ist diese Veränderung auf ihre direkte Intervention zurückzuführen. Der verhaßte Gerö war für die Aufständischen ein rotes Tuch.

Doch auch der neuerliche Versuch, die Kämpfer zum Aufgeben zu bewegen - jetzt allerdings in einem versöhnlichen Ton gehalten - ist vergebens. Die Arbeiterklasse will das, wofür sie ihr Leben riskierte, das, wofür nun schon tausende gestorben waren, verwirklicht sehen: sozialistische Demokratie! Und solange noch die Einheiten der Roten Armee in Ungarn stehen, kann dies nicht geschehen. Deshalb wurde die Forderung: Sofortiger Abzug der Sowjets! zur zentralen Forderung der Revolution. Obwohl aus allen Resolutionen und Erklärungen der Räte die Illusionen in die Regierung Nagy deutlich werden (es taucht auch die Forderung nach einer Regierung 'im Geiste von Bela Kun und Rajk' auf), steht diese Regierung dennoch unter einem gewaltigen Druck, den sie mit den halben, abwieglerischen Maßnahmen und Erklärungen auch nicht begegnen kann.

So verkündete der Arbeiterrat von Groß-Miskoc am 25. Oktober:



"Der Arbeiterrat von Groß-Miskoc und das Parteikomitee haben sich ohne Rücksicht auf die Antwort des Genossen Imre Nagy entschlossen, die in der Resolution der werktätigen Bevölkerung von Borsod und Miskolc niedergelegten Forderungen so lange aufrechtzuerhalten, bis sie erfüllt worden sind.
Unser Aufruf, den wir in Verbindung mit diesem vom Geiste Kossuths getragenen Forderungen an die Arbeiter richteten, enthält fünf Punkte.
Wir verlangen: 1. daß die Sowjetarmee das Land sofort verläßt; 2. eine neue ungarische Regierung; 3. das Streikrecht; 4. völlige Amnestie für alle Ungarn, die am Aufstand teilgenommen haben; 5. solange diese Forderungen nicht berücksichtigt worden sind, wird die Bevölkerung von der Provinz Borsod und von Groß-Miskolc weiterstreiken; vom Streik ausgenommen sind nur Eisenmittelversorgung, Kraftwerke und die Presse."
(zitiert nach Lasky: ..., Seite 90)

Die Regierung muß schließlich die Arbeiterräte anerkennen und Nagy sichert ihnen auch zu, daß er sich für die Verwirklichung ihrer Forderungen einsetzen wird. Am 27. Oktober wird die Zusammensetzung der neuen Regierung verkündet. Auffallend ist, daß ihr wohl einige frühere Mitglieder der Kleinlandwirte-Partei und der Nationalen Bauernpartei angehören, aber kein Vertreter der Sozialdemokratie. Die meisten Regierungsmitglieder gehören der Kommunistischen Partei an.

Doch die Kämpfe gehen weiter. Mit dem Mute der zu allen entschlossenen Massen kämpfen die Aufständischen gegen die AVO und die Rote Armee. Halbwüchsige und Frauen gehen mit Benzinflaschen bewaffnet gegen Panzer vor, verteidigen jeden Stein in Budapest:

"Ich sah ihn hinter dem Panzer herrennen. Er versuchte hinaufzuspringen und es gelang ihm tatsächlich, ohne daß er die Aufmerksamkeit der Russen erregte. Er warf sein Granatbündel auf die Plattform, sprang ab und wollte zu uns zurücklaufen. Als ich meinen Blick wieder dem Panzer zuwandte, bemerkte ich, daß die Handgranaten heruntergerollt und auf die Straße gerollt waren. 'Sandor', schrie ich, 'komm rasch, rasch!' Ich kann noch jetzt sein Gesicht sehen. Zweifellos hatte er mich gehört. Seine Augen waren voller Tränen. Er nahm die Handgranaten wieder auf, kletterte wieder auf den Panzer und warf das ganze Bündel gegen den Turm. Ein augenblendender Blitz folgte, eine furchtbare Explosion. Wir warfen uns alle auf den Boden, um nicht von den umherfliegenden Splittern getroffen zu werden. Ich schaute nicht mehr hin. Sandor war tot ..."
(zitiert nach: Lasky, ..., Seite 109)

Am 28. Oktober schließlich ordnet die Regierung eine Waffenruhe an und verkündet die Aufnahme von Verhandlungen über den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen. Zu diesem Zeitpunkt wird nur noch in Budapest gekämpft, weite Teile des Landes sind in den Händen der Aufständischen. In einer an diesem Tag im Rundfunk verlesenen Erklärung von Nagy, weist dieser alle Lügen von einer 'Konterrevolution' zurück:

"Die Regierung lehnt es ab, diese gewaltige Volkserhebung als Konterrevolution zu betrachten. Zweifellos haben, wie es immer bei großen Volkserhebungen geschieht, in den letzten Tagen Übeltäter die Gelegenheit zu gemeinen Verbrechen benutzt. Es geschah auch, daß reaktionäre, konterrevolutionäre Elemente sich der Bewegung anschlossen und die Ereignisse zum Sturz des volksdemokratischen Systems auszunutzen versuchten. Es ist aber auch unbestreitbar, daß in dieser Bewegung ein großer, nationaler und demokratischer Impuls wirksam geworden ist, der unser ganzes Volk umfaßt."

Das gesamte Land ist mit einem dichten Netz von Arbeiterräten durchzogen, die ihre Abgesandten nach Budapest schicken und in ihren Gebieten die Staatsgewalt ausüben. Am 29. Oktober beginnt der Abzug der Roten Armee. Doch er geht äußerst langsam vor sich, weil die Sowjetbürokratie die Bedingung aufgestellt hatte, daß alle Aufständischen vorher die Waffen abgeben mußten. Nach einem Hetzartikel der 'Prawda' erscheint am 29. Oktober eine Antwort in der 'Szabad Nep', in der es heißt:

" Die Losungen der sozialistischen Demokratie tönten am lautesten und nicht die der Reaktion oder Konterrevolution ... Wenn wirklich etwas zusammengebrochen ist, dann die Herrschaft der Rakosi-Clique! ...Im weiteren Verlauf behauptet der Prawda-Artikel, die Wühlarbeit der amerikanischen und englischen Imperialisten sei die Ursache der Demonstrationen in Budapest und des Aufstandes gewesen. Wir müssen offen sagen, daß diese Erklärung der 'Prawda' eine Beleidigung für die gesamte Bevölkerung von Budapest darstellt."

Einen Tag später - am 30. Oktober - verkündet Nagy die Aufhebung des Einparteiensystems und die Bildung einer Regierung, in die Vertreter aller Parteien (auch der Sozialdemokratie) enthalten sind. Auch Janos Kadar ist Mitglied dieser Regierung. Nachdem die meisten Einheiten der Roten Armee das Land verlassen hatten (von einem völligen Abzug konnte nie die Rede sein), wurden sofort die Parteien wieder gegründet, 25 Tageszeitungen tauchten in den zerstörten Straßen Budapests wieder auf, die Gewerkschaften reorganisierten sich auf einer von allen Parteien unabhängigen Grundlage - die Morgendämmerung einer neuen Zeit schien hervorzubrechen...

Die zusammengebrochene stalinistische Partei sollte auf einer neuen Grundlage und mit einem neuen Programm (wie selbst Kadar sagte) neu aufgebaut werden und nur solche Personen als Mitglieder zulassen, die nichts mit den Verbrechen der Rakosi-Ära zu tun hatten. Sogar die Sowjetbürokratie änderte für einige Tage ihren Kurs (zumindest schien es so) und die 'Prawda' schrieb keine Hetzartikel. Die Regierung Nagy begann die Verhandlungen über den Austritt Ungarns aus dem Warschauer-Pakt.

Am 1. November gibt Kadar einer italienischen Zeitung ein bemerkenswertes Interview. Bemerkenswert deshalb, weil er wenige Tage später den zweiten Angriff der Roten Armee begrüßen wird.

"Frage: Welche Art des Kommunismus vertreten Sie, Herr Kadar?
Antwort: Den neuen Typ, der aus der Revolution hervorging und nichts mit dem Kommunismus der Gruppe Rakosi-Hegedüs-Gerö zu tun haben will.
Frage: Ist dieser 'neue Kommunismus', wenn man ihn so nennen darf, vom jugoslawischen oder polnischen Typ?
Antwort: Unser Kommunismus ist ungarisch. Er ist eine Art 'dritter Kraft' und hat weder Beziehungen zum Titoismus noch zum Kommunismus Gomulkas.
Frage: Wie würden Sie diese 'dritte Kraft' beschreiben?
Antwort: Sie ist Marxismus-Leninismus, angepaßt den besonderen Erfordernissen unseres Landes, unseren Schwierigkeiten und unseren nationalen Problemen. Sie ist weder beeinflußt von der UdSSR noch von anderen Abarten des Kommunismus; ich wiederhole, es handelt sich um ungarischen Nationalkommunismus. Diese 'dritte Kraft' entsprang unserer Revolution, in deren Verlauf, wie Sie wissen, zahlreiche Kommunisten, auf Seiten der Studenten, der Arbeiter, des Volkes kämpften."
(zitiert nach: Lasky, ..., Seite 194)

Am 4. November im Morgengrauen beginnt der - längst geplante - konzentrierte Angriff der Roten Armee auf Budapest. Pal Maleter, der Kriegsminister ist längst verhaftet, Kadar hat sich abgesetzt um eine 'Arbeiter- und Bauernregierung' zu bilden, die den Einmarsch unterstützt.

Vor allem die Arbeiterviertel von Budapest sind dem Trommelfeuer der sowjetischen Geschütze ausgeliefert. Die Stalinisten wissen genau, wo der härteste Widerstand zu brechen ist. Die 40.000 Arbeiter der Csepel-Werke haben an die Wände der Fabrikmauern folgende Erklärung angebracht:

"40.000 Aristokraten und Faschisten der Csepel-Werke streiken weiter"!

Die Räte des Landes rufen zum Generalstreik auf. Der verzweifelte Widerstand hält noch tagelang an. Doch die Revolution besitzt zuwenig Waffen und Munition um diesem Großangriff widerstehen zu können.

Nagy und andere Führer der Revolution fliehen in die jugoslawische Botschaft, von wo sie noch im November entführt werden und im Jahre 1958 werden Nagy und Maleter nach einem Geheimprozeß in Rumänien hingerichtet. Tausende werden erschossen, zehntausende eingekerkert oder deportiert. Die Konterrevolution wütet nun wirklich in Ungarn. Doch auch nachdem der militärische Widerstand zusammengebrochen war, beugte sich die ungarische Arbeiterklasse nicht. Monatelang gab es Streiks und passiven Widerstand. Die Räte wurden nach und nach zurückgedrängt, bis sie schließlich völlig bedeutungslos wurden.

Am 14. November 1956 noch wird der 'Zentrale Arbeiterrat von Budapest' gegründet, der folgende Forderungen erhebt:

"Wir Arbeiter sind der Meinung, daß es zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung notwendig sei, die Führung der Regierung einer Persönlichkeit zu übertragen, die das Vertrauen des Volkes genießt. Folglich schlagen wir vor, daß Genosse Imre Nagy die Leitung der Regierung übernehmen soll.
2. Wir protestieren dagegen, daß Mitglieder der früheren Sicherheitspolizei (AVH) in die neugegründeten Sicherheitsorgane aufgenommen werden sollen. Wir fordern, daß die neuen Sicherheitsorgane aus revolutionärer Jugend, aus denjenigen Mitgliedern der Polizei und der Armee, die dem Volk treu geblieben sind, und aus Arbeitern der Betriebe zusammengestellt werden. Das neue Sicherheitsorgan darf nicht eine Formation für die Verteidigung von Parteiinteressen oder von Interessen einzelner Personen werden.
3. Volle Freiheit soll allen Freiheitskämpfern gesichert werden, auch für Pal Maleter und seine Kameraden. Alle, die bis jetzt verhaftet wurden, sollen auf freien Fuß gesetzt werden.



4. Um die Freundschaft mit der UdSSR zu verstärken, müssen die sowjetischen Truppen baldmöglichst das Land verlassen, und die Möglichkeit, unser Land in Frieden aufzubauen, soll uns gesichert sein.
5. Wir fordern, daß weder die Presse noch der Rundfunk Informationen verbreiten, die nicht der Wahrheit entsprechen.
6. Solange auf unsere Forderungen keine befriedigende Antwort eingegangen ist, werden wir nur die für das alltägliche Leben der Bevölkerung allernotwendigsten Betriebe produzieren lassen, ferner Instandhaltung leisten und jene Wiederaufbauarbeiten gestatten, die für die Volkswirtschaft unentbehrlich sind.
7. Wir fordern, daß das Einparteiensystem abgeschafft wird und nur jene Parteien zugelassen werden, die auf der Grundlage des Sozialismus stehen.
8. Sobald wir zufriedenstellende Antworten erhalten, wird die Arbeit aufgenommen.

Noch im Dezember ruft dieser Arbeiterrat aus Protest gegen die Maßnahmen der Regierung Kadar zum 48-stündigen Generalstreik auf.

Doch der Stalinismus hat die Oberhand gewonnen. Nach und nach kehrt 'Ruhe und Ordnung' in Ungarn ein!

DIE GRÜNDE FÜR DIE NIEDERLAGE DER UNGARISCHEN REVOLUTION

Die ungarische Revolution zeigte mit aller Klarheit - ebenso wie alle anderen Erhebungen gegen den Stalinismus - die Grenzen einer Massenerhebung ohne revolutionäre Führung an. Obwohl die Arbeiterklasse sofort zur Bildung von Räten schritt und damit bewies, daß selbst die stalinistische Herrschaft die revolutionäre Tradition nicht völlig zum Verschwinden bringen konnte, waren diese Räte dennoch nicht in der Lage, die Macht im Staate vollständig in die Hand zu nehmen. Sie waren nicht national koordiniert und vermochten so nicht mehr als Druck auf die Regierung Nagy auszuüben, was zwar zur Verwirklichung vieler ihrer Forderungen führte (bzw. zur Ankündigung dieser Verwirklichung durch die Regierung), insgesamt aber nichts am schwankenden Charakter der Politik dieser Regierung änderte. Sie versäumten es dem 'National-Stalinismus', sowie den kleinbürgerlichen Parteien eine geschlossene Rätebewegung (in der alle Parteien vertreten sein mußten) entgegenzustellen. Zu groß waren die Illusionen in diese Parteien. So wäre es die Aufgabe dieser Räte gewesen, die schwankende Nagy-Regierung abzulösen und bewußt die Arbeiter- und Bauernmacht zu errichten. Die Illusionen und das Abwarten verhinderten dies jedoch.
Eine weitere Aufgabe der Räte, deren Erfüllung zum Sieg der Revolution lebenswichtig gewesen wäre, hätte in Maßnahmen bestehen müssen, die die nationale Isolierung der ungarischen Revolution durchbrochen und die aktive Solidarität der Arbeiterklasse in den anderen deformierten Arbeiterstaaten, als auch in den kapitalistischen Ländern hervorgerufen hätte. Doch auch hier verhinderten die Illusionen in den 'ungarischen Weg zum Sozialismus' solche Schritte. So war zwar passive Solidarität vorhanden, aber eben nicht mehr. Um diese Perspektive in den Räten durchzusetzen, war die Voraussetzung des aktiven Eingreifens eines revolutionären Kaders in die Kämpfe nicht gegeben.

Die Tragik der ungarischen Revolution liegt auch darin, daß die kämpfenden Massen von sich aus zwar den Stalinismus zu Fall brachten, aber nicht imstande waren, bewußt die Macht in die Hand zu nehmen, sondern den Zustand der Doppelherrschaft (auf der einen Seite die Arbeiterklasse und die Bauern, auf der anderen die Sowjetbürokratie, vermittelt durch die Rote Armee) nicht positiv überwinden konnte. Diese Erfahrung beweist auch, daß selbst der größte Heldenmut - und diesen haben die ungarischen Kämpfer tausendfach bewiesen - allein nicht genügt, sondern erst in der Verbindung mit der revolutionären Partei siegen kann.

Selbst eine sehr kleine revolutionäre Gruppe wäre in Ungarn mit einer richtigen Politik sehr rasch zu einer Massenpartei geworden. Die Aufgabe einer solchen Gruppe wäre es gewesen, an den aus den Massen selbst kommenden Forderungen anzusetzen und sie mit dem System der Übergangsforderungen zu verbinden. Die Frage der Arbeitermiliz erreichte in Ungarn einen äußerst zugespitzten Ausdruck. Wohl waren die Arbeiter bewaffnet, aber nicht in koordinierten Einheiten zusammengeschlossen. Die Arbeiterkontrolle über die Produktion und über den Wirtschaftsplan, die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, die sich direkt auf die Räte stützt und diesen verantwortlich ist, die bewußte politische Arbeit in der Roten Armee, all diese Fragen standen ungelöst im Mittelpunkt der ungarischen Revolution!

Unser Genosse Werner ist nicht mehr

Ein liebenswürdiger und aufopfernder Genosse ist von uns gegangen, unser Ehrenmitglied Genosse Werner. Er starb im 7o. Lebensjahr - nach einem Leben voll von politischem Engagement für die Arbeiterbewegung.

Schon in früher Jugend schloß er sich der österreichischen Sozialdemokratie an und versuchte als aktiver Jugendfunktionär, gemäß seinem damaligen politischen Verständnis, für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten. Später war es für ihn eine Selbstverständlichkeit auch mit der Waffe in der Hand zu kämpfen - er schloß sich dem Schutzbund an.

Nicht so selbstverständlich war dies für die überwiegende Mehrzahl der sozialdemokratischen Funktionäre. Ihre verräterische Passivität, ihre ständige Klassenkollaboration mit den Vertretern der österreichischen Bourgeoisie, ihr ständiger Rückzug vor der Gegenrevolution erschütterten das Vertrauen des Genossen Werner in die Parteiführung; dennoch hielt er die sozialdemokratische Bewegung noch für reformierbar. So war er weiterhin bereit sich im Rahmen der 'Revolutionären Sozialisten' - der illegalen Sozialistischen Partei nach dem Februar 1934 zu organisieren.

Der Zusammenbruch der 'Revolutionären Sozialisten' einerseits und seine frühe Einberufung zur deutschen Wehrmacht andererseits führten zu einer Unterbrechung seiner organisierten politischen Tätigkeit.

Noch im Kriegsgefangenenlager lernte Genosse Werner ein ehemaliges Mitglied der Gruppe 'Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse' kennen und in der Diskussion stellte sich für ihn immer deutlicher der reaktionäre Charakter der Sozialdemokratie heraus. Wurde ihm klar, daß diese Partei, die sich seit 1914 so unendlich befleckt hatte, für die ausgebeuteten Massen endgültig verloren war. Zurückgekehrt aus der Kriegsgefangenschaft konnte er deutlich erkennen, wie wenig seine einstigen politischen Freunde, die inzwischen in die Spitze der sozialdemokratischen Parteihierarchie gelangt waren, selbst die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse ernst nahmen - wie sehr die Partei von den eigensüchtigen Interessen der Bürokratie und dem Streben, den Kapitalismus am Leben zu halten, bzw. ihn wieder aufzupäppeln, durchdrungen war. Seine Versuche in der SPÖ eine oppositionelle Strömung aufzubauen, mußten scheitern.

Unser Genosse Werner versuchte dann unter großen persönlichen Opfern und unter ständiger Gefährdung seiner Existenz - es war die Zeit, in der sich sowjetische, amerikanische, englische und französische Einheiten bemühten, jede revolutionäre Regung im Kein zu ersticken - gemeinsam mit einigen kampfbereitenArbeitern die Reste des ehemaligen 'Kampfbundes' zu sammeln, neue Kämpfer zu gewinnen und eine revolutionäre Organisation in Österreich aufzubauen.

Jeder Erfolg mußte schwer erarbeitet werden und gerade der politische Fortschritt litt unter den geringen Vorkenntnissen der Genossen, der äußersten Beschränktheit der theoretischen Quellen,aber vor allem unter den Auswirkungen der Niederlage der internationalen Arbeiterklasse. Die Zerstörung der IV.Internationale, der Opportunismus und das Sektierertum der diversen 'trotzkistischen' Gruppierungen blieben nicht ohne Wirkung auf den'Kampfbund'. Isoliert, ohne intensive internationale Kontakte und ohne konkrete Anleitung für den Wiederaufbau der IV.Internationale gelang es diesen Genossen nicht, die Weltlage, auch nur annähernd richtig zu analysieren. Sie gingen davon aus, daß das wesentliche Kriegsziel des Zweiten Weltkrieges - die Zurückeroberung der Sowjetunion für die kapitalistische Ausbeutungssphäre - noch nicht erreicht war und schlossen daraus, eine unmittelbare militärische Auseinandersetzung aller imperialistischer Länder gegen die Sowjetunion und deren Verbündete stünde bevor.Selbst nach Beendigung des Korea-Krieges 1953, ja bis in die 7oer Jahre hinein, stand für diese Genossen die 'Zuendeführung' des 2. Weltkrieges auf der Tagesordnung.

Diese politische Fehleinschätzung, die von den Genossen erst sehr spät korrigiert wurde, hatte katastrophale organisatorische Konsequenzen. Der 'unmittelbar bevorstehende Ausbruch der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges', verbunden mit allen zu erwartenden schärfsten Repressionsmaßnahmen seitens der Bourgeoisie vor Augen, hinderte die Genossen daran, jemals kontinuierlich als politische Kraft aufzuscheinen. Trotz jahrzehntelanger Anstrengungen gelang es diesem 'Häuflein der Aufrechten' nicht, ihre politische Beschränktheit klar zu erkennen und den Charakter eines sektiererischen politischen Arbeitskreises zu überwinden.

Dennoch muß man die Verdienste dieser Genossen offenanerkennen. In all den schweren Jahren, in denen sich alle Ansätze von linken Organisationen auflösten, vermochten sie ihre Kontinuität zu erhalten. Stets erzogen sie ihre Genossen frei von Illusionen in die Sozialdemokratie und den Stalinismus; für sie war die Kapitalistenklasse immer der Hauptfeind - wenn sie auch in mehreren politischen Positionen diesen Prinzipien faktisch untreu wurden.

Die Heranbildung jüngerer Kader, der Zugang zu bisher nicht erreichter theoretischer Literatur usw., brachten es zuwege, gegen beachtlichen inneren Widerstand, mit anderen Diskussionszirkeln, bzw. Organisationen in Verbindung zu treten. Das war die Grundlage dafür, daß es zumindest einem Teil der Genossen ermöglicht wurde, aus dem sterilen Debattiermilieu herauszukommen.

Obwohl es nicht leicht war, die Fehler einzusehen und jahrzehntelange Traditionen über Bord zu werfen, gab es doch etliche Genossen in diesem Arbeitskreis, die dazu noch die Kraft und den Mut besaßen. Und hier muß in erster Linie Genosse Werner genannt werden, der noch an seinem Lebensabend bereit war, die Konsequenzen zu ziehen, um schließlich der'Internationalen Kommunistischen Liga'beizutreten.

Beachtlich wie der politische Werdegang des Genossen Werner waren auch seine Energien, die er noch im letzten Lebensjahr unserer Organisation zur Verfügung stellen konnte. Doch zumindest ebenso wertvoll wie seine Tatkraft war für uns die in ihm verkörperte Erfahrung eines jahrzehntelangen Arbeiterkampfes. Welch große Bedeutung dies für eine so junge Organisation, wie die unsere es ist, hat, erklärt sich von selbst.

Mit jeder Faser seines Herzens hat er versucht, für die Sache der Arbeiterklasse zu kämpfen. Wer miterleben durfte, mit welchem Stolz er, schon stark gezeichnet vom unmittelbar bevorstehenden Tode, die neueste Ausgabe unseres Zentralorgans entgegennahm und es sich nicht nehmen ließ, sie unter schwierigstenphysischen Bedingungen durchzulesen, kann erst richtig verstehen, was diesem Revolutionär seine politische Überzeugung bedeutete.

Mit dem Ableben des Genossen Werner verlieren wir nicht nur einen politisch beseelten Arbeiter, wir verlieren mit ihm auch seine Energien und seine Tatkraft, mit denen er nicht unwesentlich dazu beigetragen hatte, daß die IKL heute einen realen Ansatzpunkt für eine revolutionäre Organisation darstellt.

WIR SENKEN DIE ROTE FAHNE VOR SEINEM GRAB   LEB WOHL, GENOSSE WERNER

permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)



G. Amendola, Rechtsaußen der KPI

Schleichende Volksfront in Italien

Das Wahlergebnis vom 20. Juni 1976 hat den hohen Grad an Klassenpolarisation in Italien aufgezeigt. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse hatte der PCI ihre Stimme gegeben, aber auch ein ansehnlicher Teil des Kleinbürgertums war von der DC zur PCI übergewechselt. Die PCI hatte teilweise sogar noch das für sie so günstige Ergebnis der Regionalwahlen von 1975 übertreffen können. Allerdings war es nicht zu der erhofften Mehrheit der Linksparteien gekommen, da die Gewinne der PCI zum Teil auf Kosten der PSI gingen und auch das Ergebnis der zentristischen Sammelliste der DP (Democrazia Proletaria) hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Arbeiterklasse sammelte sich massiv hinter der Partei, zu deren organisatorischer Stärke sie auf Grund dreißigjähriger Erfahrung das größte Vertrauen aufbrachte.

Aber auch die DC konnte sich mit gewisser Berechtigung als Wahlsieger feiern lassen. Mitten in ihrer größten Krise war es ihr geglückt, sich zu halten und die relative Stimmenmehrheit zu erlangen. Dies war nur dadurch möglich, daß sie ihre Verluste gegenüber der PCI durch erhebliche Gewinne aus dem Lager der 'laizistischen' bürgerlichen Parteien (PSDI, PL, PRI und zum Teil der neofaschistischen MSI) wettmachen konnte. Die DC hatte sich als der einzige wirklich glaubhafte politische Pol der besitzenden Klassen Italiens und der von ihnen geführten Massen erwiesen. Die Lage auf parlamentarischer Ebene war nun kompliziert. Wohl war die PCI auf Grund der absoluten Mehrheit der bürgerlichen Parteien von dem Druck zur Bildung einer 'Regierung der Linken' befreit und konnte mit vollen Segeln auf den 'Historischen Kompromiß', die Bildung einer 'Nationalen Notstandsregierung' aller Parteien unter Ausschluß der Neofaschisten zusteuern.

Die DC konnte nach diesem Wahlergebnis keine Regierung der rechten bürgerlichen Parteien bilden und auch eine Fortsetzung der 'Mitte-Linkskoalition' war auf Grund der Weigerung der PSI (die wegen ihrer Beteiligung an solchen Regierungen einen erheblichen Teil ihrer Arbeiterbasis an die PCI verloren hatte) nicht möglich. Andrerseits fühlte sich die DC durchaus kräftig genug, die Projekte der PCI auszuschlagen. Wie allerdings sollte sie das im Interesse der Bourgeoisie notwendige Programm der Abwälzung der Lasten auf die Arbeiterklasse ohne die Gefahren durchführen, die die Bildung einer Volksfrontregierung mit sich bringen würde?

Denn die Arbeiterklasse und Teile des Kleinbürgertums hatten PCI gewählt, weil sie sich von dieser Partei eine Änderung der Verhältnisse zu ihren Gunsten erwarteten. Sie hätten in einer Regierungsbeteiligung der PCI zunächst einen Sieg gesehen und diese Stimmung der arbeitenden Bevölkerung hätte eine für das Kapital gefährliche Dynamik von Massenkämpfen auslösen können. Als Retter in der Not erwies sich die reformistische Führung der PCI. Genau in einem Moment, als die arbeitenden Massen durch ihre Stimmabgabe für die PCI bekundet hatten, daß sie das verrottete Regime der DC gründlich satt hatten ... ermöglichte die PCI das Zustandekommen einer DC-Minderheitsregierung durch ihre Enthaltung im Parlament!

Damit hatte die PCI zum ersten Mal seit 1947 - wenn auch in indirekter Form - Regierungsverantwortung übernommen. Sie hat diesen Schritt genau nach der Logik des Bestrebens übernommen, Arzt am Krankenbett des italienischen Kapitalismus zu spielen. Sie hat zwar noch nicht die heiß ersehnten Ministersessel erhalten, aber immerhin den Vorsitz in einigen Parlamentskommissionen und den Posten eines Parlamentspräsidenten. Und sie ist nach besten Kräften bemüht, der italienischen Bourgeoisie zu zeigen, daß sie wirklich imstande ist, 'verantwortungsbewußt' deren Interessen wahrzunehmen. Somit ist - auch wenn es noch nicht zum vollen 'Historischen Kompromiß' gekommen ist - in Italien die *"schlimmste, verderblichste Art einer Beteiligung"* (Trotzki) Wirklichkeit geworden: eine schleichende Volksfront.

Volksfrontpolitik ist nichts Neues für die PCI. Schon 1943 gelang es ihr, den bewaffneten antifaschistischen Kampf der italienischen Arbeiter, Taglöhner und Intellektuellen in eine Bahn zu lenken, die der Herrschaft des Kapitals nicht gefährlich wurde. Nachdem es offensichtlich geworden war, daß das Kriegsglück sich gewendet hatte, war Mussolini vom 'Grossen Rat' der Faschisten abgesetzt und der faschistische General Badoglio an seine Stelle berufen worden. Diesem hatte die PCI bereits damals ihre Mitwirkung in einem Kabinett der 'Nationalen Einheit' angeboten und sich auch tatsächlich an einer Volksfrontregierung unter Badoglio als Ministerpräsidenten beteiligt. Für das Linsengericht einiger zweideutiger Formulierungen in der Verfassung hatte die PCI entscheidend dazu beigetragen, die bewaffneten Formationen der Arbeiter und Bauern aufzulösen, die sich während der 'Resistenza' gebildet hatten. Sie hatte den Kapitalisten die von den Arbeitern besetzten Fabriken in Norditalien zurückgegeben, und schließlich die Arbeiter für den Wiederaufbau des kapitalistischen Italiens mobilisiert, bis sie - nach getaner Arbeit - 1947 von der Bourgeoisie den wohlverdienten Tritt erhalten hatte und aus der Regierung gejagt worden war. An diese Tradition knüpft die PCI nun an. Sie knüpft erfolgreich an. Auch diesmal präsentiert die DC-Minderheitsregierung Andreotti ein Programm, das den italienischen Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse und breiter Teile des Kleinbürgertums sanieren soll. Denn die wirtschaftlichen Aussichten für 1977 sind trübe. Bürgerliche Experten rechnen mit einer Wachstumsrate von 0%, mit einer Preissteigerungsrate von 20% für die Konsumations- und von 25% für die Investitionsgüter, sowie mit einem Rückgang des privaten Verbrauchs um 1,5% und der Investitionen um 1%!

So läßt denn diese Regierung eine ganze Serie von Attacken auf den Lebensstandard der werktätigen Massen los: Tariferhöhungen bei Bahn, Elektrizität und Telephon, eine Anhebung des Benzinpreises und eine Erhöhung der Grundstückssteuern, welche auf eine Erhöhung der Mieten hinausläuft. Besonderes Angriffsziel der Bourgeoisie ist die gleitende Lohnskala. (Die gleitende Lohnskala, wie sie in Italien verwirklicht ist, ist nicht mit der Übergangsforderung identisch. Sie sieht eine dreimonatige Anpassung der Löhne an die Inflation vor, die aber auf bürokratische Weise und nicht durch autonome Organe der werktätigen Massen vorgenommen wird. Damit ist sie zwar ihrer systemüberschreitenden Dynamik beraubt, stellt aber zweifellos eine Errungenschaft des Proletariats innerhalb des bürgerlichen Systems dar.)

Schon ist die erste Aushöhlung der gleitenden Skala vorgenommen worden: Einkommen über 8 Mio Lire werden 19 Monate lang zu 100% eingefroren, solche über 6 Mio zu 50%.

Die PCI hat die Aufgabe übernommen, als Transmissionsriemen in die Arbeiterklasse für diesen Angriff auf den Lebensstandard der 'kleinen Leute' zu wirken. Sie trägt die Ideologie des 'den-Gürtel-enger-Schnallens' in die Arbeiterklasse hinein, verunsichert und lähmt diese. Sie bedient sich dabei der von ihr kontrollierten Gewerkschaft CGIL. Dabei wird die Argumentation der Unternehmer voll akzeptiert und selbst weiterverbreitet: die USA und die Weltbank würden nur dann Kredite gewähren, wenn die Arbeitskosten in der Industrie gesenkt werden und der Staatshaushalt durch Steuererhöhungen und andere Maßnahmen saniert werde.....Fürwahr eine 'kommunistische' Argumentation! Bei einem Ende Jänner von Vertretern der drei Gewerkschaftsverbände und der Industrie beschlossenen Übereinkommen wurde folgendes vorgeschlagen: Einschränkung des Autoverkehrs an Sonntagen (möglicherweise sogar an einigen Sonntagen totales Fahrverbot) - also genau dann, wenn Arbeiter ihr Auto privat benutzen wollen und nicht nur zur Fahrt zur Arbeit. Über die Forderung der Industrie, die gleitende Skala auch für Einkommen zwischen 4 und 6 Mio Lire einzufrieren und die Angleichung nur mehr alle 6 Monate, statt alle 3 Monate, durchzuführen, wird später verhandelt. Dafür haben die Gewerkschaften verlangt, daß die zusätzlichen Mittel, die der Industrie nun auf Kosten der Arbeiter zufließen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden sollen...

Während die PCI durch ihre Politik die Kampfkraft der Arbeiter schwächt, untergräbt sie langfristig damit ihre eigenen Positionen. Erhebliche Teile der Arbeiterklasse sind verunsichert auf Grund der Rolle, die jene Partei spielt, die sie für ihre Partei gehalten haben. Es besteht die Gefahr, daß sie demoralisiert werden und in Passivität zurücksinken. Die kämpferischsten Sektionen der Klasse (Fiat in Turin, Alfa Romeo in Mailand), sind bereits vorgesprengt und haben sich gegen diesen Angriff zur Wehr gesetzt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß es wegen des Auseinanderklaffens der Kampfbereitschaft zu einer Isolierung der Vorhut von der Gesamtklasse kommt. Gleichzeitig beginnen sich auch Teile des Kleinbürgertums von der PCI abzuwenden, die ihre Hoffnung auf eine radikale Änderung ihrer Lage enttäuscht sehen. Noch gehen sie zur DC, in einer späteren Phase können es die Faschisten sein, die von der Enttäuschung des Kleinbürgertums profitieren. So hilft die PCI wacker mit, den Boden für eine mögliche Rechtsentwicklung aufzubereiten. Zwar ist es auf Grund der Militanz und des hohen Klassenbewußtseins, das gerade die italienische Arbeiterklasse im Laufe der vergangenen 10 Jahre bewiesen hat, nicht auszuschließen, daß es noch zu einem weiteren Vorstoß des Proletariats kommt, der es für die DC unumgänglich macht, die PCI zur Abwürgung der Massenbewegung direkt in die Regierung zu holen. Es ist aber ebensogut möglich, daß die gegenwärtige Politik der PCI das italienische Proletariat so weit schwächt und das Kleinbürgertum nach rechts stößt, daß diese Karikatur einer Volksfront bereits ausreicht, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis entscheidend zu Gunsten der Bourgeoisie zu verändern. Die Spaltung der neofaschistischen MSI, die vor kurzem erfolgt ist, erhöht den Spielraum der Rechten für die Zukunft. Der 'Honoratioren'-Teil der Faschisten versucht sich durch seine Trennung von den offenen Terroristen und Rabauken das ehrbare Mäntelchen 'demokratischer' Gesinnung umzuhängen und so gegebenenfalls als möglicher Koalitionspartner der DC in einer rechtslastigen Regierung dienen zu können, während die verbliebene Hälfte der Neofaschisten sich noch offener und ungehinderter als außerparlamentarischer Stoßtrupp der Bourgeoisie betätigen kann.

Überaus traurig sieht es auf Seiten der radikalen Linken Italiens aus. Schon bei den Parlamentswahlen hatte sich die im Wahlkartell 'Democrazia Proletaria' (DP) zusammengeschlossene zentristische Linke als unfähig erwiesen, dem Reformismus der PCI eine programmatische Alternative entgegenzustellen. Eine Kandidatur unterschiedlichster Organisationen ohne Programm, nur auf die Wahlarithmetik bedacht, mußte Schiffbruch erleiden. Heute, wo sie sich einem beispiellosen Angriff auf ihre, in jahrelangen Kämpfen mühsam eroberten Errungenschaften, der durch die PCI gedeckt wird, gegenübersieht, kann die italienische Arbeiterklasse auf keine Führung durch die großen zentristischen Organisationen hoffen. Mit der Volksfrontpolitik der PCI konfrontiert, offenbart der Zentrismus seine politische und programmatische Unfähigkeit. Während PdUP und Avanguardia Operaia sich nach rechts gehend immer mehr der PCI anbiedern, versinkt Lotta Continua im Sumpf des Spontaneismus...

Es ist ein Wettlauf mit der Zeit, den unsere Genossen von der 'Lega Comunista' eingehen müssen, wenn sie die italienische Arbeiterklasse mit einem revolutionär-marxistischen Programm bewaffnen wollen, das es ihr ermöglicht, den Angriff der Kapitalisten zurückzuschlagen und schließlich die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Auf seiten unserer Genossen steht ihre eigene programmatische Klarheit und die enorme Kampfkraft des italienischen Proletariats, auf der anderen Seite stehen die vielfältigen Bundesgenossen der Bourgeoisie bis hin zur konterrevolutionären PCI und deren unfreiwilligen Handlangern, den hilflosen Zentristen.





Der Vorsitzende der KPI, Enrico Berlinguer, hat offensichtlich Sorgen, wenn er an die kämpfenden Massen Italiens denkt